Die Diktatur des Proletariats und das Rätesystem

Von

Karl Diehl

Zweite Auflage

Mit einem Nachtrage „Die Entwicklung des Bolschewismus von 1920—1924“

Jena
Verlag von Gustav Fischer
1924

Die Preise sind in Goldmark angegeben. Preisänderungen, besonders für Einbände, bleiben vorbehalten. Nach dem Ausland erfolgt Berechnung in Dollar.

Die englische Arbeiterpartei. Ein Beitrag zur Geschichte und Theorie der politischen Arbeiterbewegung in England. Von Dr. rer. pol. **Gerhard Güttler.** X, 210 S. gr. 8° 1914 Gmk 5.—

Die neue Zeit, 30. Nov. 1918: . . . In den Vordergrund unseres Interesses ist die englische Arbeiterpartei getreten. Ueber sie informiert zu sein, ist heute für den Politiker eine dringende Notwendigkeit. . . . Das Buch bietet eine gute Uebersicht über den politischen Standpunkt der englischen Gewerkschaften, über den Charakter und die Entwicklung der englischen Arbeiterpartei fast bis zum Ausbruch des Krieges, über die Unterschiede zwischen der englischen und deutschen Arbeiterbewegung, wobei die englischen Quellen des deutschen Revisionismus gestreift werden. Auch die Zusammenhänge der englischen Arbeiterpartei einerseits mit dem Sozialismus, andererseits mit der liberalen Partei, die Ausstrahlungen der englischen Arbeiterpartei auf die bürgerlichen Parteien, die sozialpolitischen Erfolge der englischen Arbeiterpartei und die letzten Ziele, die sie sich setzt, werden in dem Buche dargestellt.

Entstehen. Wesen und Bedeutung des Whitleyismus, des englischen Typs der Betriebsräte. Von Dr. **Th. Plaut,** Hamburg. XII, 241 S. gr. 8° 1922 Gmk 4.—

Kartell-Rundschau, 1922, Heft 11/12: In dieser interessanten und sehr eingehenden Arbeit gibt Verf. zunächst eine Analyse des Entstehungsbodens des Whitleygedankens, d. h. einer Zusammenarbeit von Arbeitgeber und -nehmer, aus den Kriegs- und vor allem Nachkriegsursachen und deren Bekämpfung durch die Regierung. Er geht dann eingehend den Quellen nach, aus denen dieser Gedanke erwuchs, bringt eine gleichfalls sehr eingehend belegte Entwicklung desselben und abschließend eine Kritik. Die Arbeit fußt durchweg auf sehr sorgfältig zusammengetragenen englischen Originalberichten und zieht überall auch geeignete Parallelen zu der kontinentaleuropäischen Entwicklung heran. Dabei liegt es nicht nur an dem interessanten Thema, sondern auch der Darstellungsweise, daß die Schrift weit über das gewöhnliche Maß solcher Untersuchungen fesselt. Daß man hier und da mit den Begründungen und Schlußfolgerungen Plauts nicht einverstanden sein wird, liegt in der Art des Themas. Jedenfalls dürfte das Buch auch für die Entwicklung unserer Betriebsräte und ebenso der Arbeitsgemeinschaften viele wertvolle Aufschlüsse geben.

Wesen und Bedeutung des Gildensozialismus. Antrittsvorlesung, gehalten am 4. Februar 1922 in der Hamburgischen Universität. Von Privatdozent Dr. **Th. Plant.** III, 35 S. gr. 8° 1922 Gmk —.75

Inhalt: I. Die Gildenidee in Deutschland. — II. Wesen des Gildensozialismus: a) Die neue Wirtschaftsform (Beziehungen zum Syndikalismus). b) Die Begründung (Beziehungen zum Marxismus und Staatssozialismus). c) Die Reformvorschläge des Gildensozialismus. — III. Kritik am Gildensozialismus: a) Ist das Gebäude logisch? b) Ist der Gildenstaat möglich? c) Kann der Gildensozialismus seine Aufgaben erfüllen? d) Welche Wirkungen hat der Gildensozialismus? 1. Die Tätigkeit der Gildensozialisten. 2. Experimente. 3. Hat der Gildengedanke schon heute Einfluß gehabt? 4. Die Kontrolle der Betriebe. — IV. Schluß.

Sozialismus und Sozialisierung in England. Ein Überblick über die neuere Entwicklung der sozialistischen Theorien und über die Probleme der Industrieverfassung in England. Von Dr. **Charlotte Leubuscher,** Berlin. X, 229 S. gr. 8° 1921 Gmk 4.50

Soziale Praxis, 1922, Nr. 43: . . . Das Buch geht aus von dem übereinstimmenden Ziel aller — nicht nur der englischen — sozialistischen Richtungen: Kontrolle der Industrie unter Beseitigung des Privatkapitalismus. Es behandelt dann die Wirtschaftsformen, unter welchen die sozialistischen Bewegungen in England dies Ziel verwirklichen wollen. . . . Dem theoretischen Teil folgt eine Schilderung der neueren gewerkschaftlichen Praxis, sowie der Ausdehnung der staatlichen Kontrolle über die Industrie während des Krieges. . . . Den Arbeitsgemeinschaften, welche harmonischen Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit anstreben, ist das vorletzte Kapitel, Sozialisierungsplänen und -versuchen im Kohlenbergbau, bei den Eisenbahnen und im Baugewerbe ist das letzte Kapitel der Untersuchung gewidmet. . . . Gerade im Hinblick auf die Gegenwartsaufgaben ist eine so umfassende Darlegung der neueren sozialen Entwicklung in England, wie sie Dr. Leubuscher bietet, aufs dankbarste zu begrüßen. Das wissenschaftliche Gepräge erhält die Arbeit durch Gründlichkeit der Forschung sowie durch völlig unbeeinflußte Klarlegung der einzelnen Programme und Versuche, durch rein objektive Hinweise auf schwache oder ungeklärte Punkte der verschiedenen Lehren. Dr. Dorothea Bernhard.

Die Diktatur des Proletariats und das Rätesystem

Von

Karl Diehl

Zweite Auflage

Mit einem Nachtrage „Die Entwicklung des Bolschewismus von 1920—1924“

Jena
Verlag von Gustav Fischer
1924

Alle Rechte vorbehalten.

Heinrich Rosin,

dem Freunde und Kollegen in herzlicher Verehrung

gewidmet.

Vorwort.

Meine bei der Feier der Rektoratsübergabe gehaltene Rede behandelte das Thema: „Die Diktatur des Proletariats". Während ich in dieser Rede die politische und wirtschaftliche Bedeutung der Diktatur des Proletariats in den Hauptzügen dargelegt habe, behandle ich in vorliegender Broschüre dieses Thema in ausführlicherer Weise. Ich habe nicht nur den Ursprung und das Wesen dieser sozialistischen Forderung nachzuweisen versucht, sondern auch die Rolle, welche die Diktatur des Proletariats bei den sozialistischen Parteien der verschiedenen Richtungen spielt. Namentlich habe ich untersucht, wie sich die vom Bolschewismus verwirklichte Diktatur des Proletariats zum Marxismus, Anarchismus, Syndikalismus und verwandten Richtungen verhält.

Zwei neuere Veröffentlichungen: Kelsen Sozialismus und Staat. (Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung. Herausgegeben von Dr. Karl Grünberg. Leipzig 1920. Auch separat erschienen) und die Abhandlung von Mautner-Amsterdam: Bolschewismus und Marxismus. (Schmollers Jahrbuch. 44. Jahrgang 1. Heft. München und Leipzig 1920) sind mir erst nach Niederschrift meines Manuskripts bekannt geworden. Ich konnte sie daher nicht mehr berücksichtigen. Für Durchsicht der Korrektur bin ich Frl. Dr. Schragmüller zu Dank verpflichtet.

Freiburg in Baden, Mai 1920.

K. Diehl.

Vorwort zur zweiten Auflage.

An meiner grundsätzlichen Stellung zur Theorie des Bolschewismus habe ich in dieser zweiten Auflage nichts zu ändern. Ich füge nur in einem Nachtrage eine Darstellung der bolschewistischen Wirtschaftspolitik von 1920—24 hinzu.

Freiburg, Juni 1924.

Karl Diehl.

Inhalt.

Seite

Einleitung 1
I. Der Bolschewismus und die Diktatur der Arbeiterklasse 4
1. Die politische Bedeutung der D. P. 7
2. Die wirtschaftliche Bedeutung der D. P. 19
3. Die internationale Bedeutung der D. P. 27
II. Die Stellung des Marxismus zur D. P. 29
1. Revolution oder Evolution 32
2. Diktatur des Proletariats oder Demokratie 44
3. Die Kommüne und das Rätesystem 49
4. Der internationale Charakter der D. P. 60
III. Die Stellung der Deutschen sozialdemokratischen Parteien zur Diktatur des Proletariats und zum Rätesystem 62
1. Die Mehrheitssozialisten 62
2. Die Unabhängigen 65
3. Die kommunistische Partei (Spartakusbund) 68
IV. Die Stellung der Syndikalisten und Anarchisten zu den Fragen der D. P. und des Rätesystems 71
1. Die Syndikalisten 72
2. Die Anarchisten 78
V. Die D. P. und die Gründung der 3. Internationale 80
VI. Kritische Schlußbetrachtung über die praktische Durchführung der D. P. und des Rätesystems 83
Nachtrag 111
Über die Entwicklung des Bolschewismus von 1920—1924 111
I. Der Umschwung vom Sozialismus zum Staatskapitalismus 111
II. Äußerungen von Führern des Bolschewismus über die neue Wirtschaftspolitik und den sog. Staatskapitalismus 116
1. Der Übergang zur neuen Wirtschaftspolitik im allgemeinen 116
2. Definitionen vom Staatskapitalismus 118
3. Das Übermaß von Plänen und Dekreten 119
4. Über den terroristischen Charakter der sozialistischen Wirtschaftsordnung der Bolschewisten 119
5. Über das Versagen der Internationale 121
III. Das neue Wirtschaftsrecht und die neue Wirtschaftspolitik 121
A. Der landwirtschaftliche Boden 121
1. Das Dekret vom 29. März 1921 über die Naturalsteuer 123
2. Die neue Gesetzgebung über das landwirtschaftliche Grundeigentum . 124
B. Der städtische Boden 130
C. Die Industrie 131
D. Handel und Geldwesen 134
E. Das neue Bürgerliche Gesetzbuch 136

Einleitung.

Man hat mit Recht die wirtschaftlichen Zustände in Deutschland während des Krieges und der darauf folgenden Revolutionsperiode krisenhafte genannt. Und doch wäre es falsch, diese Periode als die einer wirtschaftlichen Krise im nationalökonomischen Sinne zu bezeichnen; denn unter Wirtschaftskrisen verstehen wir krankhafte, anormale Zustände des Wirtschaftslebens, die sich aus wirtschaftlichen Ursachen ergeben, z. B. aus Überproduktion oder Überspekulation. Im Kriege und in der Revolution sind es außerwirtschaftliche, politische Ereignisse, welche die anormalen Erscheinungen des Wirtschaftslebens hervorrufen. Aus diesem Grunde sind die kriegswirtschaftlichen Zustände nicht so lehrreich für den Nationalökonomen, wie die Wirtschaftskrisen im wahren Sinne des Wortes. Denn während diese auf gewisse Mängel und Fehler in der Struktur des Wirtschaftssystems hinweisen können, die solche Zustände überhaupt ermöglichen, sind die Störungen während des Krieges und der Revolution von außen hereingetragen, haben mit der volkswirtschaftlichen Struktur an sich nichts zu tun. Es ist, als ob mit rauher Hand in das Räderwerk einer Uhr hineingegriffen worden wäre. Wie können die normalen wirtschaftlichen Funktionen erfüllt werden, wenn z. B. ein Land wie Deutschland, das mit tausend Fäden mit der Weltwirtschaft verbunden ist, plötzlich fast gänzlich auf die eigenen wirtschaftlichen Quellen angewiesen ist. In solchen Zeiten muß das wirtschaftliche Leben sich den politischen und kriegerischen Notwendigkeiten vollständig unterordnen, und es ist mehr Sache des Verwaltungsbeamten als des Nationalökonomen, die Einrichtungen zu ersinnen, die notwendig sind, um wenigstens einiger-

maßen trotz des Krieges die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Landes zu befriedigen. Lehrreich können solche Zeiten dennoch für den Nationalökonomen sein: denn gewisse durch die harte Kriegsnotwendigkeit erzwungene Maßnahmen sind von manchem Nationalökonomen auch für die normalen Friedenszeiten gewünscht und empfohlen worden, und so kann aus den Auswirkungen derartiger kriegswirtschaftlicher Institutionen vieles über die Zweckmäßigkeit solcher Reformpläne gelernt werden. Die Nationalökonomen, die für planmäßige wirtschaftliche Organisation eintraten, werden mancherlei aus den Erfahrungen, die mit den Kriegsgesellschaften der verschiedensten Gattung gemacht worden sind, gelernt haben, und vielleicht wird auch der eine oder andere Geldreformer, der die metallistische Währung durch irgendeine Form von Papierwährung ersetzen möchte, aus der Geldwirtschaft des Krieges Lehrreiches entnommen haben.

Aufklärend ist aber auch die Zeit, die wir jüngst erlebt haben und noch durchleben, in anderer Hinsicht. Sie hat uns in geradezu erschreckendem Maße gezeigt, welche verhängnisvolle Rolle das Schlagwort in den sozialpolitischen Diskussionen spielt. Wie viele falsche Urteile, Hoffnungen und Befürchtungen werden durch allerlei Ausdrücke hervorgerufen, die in den öffentlichen Diskussionen immer wiederkehren, ohne daß doch irgendwie ein klarer allgemeiner Sinn damit verbunden werden kann. Ich habe an anderer Stelle auf die vielerlei Mißverständnisse und Unklarheiten hingewiesen, die mit dem Schlagwort Kriegssozialismus verbunden werden [1]). Ich erinnere an das Schlagwort Sozialisierung, womit ebenfalls alle möglichen gänzlich disparate Dinge bezeichnet werden. Ich möchte heute auf ein Schlagwort hinweisen, das seit der Revolution im öffentlichen Leben eine große Rolle spielt, nämlich auf die sogenannte Diktatur des Proletariats. Auch mit diesem Schlagwort hat man alle möglichen Dinge bezeichnet. Wurde doch allen Ernstes behauptet, daß durch das neue deutsche Reichsgesetz über die Betriebsräte die Diktatur des Proletariats eingeführt worden sei. Was ist unter diesem Schlagwort zu verstehen? Was ist sein eigentlicher Sinn und wie ist es von den Hauptwortführern der sozialistischen Bewegung aufgefaßt worden, und zur praktischen Durchführung gelangt?

Eine der hervorstechendsten Eigentümlichkeiten, die wir in den jüngsten sozialrevolutionären Bewegungen beobachteten, ist die

---

[1]) Karl Diehl, Deutschland als geschlossener Handelsstaat im Weltkriege. Stuttgart-Berlin 1916.

große Armut an neuen Ideen und Gesichtspunkten der Betrachtung. Man sollte denken, daß so gewaltige Erschütterungen des Volkslebens, wie sie sich in dieser Zeit ereignet haben, eine Fülle neuer sozialer Ideen und Reformpläne hervorgebracht hätten. Wer einigermaßen die Geschichte der sozialen Ideen und Bewegungen des 19. Jahrhunderts kennt, ist geradezu überrascht, vielleicht auch beschämt darüber, daß in dieser Hinsicht so gut wie gar nichts Neues zutage gefördert wurde. Die in verschiedenen Ländern jüngst hervorgetretenen sozialistischen Bewegungen gehen alle auf ältere Systeme zurück. Wenn auch in der deutschen Sozialdemokratie eine Spaltung in verschiedene Gruppen eingetreten ist, so sind doch die Führer der einzelnen Gruppen eifrigst bemüht, nachzuweisen, daß gerade ihr Programm die einzig wahre Erfüllung der Ideen von Karl Marx sei. Selbst die Führer der eigenartigsten und in ihrer politischen Wirkung tiefgreifendsten sozialen Bewegung der neuesten Zeit: des Bolschewismus, sind um nichts so sehr in allen ihren Schriften bemüht, als um den Nachweis, daß sie gar nichts Neues wollen, sondern nur im Geiste von Karl Marx weitergearbeitet hätten.

Auch auf dem Gegenpol der sozialistischen Bewegung, im Anarchismus, begegnen wir dieser Erscheinung. Der bedeutendste Vertreter dieser Richtung in neuerer Zeit, Gustav Landauer, betont in seinen Schriften immer wieder, daß er seine Mission darin erblicke, den Ideen Proudhons Geltung zu verschaffen. Wie ganz anders in den sozial-revolutionären Bewegungen des 19. Jahrhunderts! Welche Fülle und Mannigfaltigkeit von neuen Ideen, Anregungen und Projekten aller Art brachte z. B. die französische Februarrevolution hervor. Da traten die Saint-Simonisten, die Fourieristen, die Blanquisten, die Staatssozialisten, die christlichen Sozialisten und alle möglichen anderen derartigen Gruppen auf den Plan, alle mit den verschiedensten grundlegenden Werken, mit genau ausgearbeiteten Reformprojekten, mit eigenen Tageszeitungen, Broschüren usw. Ebenso war es in der Kommune von 1871, wo die Marxisten nur eine kleine bescheidene Gruppe neben verschiedenen anderen Richtungen, die damals hervortraten, bildeten.

Auch die Diktatur des Proletariats, die in den neuesten sozialrevolutionären Bewegungen einiger Länder, besonders in Rußland, eine so große Rolle spielt, ist nichts Neues, sondern ein altes von Karl Marx schon gebrauchtes Schlagwort. Ob allerdings die Art, wie dieses Schlagwort heute aufgefaßt wird, ob die besondere Prägung, die es im Bolschewismus erfahren hat, und ob seine prak-

tische Durchführung den Ideen von Karl Marx wirklich entspricht, soll noch besonders untersucht werden.

Zum ersten Mal in der Geschichte ist die Diktatur des Proletariats nicht nur verkündet, sondern auch praktisch durchgeführt worden und zwar von den Bolschewisten. Ich will zunächst einiges über die Entstehung und die Eigenart der bolschewistischen Bewegung sagen.

I. Der Bolschewismus und die Diktatur der Arbeiterklasse.

Bei der Betrachtung der sozialistischen Bewegung in Rußland darf nicht übersehen werden, daß sich dort die sozialistische Parteibildung in ganz anderer Weise vollzogen hat, als in Deutschland. Während sich bei uns seit dem Aufhören der Lassalleschen Bewegung eine einzige geschlossene sozialdemokratische Partei auf dem Boden des marxistischen Programms herausgebildet hatte, war in Rußland von vornherein die sozialistische Bewegung in mehrere Gruppen gespalten. Auch mußte sich die sozialistische Bewegung in Rußland wegen der erschwerten politischen Betätigung bis zum Jahre 1905 in Form von Geheimbünden vollziehen. Die hauptsächlichsten sozialistischen Parteien in Rußland waren folgende:

1. Die sozialrevolutionäre Partei. Diese steht nicht auf dem Boden der Lehre von Karl Marx, sondern stellt eine spezifisch russische Partei dar. Die Sozialrevolutionäre bestreiten im Gegensatz zum Marxismus, daß erst bei einer bestimmten Entwicklung der Produktivkräfte und des Kapitalismus der Übergang zum Sozialismus möglich sei. Sie meinen, daß selbst in einem agrarischen Land wie Rußland die Durchführung des Sozialismus möglich wäre. Nach ihrer Ansicht ist Rußland gerade durch seinen agrarischen und genossenschaftlichen Charakter der Landgemeinden zum Sozialismus berufen. Sie stützen sich daher besonders auf das Bauerntum.

2. Die marxistische Partei. 1898 wurde die russische sozialdemokratische Arbeiterpartei unter Plechanow und Axelrod gegründet, die auf marxistischem Boden stand, nachdem schon 1883 Plechanow die sozialdemokratische Partei gegründet hatte, die sich „russische Gruppe der Befreiung der Arbeit" nannte, aber im wesentlichen nur im geheimen gewirkt hatte. Diese sozialdemokratische Partei war in sich gespalten. Ein Teil der Partei vertrat eine gemäßigte Taktik. Sie traten für ein Zusammengehen der Partei mit jeder gegen die Regierung gerichteten Bewegung und für eine Stärkung der gewerkschaftlichen Bewegung ein.

Die radikalere Richtung verwarf jedes Zusammengehen mit nichtsozialistischen Parteien, stand auch der gewerkschaftlichen Bewegung ablehnend gegenüber. Bei dem Londoner Kongreß von 1903 trat dieser Zwiespalt offen zutage. Die von Lenin geführte Majorität wünschte in Organisationsfragen eine streng durchgeführte Zentralisation, während die Minorität unter der Führung von Martow hierin eine Hemmung der Aktionsfreiheit der Partei erblickte. Die radikalere, in der Mehrheit befindliche, Richtung nannte sich seitdem „Mehrheitler", d. h. Bolschewiki, im Gegensatz zu den Vertretern der Minderheit, den Menschewiki. Während die Menschewiki für eine allmähliche Erziehung und Sammlung des Proletariats eintraten, forderten die Bolschewiki unter der Führung Lenins die Vorbereitung auf die bald bevorstehende Revolution. Die Gegensätze traten auch in der Beurteilung der russischen Revolution von 1905 hervor. Diese Revolution war eine politische, keine soziale. Ihr Endziel war auf die Erlangung einer Verfassung und des allgemeinen Wahlrechts gerichtet. Sie war eine bürgerliche und keine proletarische Revolution und wurde gemeinsam mit Bauern und bürgerlichen Elementen durchgeführt. Die Menschewiki, der gemäßigtere Flügel der Sozialisten, folgerte aus diesem bürgerlichen Charakter der Revolution, daß auch das Proletariat nicht weiter gehen dürfe, als dies für die Bourgeoisie annehmbar sei; es müsse ein Kompromiß mit den bürgerlichen Parteien geschlossen werden. Gegen diese Auffassung wandten sich die Bolschewisten entschieden. Da die Bourgeoisie die staatliche Umwälzung nur auf legalem Wege vornehmen wolle, müsse das Proletariat die Revolution restlos und gewalttätig durchführen. Weil die Bauern im allgemeinen kleine auf dem Boden der Warenproduktion stehende Produzenten seien, müsse das Bauerntum neutralisiert und die Bourgeoisie gestürzt werden. Das Proletariat unter Hinzuziehung der ärmsten Bauern müsse geschlossen die Revolution weiter führen und darin bestünden die Kriterien einer sozialistischen Revolution im Gegensatz zu der bürgerlichen Revolution.

Diese radikale, revolutionäre Taktik wurde von den Bolschewisten in verstärktem Maße in der revolutionären Periode von 1917 weitergeführt. Während in der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1905 das Proletariat zusammen mit dem gesamten Bauerntum gegen die Monarchie und die Großgrundbesitzer gekämpft hatte, wollten jetzt die Bolschewisten den Klassenkampf des Proletariats gegen die ganze bürgerliche Gesellschaft führen. Es sollte eine rein sozialistische Revolution werden. Sie verschmolzen daher die ärmeren Bauern mit

dem eigentlichen Proletariat zu einer radikalen revolutionären Klasse. Die nach dem Sturz des Zarismus eingesetzte provisorische Regierung, sowie die folgenden zwei Regierungen waren Koalitionsregierungen. Obwohl eine ganze Anzahl Ministerposten an Sozialisten, darunter auch an Kerenski, übertragen waren, war doch ein Zusammenschluß mit den bürgerlichen Parteien zustande gekommen, und zwar bestanden die Koalitionsregierungen aus Vertretern der Bürgerschaft, des Kleinbürgertums, der Menschewiki und der sozialistischen Revolutionäre. Sobald die Bolschewisten die genügende Macht errungen hatten, vertrieben sie die Regierung und jagten die Konstituante auseinander. Die neue Zentralregierung, die in Form der Sowjets der Volkskommissäre begründet wurde, war nur aus Bolschewisten zusammengesetzt. Als Gegner aller Kompromisse und Konzessionen an die bürgerlichen Parteien, wollten sie den kommunistischen Staat einrichten und erklärten zu diesem Zweck die Diktatur des Proletariats: „Die Regierungsgewalt den Sowjets!" forderte unsere Partei. In der vorhergehenden Periode bedeutete das, in die Parteisprache übertragen, die Macht der Sozialisten-Revolutionäre und der Menschewiki, im Gegensatz zur Koalition mit der liberalen Bourgeoisie. Jetzt aber im Oktober 1917 bedeutete diese selbe Parole die Übergabe der ganzen Gewalt an das revolutionäre Proletariat, an dessen Spitze zu dieser Zeit die Partei der Bolschewiki stand. Es handelte sich also um die Diktatur der Arbeiterklasse, die hinter sich die vielen Millionen starken Massen der ärmsten Bauernschaft führte, oder richtiger, zu führen imstande war. Darin bestand der historische Sinn des Oktober-Aufstandes"[1]). In dem Radio-Telegramm, welches Trotzki am 31. Oktober 1917 im Namen des Sowjets der Volkskommissäre absandte, welches aber von der deutschen Radio-Telegraphenstation nicht aufgenommen wurde, heißt es: „Die große Idee der Diktatur der Arbeiter- und Bauerndemokratie hat die Reihen der Armee festgefügt und ihren Willen gestärkt. Das ganze Land wird von heute an überzeugt sein müssen, daß die Sowjetregierung keine vorübergehende Erscheinung, sondern die unvergängliche Tatsache der Herrschaft der Arbeiter, Soldaten und Bauern bedeute." Was bedeutet die Diktatur der Arbeiterklasse nach der Auffassung der Bolschewisten?

„Das Programm unserer Partei", sagt der Bolschewist Bucharin,

---

[1]) Trotzki, Von der Oktober-Revolution bis zum Brester Friedensvertrag. Berlin 1918. S. 39.

„ist das Programm der D. P."[1]). Wie dieses Programm beschaffen ist, geht am klarsten aus dem 2. Abschnitt des Gesetzentwurfs der russischen Sowjet-Föderativ-Republik hervor, wo die allgemeinen Grundsätze der Verfassung angegeben sind. Es heißt dort: „Die Hauptaufgabe der auf die gegenwärtige Übergangszeit berechneten Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativ Sowjet Republik besteht in der Aufrichtung der Diktatur des städtischen und ländlichen Proletariats und der ärmsten Bauernschaft in der Gestalt einer machtvollen Allrussischen Rätegewalt: zwecks vollständiger Unterdrückung der Bourgeoisie, der Vernichtung der Ausbeutung eines Menschen durch den anderen und der Herstellung des Sozialismus, unter dem weder eine Klasseneinteilung, noch eine Staatsgewalt sein wird"[2]).

Wie man sieht, hat die Diktatur des Proletariats eine doppelte Seite, eine politische und eine wirtschaftliche. In politischer Hinsicht soll durch die D. P. eine gänzlich neue Regierungsform geschaffen werden, das sogenannte Rätesystem. In wirtschaftlicher Hinsicht soll zuerst der Sozialismus, dann der Kommunismus verwirklicht werden.

Ich beginne mit der Darlegung der politischen Bedeutung der D. P.

1. Die politische Bedeutung der D. P.

Ehe ich auf Einzelheiten eingehe, will ich die allgemeinen Grundlagen der D. P. nach bolschewistischer Auffassung darlegen. Es handelt sich um eine Diktatur. Mit dem Begriff der Diktatur hängt nicht notwendig zusammen, daß sie von einer einzelnen Person ausgeübt wird. Es gibt vielmehr auch eine Klassendiktatur. Die von den Bolschewisten vertretene Auffassung der D. P. hängt eng mit ihrer Theorie des Klassenkampfes zusammen. Sie vertreten die Anschauung, daß die russische Revolution den Sieg der Arbeiterklasse über die Kapitalistenklasse bedeute, daß damit die politische und wirtschaftliche Macht der sogenannten bürgerlichen Klassen ihr Ende erreicht habe, und daß mit dem siegreichen Ausgang der Revolution die Herrschaft der Arbeiterklasse beginne. Diese jetzt zur Herrschaft gelangte Arbeiterklasse müsse auch die alleinige politische Macht ausüben. Ohne durch Gesetze gebunden zu sein, müsse das Proletariat die Gewaltherrschaft über alle nichtproletarischen Elemente ausüben. Lenin definiert: „Die Diktatur ist

[1]) N. Bucharin, Das Programm der Kommunisten. Berlin 1918. S. 20.
[2]) Quellen u. Studien. 2. Heft. Leipzig u. Berlin 1920. S. 73.

eine unmittelbar auf Gewalt begründete Herrschaft, die an keinerlei Gesetze gebunden ist. Die revolutionäre D. P. ist eine vom Proletariat erkämpfte und auf der Gewalt des Proletariats gegenüber der Bourgeoisie begründete Herrschaft, die an keinerlei Gesetze gebunden ist“ [1]). „Ohne durch Gesetze gebunden zu sein“, soll nicht einen Zustand der Gesetzlosigkeit oder Aufhebung jeder Zwangsgewalt im Sinne des Anarchismus bedeuten. Mit dem Ausspruch Bakunins: „Wir verabscheuen die Monarchie, wir wollen aber auch keine Republik, wir wollen keine neuen Gesetze oder Verfassungen, was wir brauchen, ist Sturm und Leben, wir wollen eine neue gesetzlose, d. h. freie Welt“ ist keineswegs der Sinn der bolschewistischen Auffassung getroffen. „Ungebunden durch Gesetze“ soll heißen, daß die Bolschewisten sich nicht an die alten überlieferten Gesetze halten wollen und ferner, daß, soweit noch keine Gesetze vorhanden sind, die Gewalt an die Stelle treten soll. Aber nicht Willkürherrschaft, sondern eine sehr straff geregelte Zwangsorganisation ist in der D. P. verwirklicht. So haben die Bolschewisten tatsächlich eine ganze Fülle von Gesetzen mit sehr detaillierten Einzelbestimmungen erlassen. Allein in dem Zeitraum von Ende Oktober 1917 bis August 1918 sind 685 Gesetzgebungsakte auf allen Gebieten des öffentlichen und Privatrechts ergangen.

In welchem Sinne ist das Wort „Proletariat“ zu verstehen? Lorenz von Stein hat einmal das Proletariat definiert: „Das Proletariat bildet die Klasse derer, die weder Bildung noch Eigentum als Basis ihrer Geltung im gesellschaftlichen Leben besitzen und sich dennoch nicht berufen fühlen, ganz ohne jene Güter zu bleiben, die der Persönlichkeit erst ihren Wert verleihen“ [2]). Diese Definition ist viel zu vag und allgemein, um zur Grundlage von gesetzgeberischen Maßnahmen gemacht zu werden. Die Bolschewisten schließen sich vielmehr an die in der sozialpolitischen Literatur übliche Auffassung an, wonach unter Proletariat die gewerbliche und landwirtschaftliche Lohnarbeiterklasse verstanden wird. Diese Klasse steht im Gegensatz zu den Angehörigen der liberalen Berufe und den Beamten einerseits, und den Kapital- und Grundbesitzern andererseits. Jedoch haben die Bolschewisten eine sehr bemerkenswerte Erweiterung und Modifikation vorgenommen. Da es nämlich in Rußland gewerbliche Lohnarbeiter nur in verschwindend geringer Zahl

[1]) Lenin, Die Diktatur des Proletariats und der Renegat Karl Kautsky. Leipzig 1919. S. 5.

[2]) Lorenz von Stein, Der Sozialismus und Kommunismus des heutigen Frankreichs.

gibt, wohl aber eine große Masse sehr armer Bauern, so haben sie den Begriff Proletariat dahin erweitert, daß sie erklären: Die Klasse der Arbeiter und der „ärmsten" oder der „armen Bauern". Eine nähere Abgrenzung dieses Begriffs der ärmsten oder der armen Bauern fehlt in der bolschewistischen Literatur. Aus den verschiedenen Programmen geht hervor, daß sie darunter die Bauern verstehen, welche so wenig Land besitzen, daß sie nur ihre eigenen Existenzmittel produzieren können. Im Gesetz über die Komitees der armen Bauern vom 14. Juni 1918 werden alle solche Bauern ausgeschlossen, welche Getreideüberschüsse besitzen, Handel treiben oder bezahlte Knechte beschäftigen. Die Klasse der ärmsten und der armen Bauern soll im Gegensatz stehen zu den Großgrundbesitzern und der gesamten sogenannten Dorfbourgeoisie. Indem diese Klasse des Proletariats und der ärmsten Bauern zur ausschließlichen politischen Macht berufen wird, werden zugleich alle übrigen Klassen sämtlicher politischer Rechte beraubt. Die D. P. ist bewußt antidemokratisch. Die Gesetze sollen nicht nach dem alten Ideal der Demokratie im Sinne Rousseaus der Ausdruck des allgemeinen Willens sein (der Volonté générale), sondern der Ausdruck des Willens einer einzigen Klasse. Nur der allgemeine Wille kann nach Rousseau die Kräfte des Staates gemäß des Staatszweckes, der das gemeinsam beste ist, leiten. An Stelle der Volkssouveränität im Sinne Rousseaus tritt bei den Bolschewisten die Klassensouveränität des Proletariats. Hiebei ist zu beachten, daß die Bolschewisten, welche diese Klassenherrschaft errichtet haben, keineswegs in der Konstituante die Majorität bildeten, sie waren vielmehr selbst innerhalb der sozialistischen Richtung in der Minorität gegenüber den Sozialrevolutionären und den Menschiwiki. „Wir wußten aber", sagt Trotzki, „daß wir nur einen einzigen Ausweg auf die große Straße der historischen Entwicklung haben, und dieser Ausweg führt durch die Diktatur der Arbeiterklasse" [1]).

Die Form, in der die D. P. unter der Bolschewistenherrschaft ausgeübt wird, ist das sogenannte Rätesystem. Nicht als ob das Rätesystem die einzige politische Form wäre, in welcher die D. P. ausgeübt werden könnte. Es ist aber die spezifisch russische Form, in der diese Diktatur durchgeführt wird. Dieses Rätesystem hat nichts mit der Einrichtung der Arbeiter- und Soldatenräte zu tun, die sich nach Ausbruch der Revolution in Rußland und Deutschland herausgebildet hatten. Diese schnell gebildeten Arbeiter-

[1]) Trotzki, Arbeit, Disziplin und Ordnung. S. 9.

und Soldatenräte waren ein vorübergehender politischer Notbehelf. Man könnte hier eher von einer Systemlosigkeit der Räte, als von einem Rätesystem sprechen. Das bolschewistische Rätesystem hat auch nichts gemein mit den Betriebsräten, die in dem neuen deutschen Reichsgesetz durchgeführt sind; denn hierbei handelt es sich um die Vertretung der Arbeiterschaft innerhalb der einzelnen Betriebe zur Kontrolle der Betriebe und zur Mitwirkung der Arbeiterschaft bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen. Sie sind eine Fortführung der Arbeiterausschüsse, die bereits im Frieden bestanden haben. Es handelt sich vielmehr beim Rätesystem um ein grundsätzlich neues Regierungs- und Staatsgebilde, das im Gegensatz zu allen früheren Regierungsformen steht. „Das Wesen des Rätesystems besteht darin, daß die Massenorganisation der Arbeiterklasse die Stütze und einzige Grundlage der ganzen Staatsmacht und des ganzen Staatsapparates ist“ [1]). „Denn die Sowjet-Macht“, sagt Lenin, „ist nichts anderes als die Organisationsform der D. P., der Diktatur der vorgeschrittenen Klasse, die zum neuen Demokratismus, zur selbständigen Anteilnahme an der Staatsverwaltung Millionen und abermals Millionen von Arbeitenden und Ausgebeuteten erhebt, die durch ihre Erfahrungen lernen, in der disziplinierten und zielbewußten Avantgarde des Proletariats ihre zuverlässigsten Führer zu sehen“ [2]). Das Rätesystem bildet den denkbar größten Gegensatz zu den parlamentarischen Systemen, wie sie sich in den verschiedenen Ländern herausgebildet haben. Während sonst die Parlamente aus Wahlen hervorgehen, die nach geographisch und territorial abgegrenzten Bezirken vorgenommen werden, sollen jetzt die politischen Körperschaften aus berufsständischen Wahlen hervorgehen. — Aber —, und das ist das charakteristische für die D. P., nur die Angehörigen einer einzigen Volksklasse, der Arbeiterklasse, in dem weiteren bolschewistischen Sinne, sollen das aktive und passive Wahlrecht haben. Alle übrigen Bürger sind vom Wahlrecht ausgeschlossen. Ferner werden wichtige demokratische Volksrechte, wie das freie Vereins-, Versammlungs- und Preßrecht allen Volksgenossen entzogen und nur der Arbeiterklasse vorbehalten. Während sonst die parlamentarischen Vertreter für einen längeren Zeitraum gewählt werden, z. B. auf 2, 3 oder 5 Jahre, sollen bei diesem System die gewählten Vertreter von ihren Wählern jederzeit wieder abberufen werden können. Zu allen Vertretungskörperschaften, von

[1]) Lenin, Richtlinien der kommunistischen Internationale aus „Die kommunistische Internationale“. S. 20.

[2]) Lenin, Die nächsten Aufgaben der Sowjet-Macht. S. 39.

der Gemeindevertretung hinauf bis zur höchsten Reichsvertretung sollen die Arbeiter ihre Vertreter entsenden, aus ihrer Fabrik, aus ihrer Werkstätte, aus ihrer Dorfbauernschaft. Auf diese Weise soll das ganze Reich mit einem Netzwerk von Vertretungskörperschaften bedeckt werden, deren Vertreter von wirtschaftlichen Institutionen gewählt werden. Auch die oberste Vertretung, der Zentralrat, wenn er auch wie bei dem Parlament nach Wahlkreisen gewählt ist, soll aus Vertretern bestehen, die wieder von den wirtschaftlichen Gruppen entsandt werden.

Eine weitere Eigentümlichkeit des Rätesystems, wodurch es sich von allen sonstigen Verfassungen unterscheidet, ist die Vereinigung von gesetzgebender und verwaltender Macht. Im Gegensatze zu dem alten Montesquieuschen Grundsatze der Trennung der gesetzgebenden, verwaltenden und richterlichen Gewalt, sollen hier alle diese Gewalten vereinigt werden. Die Räte sollen zugleich gesetzgebende und verwaltende Körperschaften sein. Nicht nur die staatliche Gesetzgebung, sondern auch ein großer Teil der Staatsverwaltung ist den Räten übertragen. Die meisten Funktionen, die jetzt in allen Ländern der kommunalen und staatlichen Bureaukratie übertragen sind, werden dann von den Räten übernommen und außerdem soll jeder Volksgenosse einen Teil der Beamtenfunktionen übernehmen. Die Mitglieder der Räte sollen weder Parlamentarier noch Bureaukraten sein. Das soll dadurch vermieden werden, daß sämtliche Mitglieder der Räte zur praktischen Teilnahme an der Verwaltung herangezogen werden. Die Sektionen der Räte sollen sich in Organe der Staatsverwaltung umwandeln. Der ehrenamtliche Typus des Beamtentums soll in größtem Maßstabe in die Erscheinung treten. Als Ziel erscheint den Bolschewisten die unentgeltliche Erfüllung der Staatspflichten seitens jedes einzelnen Arbeiters. Wenn der Arbeiter seine acht Stunden Produktionsarbeit geleistet hat, soll er sich noch einige Stunden der Beamtentätigkeit widmen. Nach der neuesten bolschewistischen Gesetzgebung ist sogar eine Art politische Arbeitspflicht eingeführt: alle Mitglieder der Räte müssen täglich 2 Stunden irgendeine Art von Beamtentätigkeit ausüben: „1. Ein jedes Ratsmitglied ist verpflichtet eine bestimmte Arbeit innerhalb der Staatsverwaltung auszuführen. 2. In deren Arbeiten selbst muß ein fortwährender Wechsel eintreten, der sich allmählich auf alle Gebiete der Verwaltung erstreckt. 3. Die ganze arbeitende Klasse der Bevölkerung muß allmählich Kopf für Kopf zur Arbeit innerhalb der Staatsverwaltung herangezogen werden."

Würden diese Maßregeln überall und ohne Einschränkung durch-

geführt, und gelänge es so, die Verwaltungsfunktionen bei einer gleichzeitigen Erhöhung des kulturellen Niveaus der Arbeitenden zu festigen, so müsse letzten Endes die Staatsgewalt sich selbst aufheben. Die Bureaukratie soll nach einem Wort Lenins aufhören, wenn alle Menschen Bureaukraten geworden sind. Diesem Grundsatz entsprechend werden auch sämtliche Gerichte aufgehoben und durch Volksgerichte ersetzt, deren Mitglieder aus Wahlen hervorgehen. Nur Arbeiter dürfen zu Richtern gewählt werden und das Recht soll in Einklang mit den Tendenzen der siegreichen Revolution gesprochen werden. Die Arbeiter sollen als Teile der Räteregierung an der Verwaltung der Industrie teilhaben, die Dorf- und Bauernräte als Organe der Arbeiterregierung die Agrarangelegenheiten verwalten. Alle Arbeiter und ärmsten Bauern sollen an der Staatsverwaltung teilhaben.

Worin soll nach bolschewistischer Auffassung der Vorzug dieses neuen Rätesystems gegenüber den früheren Regierungssystemen bestehen? Vor allem behaupten sie, daß bei der sogenannten Demokratie in Wirklichkeit gar nicht der Wille des ganzen Volkes zum Ausdruck gekommen sei, sondern unter der Herrschaft des Kapitalismus die Macht des Kapital- und Grundbesitzes. Das gleiche Wahlrecht habe nur äußerlich eine Gleichheit geschaffen, in Wahrheit sei die größte Ungleichheit vorhanden gewesen. Mit Hilfe der Presse, der Banken, der Börse hätte die Bourgeoisie das Proletariat politisch und ökonomisch unterdrückt. Erst das Rätesystem, wobei die wirklich ausschlaggebende Macht der Arbeiterklasse in die Erscheinung trete, könne bewirken, daß der Wille der großen Majorität des Volks zum Ausdruck komme. So sagt Lenin: „Die proletarische Demokratie ist tausendmal demokratischer als jede bürgerliche Demokratie. Die Rätemacht ist tausendmal demokratischer als die demokratischste Republik“ [1]). An anderer Stelle sagt Lenin: „Die bürgerliche Demokratie mit ihrem parlamentarischen System täuscht nur durch Worte den Massen den Anteil an der Staatsverwaltung vor. In der Tat sind die Massen und ihre Organisationen von der wirklichen Macht und von der wirklichen Staatsverwaltung vollständig ferngehalten. Im Rätesystem verwalten die Massenorganisationen und durch sie die Masse selbst, indem die Räte eine immer wachsende Menge von Arbeitern zur Staatsverwaltung heranziehen; nur dadurch wird allmählich das gesamte arbeitende Volk an der wirklichen Staatsverwaltung beteiligt. Das

[1]) Lenin, Die Diktatur des Proletariats und der Renegat K. Kautsky. S. 16.

Rätesystem stützt sich also auf die Massenorganisationen des Proletariats, auf die Räte selbst, die revolutionären Gewerkschaften, Konsumgenossenschaften usw."[1]). Ein weiterer Vorzug des Rätesystems soll darauf beruhen, daß der Wähler in viel nähere Berührung mit dem von ihm gewählten Vertreter kommt, als im parlamentarischen System. Beim Parlamentarismus kennt der Wähler den Gewählten nur als Anhänger oder Führer einer bestimmten politischen Partei. Beim Rätesystem kennt der Wähler den Mann seines Vertrauens aus dem täglichen Verkehr in der Fabrik, in der Werkstätte, im Dorf. Da außerdem die von ihm gewählten Vertreter selbst wiederum Proletarier sind, und da sie selbst Leute von proletarischer Herkunft sind, kennen sie auch die ureigensten Interessen der Arbeiterschaft viel besser als die politischen Parteivertreter. Die Räte sollen also viel ernsthaftere und tiefgehendere Garantien bieten für die direkte und unmittelbare Verbindung des Abgeordneten mit seinen Wählern: „Der Delegierte des Stadtrats oder des Semstwos stützt sich auf die lockere Masse der Wähler, die ihm für ein Jahr ihre Vollmachten anvertraut und dann auseinanderfällt. Die Sowjetwähler bleiben dagegen für immer durch die Bedingungen ihrer Arbeit und ihrer Existenz aneinander gebunden, sie haben stets ihren Delegierten vor Augen; in jedem Augenblick können sie ihn maßregeln, dem Gericht übergeben, absetzen oder durch eine andere Person ersetzen"[2]).

Die D. P. soll nur eine vorübergehende Regierungsform sein. Sie soll das notwendige Übergangsstadium zwischen dem Sturz der kapitalistischen Herrschaft und der Errichtung der kommunistischen Gesellschaft bilden. Um die kommunistische Gesellschaft errichten und die kommunistischen Gesellschaftsformen durchführen zu können, müsse erst die ganze Macht der Bourgeoisie, der Kapitalisten- und Grundbesitzerklasse gebrochen werden. Zu diesem Zweck müsse eine Zeitlang eine diktatorische Herrschaft derjenigen Klasse übertragen werden, welche neu zur Macht berufen wird, und nur wenn dieser zur Herrschaft berufenen Klasse wichtige und energische Zwangsmittel zur Verfügung stehen, könnte die Macht der alten Herrschaft gebrochen werden. Hiermit steht nur eine Stelle in Widerspruch, in der die D. P. als dauernde bezeichnet wird. Kautsky erwähnt die 9. der von Lenin verfaßten Thesen über die soziale Revolution. Sie

---

[1]) Lenin, Richtlinien der kommunistischen Internationale aus „Die kommunistische Internationale". S. 20.

[2]) Trotzki, Von der Oktober-Revolution bis zum Brester Friedensvertrag. S. 32.

lautet: „Bisher lehrte man die Notwendigkeit der proletarischen Diktatur, ohne die Form dieser Diktatur untersucht zu haben. Die russische sozialistische Revolution hat diese Form entdeckt. — Es ist die Form der Sowjetrepubiik, als Form der dauernden Diktatur des Proletariats und in Rußland der ärmeren Schicht des Bauerntums“ [1]). Ich selbst habe diese Stelle in keiner der Leninschen Schriften gefunden. Es liegt auch nur ein scheinbarer Widerspruch vor, unter „dauernder Diktatur“ ist hier gemeint, daß es sich nicht um einen kurz vorübergehenden Notbehelf handeln soll.

Die Staatsmacht der Arbeiterklasse wird einmal von dem Bolschewisten Bucharin mit einer Axt verglichen, welche sie gegen die Bourgeosie bereit halten müsse; wenn aber einmal die Macht gebrochen sei, sei die Axt unnötig und die Diktatur könne dann ihr Ende finden [2]).

Diese organisierte Staatsgewalt der Arbeiterklasse soll zugleich die letzte Form des Staats überhaupt sein. Der Staat würde absterben, wenn keine Funktionen der Staatsgewalt mehr notwendig seien. Das sei dann der Fall, wenn durch Unterwerfung der bürgerlichen Klassen der Zustand erreicht sei, daß alle Volksgenossen Arbeiter geworden wären. Durch verschiedene wirschaftliche Maßnahmen, die später noch erörtert werden sollen, soll dieses Ziel erreicht werden, namentlich durch die Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht. Gibt es dann nur noch eine einheitliche Volksgenossenschaft von Arbeitern, dann ist die höchste Stufe der Demokratie erreicht, und es ist keine Staatsgewalt mehr notwendig, die mit Zwangsmitteln gegenüber gewissen Klassen des Volks auftreten muß. Alle Klassenunterschiede sind dann beseitigt, es gibt keinen Staat mehr, sondern nur noch eine sich selbst verwaltende Arbeitsgemeinschaft. Gerade, wenn also die wahre Demokratie im Sinne der D. P. erreicht sein wird, ist sie unnötig, weil dann eine eigentliche staatliche Regierung überhaupt nicht mehr notwendig sein wird. „Erst dann“, sagt Lenin, „ist die Demokratie möglich und wird eine wirklich volle Demokratie ohne irgendwelche Ausnahmen durchgeführt werden können. Erst dann wird die Demokratie beginnen abzusterben aus dem einfachen Grunde, daß die von der kapitalistischen Sklaverei, den ungezählten Schrecken, Tollheiten, Unsinnigkeiten, Gemeinheiten der kapitalistischen Ausbeutung befreiten Menschen sich allmählich gewöhnen werden, die elementarsten, seit

[1]) Kautsky, Die Diktatur des Proletariats. Wien 1918. S. 61.
[2]) Bucharin, Das Programm der Kommunisten. S. 19.

Jahrhunderten bekannten und seit Jahrtausenden in allen Überlieferungen wiederholten Regeln für das gesellschaftliche Zusammenleben innezuhalten, sie ohne Gewalt, ohne Zwang, ohne Unterordnung, ohne einen besonderen Zwangsapparat, Staat genannt, zu beachten" [1]). Dies werde der Fall sein, wenn die kommunistische Gesellschaft durchgeführt sei. Wie lange dieses Interregnum der D. P. zu dauern habe, darüber finden sich ebenfalls in der bolschewistischen Literatur keine näheren Angaben. Doch wird gelegentlich darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, während der Dauer einer Generation dieses System aufrecht zu erhalten.

Zur D. P. gehört auch eine Heeresmacht. Nach bolschewistischer Auffassung ist eine Staatsgewalt ohne Heeresmacht undenkbar, und da die von ihnen eingerichtete Verfassung eine neue Staatsgewalt, wenn auch die letzte, konstituieren soll, haben sie von Anfang an auch die Schaffung einer großen Armee für notwendig erachtet. Es heißt daher: „Im Interesse der Sicherung der ganzen Machtfülle für die arbeitenden Massen und der Beseitigung jeder Möglichkeit einer Wiederherstellung der Gewalt der Ausbeuter wird die Bewaffnung der Arbeitenden, die Bildung einer Roten Armee aus Arbeitern und Bauern und die völlige Entwaffnung der besitzenden Klassen dekretiert" [2]).

Charakteristisch weiterhin für die D. P. im bolschewistischen Sinne ist ihre terroristische Taktik. Nicht als ob im Wesen der D. P. der Terror und gewalttätige Aktionen notwendig seien. Es ist auch eine legale, friedliche Diktatur möglich, aber die spezifisch russische Form der D. P. ist mit dem Terrorismus und mit Gewalttätigkeiten aller Art verknüpft. Freiwillig und gutwillig werde die Bourgeoisie ihre Macht nicht aus der Hand geben, sie müsse durch Gewaltakte dazu gezwungen werden. Die bürgerliche Macht müsse gewaltsam zerstört werden, und auf ihren Trümmern die neue Macht des Proletariats errichtet werden. In den Richtlinien der (bolschewistischen) kommunistischen Internationale, die vom Kongreß der kommunistischen Internationale vom 2.—6. März 1919 angenommen wurde, heißt es darüber: „Die revolutionäre Epoche fordert vom Proletariate die Anwendung solcher Kampfmittel, die seine ganze Energie konzentrieren, nämlich der Methode der Massenaktionen und als ihre logische Folge — direkte Zusammenstöße mit der bürgerlichen Staatsmaschine in offenem Kampfe. Diesem Ziele müssen alle anderen Methoden, z. B. revolutionäre Ausnützung des bürgerlichen Parlamentarismus untergeordnet sein."

[1]) Lenin, Staat und Revolution. S. 83.

[2]) G. S. Nr. 15 vom 13. Jan. 1918. Art. 215. Quellen und Studien. S. 3/4.

Diese hier dargelegten allgemeinen politischen Grundsätze haben ihren Niederschlag gefunden in der von den Bolschewisten dekretierten Verfassung und einer Anzahl grundlegender Gesetze, von denen die für diese Betrachtung wichtigsten angeführt werden sollen. In der Verfassungsurkunde, d. h. im Grundgesetz der russischen sozialistischen, föderativen Räterepublik, welches von der fünften allrussischen Räteversammlung in der Sitzung vom 10. Juli 1918 angenommen wurde, heißt es zu Beginn: „Rußland wird als Räterepublik der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten erklärt. Die gesamte zentrale wie örtliche Gewalt steht diesen Räten zu." Ferner im 5. Kapitel der Verfassungsurkunde: „Die gesamte Gewalt im Bereiche der R. S. F. R. gehört der gesamten in den städtischen und ländlichen Räten zusammengefaßten Arbeiterbevölkerung des Landes" [2]). Ausdrücklich wird, damit die Arbeiter allein die Freiheit der Meinungsäußerung haben, die Preßfreiheit für alle übrigen beseitigt. Es heißt in der Verfassungsurkunde, 5. Kapitel, Nr. 14: „Um den Arbeitenden wirkliche Freiheit ihrer Meinungsäußerung zu sichern, beseitigt die R. S. F. R. die Abhängigkeit der Presse vom Kapital und übergibt in die Hände der arbeitenden Klasse und der bäuerlichen Armut alle technischen und materiellen Mittel zur Herausgabe von Zeitungen, Broschüren, Bücher und aller anderen Druckerzeugnisse und gewährleistet ihnen freie Verbreitung im ganzen Lande" [3]). Ebenso wird, damit allein die Arbeiter die Versammlungsfreiheit genießen sollen, dieses wichtige Volksrecht den anderen Klassen genommen.

Das Rätesystem ist in der Verfassung im einzelnen so durchgeführt, daß außer einer zentralen Gewalt der Räte, zahlreiche örtliche Rätegewalten eingerichtet werden. Was die örtlichen Räte anbelangt, so gibt es Gebiets-, Gouvernements-, Kreis- und Amtsbezirksräte, außerdem Deputiertenräte. Allen diesen Räten liegt die Ausführung aller Beschlüsse der höheren Organe der zentralen Gewalt und die Entscheidung über alle Fragen ob, die rein örtliche Bedeutung haben. Die Räteversammlungen der Gebiete setzen sich aus Vertretern der städtischen Räte und der Kreisversammlungen der Räte zusammen, und zwar so, daß der städtischen Bevölkerung ein Vorzug eingeräumt wird. Auch hier sehen wir eine antidemokratische Bestimmung, indem nicht das allgemeine gleiche Wahlrecht eingeführt

---

[1]) Quellen und Studien. S. 71.
[2]) Quellen und Studien. S. 73.
[3]) Quellen und Studien. S. 74.

wird, sondern von den Städten wird je ein Deputierter auf 5000 Wähler entsandt, vom Lande ein Deputierter auf 25 000 Wähler. Die Räte der Bezirke (Gouvernements) bestehen aus Vertretern der städtischen Räte und der Amtsbezirksräteversammlungen. Auch hier werden die städtischen Elemente bevorzugt, denn von den Städten kommt ein Deputierter auf 2000 Wähler, vom Lande ein Deputierter auf 10000 Einwohner. Die Räte der Kreise werden aus Vertretern der Dorfräte gewählt, je ein Deputierter auf 1000 Einwohner; die der Amtsbezirke aus Vertretern der Dorfräte des Amtsbezirks, je ein Deputierter auf 10 Mitglieder des Rates. Die Zentralgewalt wird von der allrussischen Räteversammlung ausgeübt, welche die höchste Gewalt der R. S. F. R. darstellt, sie setzt sich aus den Vertretern der städtischen Räte zusammen und zwar so, daß auf je 25 000 Wähler ein Deputierter entfällt, und aus Vertretern der Gouvernementsräteversammlungen, wobei auf je 125 000 Einwohner ein Deputierter gewählt wird. Die allrussische Räteversammlung wählt das allrussische Exekutivkomitee der Räte in der Zahl von höchstens 200 Personen. Dieses Komitee kann jederzeit die Beschlüsse oder Gesetze der Regierung aufheben, abändern oder die Ausführung derselben einstellen. Es hat die Volkskommissare zu wählen, welche an Stelle der früheren Minister treten. Diese Volkskommissare sind in ihrer Gesamtheit Träger der Regierung und gesetzgebenden Gewalt. Seine Legitimation zur Ausübung der höchsten Rechte übernimmt der Rat der Volkskommissare dem Beschlusse der 2. allrussischen Versammlung der Räte, der Arbeiter, Soldaten und Bauern Deputierten. Diese Versammlung und ihr Zentralexekutivkomitee stellt auch die übergeordnete Instanz über den Rat der Volkskommissare dar, dessen Tätigkeit er kontrolliert und dessen Mitglieder er absetzen und durch andere ersetzen kann [1]). Der Rat der Volkskommissare führt die allgemeinen Geschäfte der R. S. F. R. Im ganzen wurden 17 Volkskommissariate gebildet. Besonders charakteristisch für die bolschewistische Verfassung ist die Einrichtung des Wahlrechts. Der 4. Abschnitt der Verfassung, der vom aktiven und passiven Wahlrecht handelt, zeigt am besten, wie konsequent der Gedanke der D. P. durchgeführt ist. Das Recht in die Räte zu wählen und gewählt zu werden haben nur folgende Personen, soweit sie das Alter von 18 Jahren erreicht haben:

a) alle, welche ihren Lebensunterhalt durch produktive und gemeinnützige Arbeit erlangen, ebenso Personen, die häusliche Wirt-

[1]) G.S. vom 1. Dez. 1917, publ. am 28. Okt. 1917. Quellen und Studien. S. 6.

schaft verrichten, die den ersteren die Möglichkeit produktiver Arbeit schaffen, wie: Arbeiter und Angestellte aller Arten und Kategorien, die in Gewerbe-, Handels- und Landwirtschaftsbetrieben usw. beschäftigt sind, Bauern, ackerbautreibende Kosaken, die keine Lohnarbeiter zum Zwecke der Erzielung von Gewinn beschäftigen;

b) die Soldaten der Rätearmee und Flotte;

c) die zur Kategorie unter a und b dieses Artikels gehörigen Bürger, die in gewissem Grade ihre Arbeitsfähigkeit verloren haben.

Ausdrücklich ausgenommen vom Wahlrecht sind folgende Kategorien von Personen:

a) Personen, die Lohnarbeiter zum Zwecke der Gewinnerzielung beschäftigen;

b) Personen, die nicht von den Einkünften ihrer Arbeit leben, wie: von Kapitalzinsen, Einkünften von Unternehmen, Vermögen u. dgl.;

c) private Handelsleute, Handels- und kaufmännische Vermittler;

d) Mönche und geistliche Diener von Kirchen und Religionskulten;

e) Angestellte und Agenten der früheren Polizei, des besonderen Gendarmeriekorps und der Schutzabteilungen, sowie die Mitglieder des früher in Rußland regierenden Hauses;

f) Personen, die in vorgeschriebenem Verfahren für geisteskrank oder wahnsinnig erklärt sind, ebenso Personen, die unter Vormundschaft stehen;

g) Personen, die wegen gewinnsüchtiger und bemakelnder Straftaten verurteilt sind, für die durch Gesetz oder Urteil bestimmte Dauer [1]).

Die klassenmäßige Durchführung der Rechtspflege geht aus dem Dekret über das Gerichtswesen vom 24. Nov. 1917 hervor. Dort ist verfügt: „Die Lokalgerichte fällen ihre Entscheidungen im Namen der Republik und befolgen in ihren Erkenntnissen und Strafurteilen die Gesetze der abgesetzten Regierungen nur so weit, als diese nicht durch die Revolution aufgehoben sind und dem revolutionären Gewissen und dem revolutionären Rechtsbewußtsein nicht widersprechen [2])."

---

[1]) Quellen und Studien. S. 81.

[2]) Das Justizwesen der Sowjetrepublik. Verlag der Kulturliga. Berlin 1920. S. 17/18.

2. Die wirtschaftliche Bedeutung der D. P.

„Durch die D. P. zum Kommunismus, das ist die Losung unserer Partei", erklärt der Bolschewist Bucharin. Die Räterepublik soll ihre politische Macht benutzen, um auf wirtschaftlichem Gebiete das Endziel, die kommunistische Gesellschaftsform zu erreichen. Die Lehre vom Klassenkampf wird, wie auf das politische Gebiet, so auch auf das wirtschaftliche Gebiet angewendet. Die russische Revolution hat nach bolschewistischer Ansicht die Auflösung der kapitalistischen Ordnung und der kapitalistischen Arbeitsdisziplin bewiesen. Jetzt sei die Arbeiterklasse imstande und auch reif genug, die Produktionsmittel in Besitz zu nehmen und die Produktion zu organisieren: „Um die Produktivkräfte der Wirtschaft zu heben, um den Widerstand der Bourgeoisie, die die Agonie der alten Gesellschaft verlängert und damit zur Gefahr der vollständigen Ruinierung des Wirtschaftslebens führt, möglichst sofort zu brechen, muß die proletarische Diktatur die Enteignung der Großbourgeoisie und des Junkertums durchführen und die Mittel der Produktion und des Verkehrs in gemeinsames Eigentum des proletarischen Staates verwandeln [1])." Keineswegs sagt die Diktatur des Proletariats, daß die vorhandenen Produktionsmittel an die Arbeiter aufgeteilt werden sollen, oder daß die einzelnen Fabriken den dort beschäftigten Arbeitern zu Eigentum übertragen werden sollen. Umgekehrt sollen die vorhandenen Produktivkräfte möglichst zentralisiert werden, und die ganze Produktion nach einheitlichen Plänen und möglichst in Großbetrieben durchgeführt werden. Daher müßten vor allen Dingen in die Verfügungsgewalt der Arbeiter überführt werden: Der ganze Apparat der Großbanken, alle Gemeindeunternehmungen, die Produktionszweige, die bereits kartelliert sind und alle industriellen Großbetriebe. Die landwirtschaftlichen Güter sollen sozialisiert und in gesellschaftlich geleitete Betriebe verwandelt werden. Die kleinen gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebe sollen allmählich zu Großbetrieben vereinigt werden. Zunächst sollen die kleinen Eigentümer nicht expropriiert werden, und alle Eigentümer, die keine Lohnarbeiter beschäftigen, sollen keinen Gewaltmaßregeln ausgesetzt sein. Ganz allmählich sollen sie durch das Beispiel der sozialisierten Großbetriebe auch in die sozialistische Großproduktion eingezogen werden. Je mehr und je besser es dem Proletariat gelänge, zentralisierte Verwaltungsorgane der Produktion

[1]) Richtlinien der kommunistischen Internationale. Die kommunistische Internationale. S. 22.

zu schaffen und die Arbeiterverwaltung zu verwirklichen, um so besser und schneller würden die Aufgaben der proletarischen Diktatur gelöst werden.

Der Handel soll durch proletarische Einrichtungen für Verteilung der Produkte ersetzt werden. Dazu müßten die Großhandelsbetriebe sozialisiert und die konsumgenossenschaftlichen Vereinigungen von der Arbeiterschaft kontrolliert werden. Neben der Expropriation der Fabriken, Bergwerke, landwirtschaftlichen Güter usw., soll das Proletariat auch die Ausbeutung der Bevölkerung durch die Hausbesitzer dadurch beseitigen, daß die großen Häuser in die Hände der örtlichen Arbeiterräte übergehen, und die Arbeiterschaft in die bürgerlichen Häuser übersiedelt. Um zu erreichen, daß wirklich die ganze Arbeiterklasse und nicht die Sonderinteressen einzelner Arbeitergruppen bei der Sozialisierung zur Geltung kommen, schlagen die Bolschewisten z. B. speziell für die Fabrikindustrie folgendes vor: In jeder Fabrik, überhaupt in jedem industriellen Betriebe müsse eine Verwaltung von Arbeitern existieren. Man müsse sie aber so bilden, daß die Mehrheit nicht aus der Mitte der Arbeiter dieser Fabrik, sondern aus Arbeitern besteht, die von der Gewerkschaft des in Frage kommenden Berufszweigs vom Rat der Arbeiterdeputierten und schließlich vom Bezirksrat der Volkswirtschaft delegiert werden. „Wenn die Verwaltung aus Arbeitern und Angestellten gebildet wird — den Arbeitern muß aber die Mehrheit garantiert werden, weil sie zuverlässige Anhänger des Kommunismus sind — so muß diese Mehrheit nicht aus der in der betreffenden Fabrik tätigen Arbeiterschaft gebildet werden, sondern aus einem größeren Verbande; dann wird die Fabrik auch so verwaltet, wie es das Interesse der gesamten Arbeiterschaft erfordert." Was die in jeder Fabrik notwendigen Buchhalter, Techniker und Ingenieure anlangt, so sollen sie jetzt der Arbeiterklasse dienen, wie sie früher den Kapitalisten gedient haben. Sie werden unter die Kontrolle der Arbeiter und Angestellten gestellt: „Unser nächstes Ziel ist, die ganze Volkswirtschaft nach dem Vorbilde der Post zu organisieren, und zwar so, daß alle unter der Kontrolle und Leitung des organisierten Proletariats stehenden Techniker, Aufseher, Buchhalter sowie alle beamteten Personen ein den Arbeiterlohn nicht übersteigendes Gehalt beziehen[1])."

Auf diese Weise soll durch die D. P. erreicht werden, daß die Arbeiterklasse nicht nur zur tatsächlichen Herrschaft in der Ver-

[1]) Lenin, Staat und Revolution. S. 46.

waltung der Armee, des Gerichts, der Schulen und anderer Behörden wird, sondern auch in der Verwaltung der Produkte.

Ein weiterer wichtiger Programmpunkt, der mit der D. P. zusammenhängt, ist die Einführung der Arbeitspflicht für die Reichen. Damit nicht der Arbeiterklasse dadurch Schaden zugefügt werde, daß reiche Leute müßig gehen, soll für die Reichen die Arbeitspflicht eingeführt werden und zwar so, daß jede Person, die über 500—600 Rubel monatlich einnimmt, jede Person, die Arbeiter beschäftigt oder Dienstboten hält, ein Konsumarbeitsbüchlein erhält. Nur auf Grund eines solchen Büchleins, worin die Arbeit, die der Betreffende leistet, notiert ist, kann der Reiche Unterhaltsmittel erhalten. Die Arbeitspflicht der Reichen soll den Übergang zur allgemeinen Arbeitspflicht bilden. „Mit der Einführung der Arbeitspflicht sollten wir unverzüglich beginnen, aber sie mit großer Allmählichkeit und Bedachtsamkeit durchführen, indem wir jeden Schritt durch praktische Erfahrung überprüfen und selbstverständlich als ersten Schritt die Einführung der Arbeitspflicht für die Reichen tun. Die Einführung eines Arbeits- und Konsum-Budgetbuches für jeden Bourgeois, darunter auch den bäuerlichen, wäre ein erster Schritt vorwärts zur völligen „Einkreisung" des Feindes und zur Schaffung einer tatsächlich allgemeinen Rechnungslegung und Kontrolle der Produktion und der Verteilung der Erzeugnisse" [1]).

Die Arbeiter und die armen Bauern sorgen für ihre Arbeitsdisziplin; sie schaffen sich ihre Arbeitsordnung. Die Arbeiterorganisation, in erster Linie die Gewerkschaft, bestimmt das Produktionsquantum, das geleistet werden muß und die tägliche Arbeitszeit.

Zwei Etappen müssen nach bolschewistischer Ansicht zurückgelegt werden, um den Sozialismus durchzuführen. Der erste Schritt ist die Arbeitskontrolle, der zweite die Arbeitsregulierung. Die sozialistische Staatskontrolle und Rechnungslegung ist zunächst notwendig zur genauen Registrierung und Buchung, damit die Erfassung und Verteilung aller Produkte gewissenhaft durchgeführt werden kann: „Der sozialistische Staat kann nur entstehen als ein Netz von produktivkonsumierenden Kommunen, die gewissenhaft ihre Produktion und ihren Konsum buchen, mit der Arbeit ökonomisch umgehen, die Produktivität der Arbeit unentwegt steigern und dadurch die Möglichkeit erzielen, den Arbeitstag bis auf sieben, bis auf sechs Stunden und auf noch weniger herabzusetzen. Wir kommen um die Tatsache nicht herum, daß wir die strengste allgemeine allumfassende

[1]) Lenin, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht. S. 22.

Rechnungslegung und Kontrolle des Getreides und der Erfassung des Getreides (nachher auch aller anderen notwendigen Erzeugnisse) einrichten müssen" [1]). „Registrierung und Kontrolle", sagt Lenin an anderer Stelle, „sind das Wichtigste, was notwendig ist, um die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft in Gang zu bringen, das richtige Funktionieren derselben vorzubereiten. Alle Bürger verwandeln sich hier in entlohnte Angestellte des Staates, den die bewaffneten Arbeiter bilden. Alle Bürger werden Angestellte und Arbeiter eines Staatssyndikats des gesamten Volkes" [2]). Hier spricht also Lenin von der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft und damit soll gesagt sein, daß diese eben geschilderte sozialistische Gesellschaft nur die erste Etappe auf dem Wege zur restlosen Durchführung des Sozialismus sein soll, der schließlich zur kommunistischen Gesellschaft führt. In der ersten Etappe — der sozialistischen Gesellschaft — sind nur die Produktionsmittel zum Gesamteigentum der Arbeiterschaft erklärt, nicht aber die Konsumtionsmittel. Jeder einzelne Arbeiter erhält auf Grund der geleisteten Arbeit aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln einen entsprechenden Anteil. Gleichheit ist hier noch nicht erreicht, denn die einzelnen Arbeiter sind nicht gleich. Der eine ist stärker, der andere schwächer, der eine verheiratet, der andere nicht, der eine hat mehr, der andere weniger Kinder. Wenn jeder Arbeiter auf Grund seiner geleisteten Arbeit einen bestimmten Anteil am gesellschaftlichen Gesamtertrag erhält, gibt es doch wieder solche, die wohlhabender sind als andere. Gleichheit wird erst erreicht in der kommunistischen Gesellschaft, in der die Verteilung der Produkte nicht nach der individuellen Arbeitsleistung, sondern nach den Bedürfnissen und Fähigkeiten der einzelnen erfolgt. Die Bedürfnisse sind tatsächlich ungleich, z. B. je nach der Familiengröße, es wird erst dann Gleichheit erreicht, wenn auf Grund dieser tatsächlichen Bedürfnisse der einzelnen die Verteilung stattfindet. Wenn erst einmal eine so hohe Entwicklung der Produktivkräfte erreicht sei, daß alle Lebensbedürfnisse im größten Maße befriedigt werden könnten, dann dürften auch die einzelnen Volksgenossen nach ihren Fähigkeiten freiwillig arbeiten und sollen dann auf Grund dieser Fähigkeiten und ihrer Bedürfnisse Anteil am Gesellschaftsertrage erhalten.

Die erste Phase mit ihrer Disziplin, mit ihrer scharfen Kontrolle

---

[1]) Lenin, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht. S. 24.

[2]) Lenin, Staat und Revolution. S. 95.

und Regelung der Arbeit ist keineswegs das Ideal der Bolschewisten Dieses ist erst erreicht, wenn alle Volksgenossen in freiwilliger Tätigkeit durch ihre Arbeit ihren Anteil zur Gesamtarbeit der Gesellschaft leisten: „Dann wird das Tor zum Übergang von der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft zur höheren Phase und somit auch der Weg zum völligen Absterben des Staates offen stehen [1])."

Auf Grund solcher allgemeiner wirtschaftstheoretischer und wirtschaftspolitischer Gedanken sind eine Menge von Gesetzen und Dekreten seit Beginn der Bolschewistenherrschaft erlassen worden, von denen nur einige der wichtigsten hier hervorgehoben werden sollen. Von Bedeutung sind vor allem zwei Deklarationen der bolschewistischen Regierung, die Lenin zum Verfasser haben. In der ersten Deklaration der Rechte der Völker Rußlands vom 22. November 1917 heißt es: „Befreit werden die Matrosen und Soldaten von der Gewalt ihrer selbstherrlichen Generäle, denn fortan werden die Generäle wählbar und absetzbar sein. Befreit werden die Arbeiter von den Launen und der Willkür der Kapitalisten, denn fortan wird eine Arbeiterkontrolle über die Betriebe und Fabriken eingesetzt sein [2])." In der zweiten Deklaration der Rechte des arbeitenden und ausgebeuteten Volkes werden die Beschlüsse der 3. Allrussischen Versammlung der Räte der Arbeiter, Soldaten und Deputierten verkündet:

1. „Zwecks Verwirklichung der Sozialisierung des Landes wird das Privateigentum am Grund und Boden aufgehoben, und der gesamte Länderfonds wird zum Eigentum des ganzen Volkes erklärt und ohne jedes Entgelt auf der Grundlage der ausgleichenden Bodenbenutzung den Arbeitenden übergeben.

Alle Wälder, inneren Bodenschätze und die Gewässer von allgemeinstaatlicher Bedeutung, ebenso alles lebende und tote Inventar, die Mustergüter und Landwirtschaftsbetriebe werden zum Nationaleigentum erklärt.

2. Als erster Schritt zum völligen Übergang der Fabriken, Bergwerke, Eisenbahnen usw., der Mittel der Produktion und des Transportes in das Eigentum der Arbeiter- und Bauernräterepublik wird das Rätegesetz betreffend die Arbeiterkontrolle und den Obern Volkswirtschaftsrat zwecks Sicherung der Gewalt der Arbeiter über die Ausbeuter bestätigt.

3. Bestätigt wird der Übergang aller Banken in das Eigentum

[1]) Lenin, Staat und Revolution. S. 96.

[2]) Gesetzessamml. Nr. 2, Art. 18. Quellen und Studien II. S. 1.

des Arbeiter- und Bauern-Rätestaates, als eine der Bedingungen zur Befreiung der arbeitenden Massen vom Joche des Kapitals.

Das allgemeine sozialistische Endziel der D. P. geht auch aus der Verfassungsurkunde hervor. (Zweiter Abschnitt, fünftes Kapitel.) „Die Hauptaufgabe der auf die gegenwärtige Übergangszeit berechneten Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Räterepublik besteht in der Aufrichtung der Diktatur des städtischen und ländlichen Proletariats und der ärmsten Bauernschaft in der Gestalt einer machtvollen allrussischen Rätegewalt zwecks vollständiger Unterdrückung der Bourgeoisie, Vernichtung der Ausbeutung eines Menschen durch den anderen und der Herstellung des Sozialismus, unter dem weder eine Klasseneinteilung, noch eine Staatsgewalt sein wird. Die russische Republik ist eine freie sozialistische Gesellschaft aller Arbeitenden in Rußland [1])." Ferner aus einer Erklärung (Von dem Übergang der Gewalt und der Produktionsmittel in die Hände der Arbeiter. GS. Nr. 2, Art. 22), worin es heißt: „Kameraden, Arbeiter, Soldaten, Bauern und Arbeitende! Bringt an den einzelnen Plätzen die gesamte Gewalt in die Hände eurer Räte. Nehmt und hütet wie den Augapfel das Land, das Getreide, die Fabriken, die Werkzeuge, die Erzeugnisse, das Transportwesen — all das wird fortan in vollem Umfange euer Gesamtbesitz sein. Allmählich mit Zustimmung und Genehmigung der Mehrheit der Bauern nach den Angaben ihrer und der Arbeiter praktischen Erfahrung werden wir fest und unbeugsam zum Siege des Sozialismus schreiten, den die führenden Arbeiter der zivilisierten Länder befestigen werden und der den Völkern einen dauernden Frieden und die Errettung von jeder Bedrückung und von jeder Ausbeutung gewähren wird [2])."

Die volle Sozialisierung der gesamten Produktionsmittel ist durch die bolschewistische Gesetzgebung noch nicht durchgeführt. Es sind nur einzelne Gesetze über die Sozialisierung gewisser Betriebe ergangen. Das einschneidendste Gesetz betrifft die Sozialisierung des Bodens. Es lautet: „Das Eigentum an Grund und Boden wird ohne Vergütung sofort aufgehoben. Die den Grundbesitzern gehörenden Güter sowie Apanagen-, Kloster-, Kirchengüter mit ihrem gesamten lebenden und toten Inventar, ihren Wirtschaftsgebäuden und allem Zubehör gehen in die Verfügungsmacht der Bezirksagrarkomitees und der Kreisräte der Bauerndeputierten über bis zur Entscheidung der Bodenfrage durch die konstituierende Versamm-

[1]) Quellen und Studien. S. 73.

[2]) Quellen und Studien II. S. 109.

lung[1])." In den Ausführungsbestimmungen heißt es: „Das private Eigentum an Grund und Boden wird für alle Zeiten aufgehoben; der Grund und Boden darf weder verkauft, noch in Pacht oder zum Pfande gegeben, noch sonst veräußert werden. Das gesamte Land: das staatliche, Apanagen-, Kabinetts-, Kloster-, Kirchen, Possessions-, Majorats-, privatbesitzerliche-, Gemeinde- und Bauernland usw. wird ohne Entgelt enteignet, in das Eigentum des gesamten Volkes verwandelt und geht in die Nutznießung aller darauf Arbeitenden über.

Den durch die Vermögensumwälzung Geschädigten wird lediglich das Recht auf Gemeindeunterstützung für die Zeit zuerkannt, die zu einer Anpassung an neue Lebensbedingungen notwendig ist.

Das Nutzungsrecht am Grund und Boden steht allen Bürgern (ohne Unterschied des Geschlechts) des russischen Staates zu, die ihn durch eigene Mühewaltung mit Hilfe der Familie oder in Gesellschaft bearbeiten wollen, und nur solange sie imstande sind, ihn zu bearbeiten. Lohnarbeit ist nicht zulässig.

Die Bodenbenutzung muß eine ausgleichende sein, d. h. das Land wird unter die Arbeitsleistenden je nach den örtlichen Bedingungen nach der Arbeits- oder Verbrauchsnorm verteilt[2])."

Was die Industrie anlangt, so sind hier nur durch einzelne Dekrete bestimmte Industriezweige nationalisiert, bzw. sozialisiert worden: „Nationalisiert und verwaltungstechnisch in entsprechenden Zentralkomitees vereinigt sind die Zuckerindustrie einschließlich des Zuckerrübenbaus, der Teehandel und das Naphtagewerbe. Hier sind dem Hauptzuckerkomitee, dem Zentralkomitee und dem Hauptnaphtakomitee sehr weitgehende Befugnisse eingeräumt: sie können bestehende Betriebe sequestrieren, schließen, neue Betriebe und Unternehmen eröffnen, vorhandene unter Staatsaufsicht nehmen, die Preise festsetzen, die Verteilung der Produkte und Waren regeln. Monopolisiert sind alle diese Geschäfts- und Handelszweige nicht[3])." Im Dekret vom 15./28. Juni 1918 (G.S. Nr. 47 Art. 559) betreffend die Nationalisierung der bedeutendsten Unternehmen der bergwerksmetallurgischen, metallbearbeitenden, Textil-, Elektrizitäts-, Holzschneide- und Holzbearbeitungs-, der Tabak-, Glas-, keramischen, Leder-, Zement und anderer Industriezweige, der Dampfmühlen, der Unternehmen auf dem Gebiete der örtlichen Ordnungseinrichtungen und der Eisenbeförderung werden alle diese Betriebe und Unter-

---

[1]) Quellen und Studien II. S. 87.
[2]) Quellen und Studien II. S. 88.
[3]) Quellen und Studien II. S. 35.

nehmen aufgezählt, deren gesamtes Vermögen als Staatseigentum erklärt wird [1]). Ferner ist durch Dekret vom 19. Jan. 1918 die staatliche Bewirtschaftung aller Arten von Textilwaren und der daraus hergestellten Kleidungsstücke und Erzeugnisse festgesetzt.

Wichtig ist vor allem die Einsetzung des sogenannten Oberen Volkswirtschaftsrats, der eine rein sozialistische Institution darstellt, nämlich eine Organisation der gesamten Volkswirtschaft des Landes und der Staatsfinanzen. Der obere Volkswirtschaftsrat O. V.-W. R.) [2]) besteht aus dem allrussischen Rate der Arbeiterkontrolle, aus Vertretern aller Volkskommissariate und aus Sachverständigen, die mit beratender Stimme zugezogen werden. Zu seinem Tätigkeitsbereich gehören die Versorgung der Bevölkerung mit Brennstoff, die Metalle, Verteilung des Transportes, das Verpflegungswesen, die Arbeiterkontrolle, das Fabrikwesen, Handel und Industrie. Alle diese Angelegenheiten werden in einzelnen Sektionen bearbeitet. Dem O. V. W. R. steht das Recht der Konfiskation, Requisition, der Zwangssyndizierung einzelner Zweige des Handels und Gewerbes und aller Maßnahmen auf dem Gebiete der Produktion, der Verteilung und der Staatsfinanzen zu.

Das Dekret über den oberen Volkswirtschaftsrat vom 8. August 1918 (GS. Nr. 58, Art. 644) gibt nähere Bestimmungen für den Geschäftskreis und die Zusammensetzung dieser Behörde. Danach ist der obere Volkswirtschaftsrat die Wirtschaftsabteilung des Zentralexekutivkomitees und bearbeitet alle Angelegenheiten der Regulierung und Organisierung der gesamten Produktion und Verteilung und leitet die Verwaltung aller Staatsbetriebe. Der obere Volkswirtschaftsrat hat auch den Jahresetat des Staatsbudgets einer Vorprüfung zu unterziehen und mit seiner Meinungsäußerung beim Rate der Volkskommissare einzubringen. Ihm liegt auch die Finanzierung aller Zweige der Volkswirtschaft in Gemeinschaft mit dem Volkskommissariat für Finanzen und Staatskontrolle ob [3]).

Dazu kommt die Arbeiterkontrolle, die durch Verordnung vom 16. Nov. 1918 eingeführt ist. Es ist eine Anwendung des Rätesystems auf den inneren Betrieb aller Wirtschaftsunternehmen, die Lohnarbeiter beschäftigen. Hierdurch wird die Arbeiterkontrolle über die Produktion, den Kauf und Verkauf von Erzeugnissen und Rohmaterialien, über ihre Aufbewahrung sowie über die finanzielle Seite

---

[1]) Quellen und Studien II. S. 37.

[2]) GS. vom 16. Dez. 1917, Nr. 5, Art. 85.

[3]) Quellen und Studien. S. 20.

des Unternehmens eingeführt. Die Arbeiterkontrolle wird einmal durch die Betriebsräte und Fabrikkomitees von allen Arbeitern des betreffenden Unternehmens durch ihre gewählten Organe ausgeübt. Ferner wird für jeden größeren Bezirk noch ein Bezirksrat der Arbeiterkontrolle geschaffen, der aus Vertretern der Berufsverbände, der Betriebs- und Fabrikkomitees sich zusammensetzt. Diese Organe der Arbeiterkontrolle haben das wichtige Recht, die ganze Produktion zu beaufsichtigen, ein Mindestmaß für die Arbeitsleistung des Betriebes festzusetzen und Maßnahmen zur Ermittlung der Selbstkosten der gewonnenen Erzeugnisse zu treffen. Diese Betriebsräte gehen in ihren Befugnissen weit über die von dem deutschen Gesetz eingerichteten Betriebsräte hinaus. Während nach dem deutschen Gesetz über Betriebsräte (§ 71) der Betriebsrat nur das Recht hat, den Arbeitgeber zu veranlassen, daß er über die Betriebsvorgänge Aufschluß gibt, soweit dadurch keine Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse gefährdet werden, ist in dem russischen Gesetz ausdrücklich das Geschäftsgeheimnis aufgehoben. Die Betriebsräte haben den ganzen geschäftlichen Briefwechsel des Unternehmens zu kontrollieren. Die Unternehmer sind verpflichtet, den Organen der Arbeiterkontrolle alle Bücher und Rechnungen für das laufende wie für die vergangenen Geschäftsjahre vorzulegen. Die höchste Instanz für alle mit der Arbeiterkontrolle verbundenen Angelegenheiten ist der allrussische Rat der Arbeiterkontrolle, der allgemeine Pläne für die Kontrolle, Instruktionen usw. ausarbeiten muß.

Bemerkenswert ist noch, daß im Gegensatz zu der grundsätzlich von den Bolschewisten geforderten Arbeitspflicht der Reichen in der Verfassung die allgemeine Arbeitspflicht dekretiert ist. Es heißt in der Deklaration der Rechte: „Zwecks Vernichtung der parasitischen Gesellschaftsklassen und zur Wirtschaftsorganisation wird die allgemeine Arbeitspflicht eingeführt“ [1]). Ferner: „Die Russische Sozialistische Föderative Räterepublik erklärt die Arbeit als Pflicht aller Bürger der Republik und verkündet die Losung: Wer nicht arbeitet, hat kein Daseinsrecht [2]).“ Nähere Bestimmungen darüber, wie diese allgemeine Arbeitspflicht durchzuführen ist, sind in der Gesetzsammlung nicht zu finden.

3. Die internationale Bedeutung der D. P.

Die Bolschewisten betonen immer wieder in ihren Schriften und Parteiprogrammen, daß sie die D. P. keineswegs nur für Rußland

[1]) Quellen und Studien. S. 3/4.

[2]) Daselbst S. 74.

errichten wollen, sondern daß sie dies als eine internationale Forderung ansehen. Nach ihrem Beispiel müßten alle anderen Völker diese Diktatur verkünden. Hierdurch erst könnte die russische D. P. Bestand, Dauer und volle Wirkungskraft erhalten. Lenin sagt: „Der Bolschewismus hat die Idee der „Diktatur des Proletariats" in der ganzen Welt popularisiert, hat diese Worte zunächst aus dem Lateinischen ins Russische, und dann in alle übrigen Sprachen der Welt übertragen, indem er an dem Beispiel der Rätemacht gezeigt hat, daß selbst die am wenigsten erfahrenen, geschulten und an Organisation gewöhnten Arbeiter und armen Bauern sogar eines rückständigen Landes, ein ganzes Jahr imstande waren, unter gigantischen Schwierigkeiten im Kampfe gegen die von der Bourgeoisie der ganzen Welt unterstützten Ausbeuter, die Macht der Arbeitenden aufrecht zu erhalten, eine ungleich höhere und weitgehendere Demokratie als alle früheren Demokratien der Welt zu schaffen, und mit der schöpferischen Arbeit von Dutzenden von Millionen Arbeitern und Bauern die praktische Durchführung des Sozialismus zu beginnen.[1])"

Der internationale Charakter der D. P. geht auch aus verschiedenen Sätzen der Verfassungsurkunde hervor: „Indem sie das Rätesystem, die Beseitigung jeder Ausbeutung eines Menschen durch den anderen, die völlige Abschaffung der Einteilung der Gesellschaft in Klassen, die schonungslose Unterdrückung der Ausbeuter, die Herstellung einer sozialistischen Organisation der Gesellschaft und des Sieges des Sozialismus in allen Ländern sich zur Grundaufgabe macht usw.[2])." In dem Manifest, welches die kommunistische Internationale unter bolschewistischer Führung erlassen hat, heißt es: „Unsere Aufgabe besteht darin, die revolutionäre Erfahrung der Arbeiterklasse zusammenzufassen, die Bewegung von den zersetzenden Beimischungen des Opportunismus und Sozialpatriotismus zu reinigen, die Kräfte aller wirklich revolutionären Parteien des Weltproletariats zu sammeln und dadurch der kommunistischen Revolution zu erleichtern und zu beschleunigen[3])." Der Dichter Maxim Gorki sagt in einem Aufsatz: „In der Tat, der russische Arbeiter-Sozialist hat die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf sich gelenkt. Er legt gleichsam vor dem Angesicht der ganzen Menschheit die Prüfung seiner politischen Reife ab, er tritt vor allen Menschen der Welt als Schöpfer neuer Formen des Lebens auf. Zum erstenmal wird in so

[1]) Lenin, Die Diktatur des Proletariats und der Renegat K. Kautsky. Leipzig 1919. S. 59.

[2]) Quellen und Studien. 2. Bd. 1920. S. 71/72.

[3]) Die kommunistische Internationale. Hamburg 1919. S. 5.

gewaltigem Umfang der entschiedene Versuch, die Idee des Sozialismus zu verwirklichen, gemacht, der Versuch, jene Theorie ins Leben zu übertragen, die man die Religion der Arbeitenden nennen kann.[1])"

II. Die Stellung des Marxismus zur D. P.

Nachdem wir jetzt die grundlegenden politischen und wirtschaftlichen Gedankengänge dargelegt haben, auf Grund deren die Bolschewisten die D. P. verkündet haben und die Dekrete kennen gelernt haben, welche zur praktischen Durchführung dieser Gedanken ergangen sind, drängt sich die Frage auf: sind alle diese Gedankengänge und Forderungen nicht dem Arsenal von Marx entnommen? Sind die Bolschewisten mit ihrer D. P. nicht die getreuen Interpreten und die Vollstrecker der Ideen, die Karl Marx über den Gang der sozialen Bewegung ausgesprochen hat? Sind die von den Bolschewisten in den Vordergrund gestellten Theorien vom Klassenkampf, vom revolutionären Charakter des Sozialismus, von der terroristischen Taktik und der damit zusammenhängenden D. P. nicht ebenso echt marxistisch wie ihre neuen Regierungsformen, das Rätesystem und ihre Betonung des internationalen Charakters der sozialen Revolution? Und weiter: ist nicht anzunehmen, daß, nachdem in Rußland mit der energischen Durchführung dieser marxistischen Forderungen begonnen wurde, diese Umwälzung sich fortpflanzen wird und dann auch die anderen Länder zu dem marxistischen Endziele, der internationalen sozialistischen Gesellschaftsform, gelangen werden?

Tatsächlich wird die Meinung, daß die bolschewistische Auffassung der D. P. im Grunde genommen eine alte marxistische Idee sei, sehr häufig vertreten. So erklärte z. B. der Herausgeber der Gesetzgebung der Bolschewiki, Klibanski, nachdem er die beiden ersten Deklarationen der Bolschewisten über die Rechte der Völker Rußlands und der Rechte des arbeitenden und ausgebeuteten Volkes mitgeteilt hat, folgendes: „Diese beiden Deklarationen, die Uljanow (Lenin) zum Autor haben, lassen unschwer die Grundzüge des rein sozialistischen Staatsgedankens nach den unverfälschten Lehren von Marx und Engels erkennen[2]).

Vor allem betonen die Führer der bolschewistischen Bewegung

---

[1]) Gorki, Sowjet-Rußland und die Völker der Welt. Die kommunistische Internationale. Moskau 1919. S. XVI.

[2]) Quellen und Studien. S. 5.

selbst, daß ihre Gedanken streng marxistische seien, daß sie nur ausführten und durchführten, was Marx gelehrt habe. Lenin, Trotzki, Bucharin, um nur die Hauptführer zu nennen, bezeichnen sich mit Vorliebe als Marxisten. Besonders Lenin hat in allen seinen Hauptschriften nichts anderes geboten, als den Versuch, nachzuweisen, daß seine in der russischen Revolution durchgeführten Prinzipien die Konsequenz marxistischer Gedanken darstellten. Andere Schriften Lenins sind polemischen Inhalts. Sie wenden sich gegen solche Marxisten, die wie Kautsky, den engen Zusammenhang zwischen Bolschewismus und Marxismus bestreiten. So sehr sind die Leninschen Schriften mit Zitaten und Auszügen aus den Schriften von Karl Marx angefüllt, daß man zu den kleineren parteipolitischen Broschüren Lenins greifen muß, um seine eigene Meinung zu erfahren. Ist es richtig, daß Lenins Aufgabe, wie er selbst einmal erklärt, nur in der Wiederherstellung der wahren Marxschen Lehre vom Staat besteht[1])? Ehe ich auf Einzelheiten eingehe, möchte ich diese Frage ganz allgemein beantworten.

Richtig ist, daß Marx, wie die Bolschewisten, die Forderung der D. P. aufgestellt hat, und daß diese Forderung auch bei ihm mit seiner Lehre vom Klassenkampf zusammenhängt. In Übereinstimmung mit Marx lehnen die Bolschewisten jede sozialistische Politik ab, die durch allmähliche Sozialreform oder mit Hilfe der bestehenden Staatsgewalt durch staatliche Reformgesetzgebung das Endziel, die sozialistische Gesellschaftsform erreichen will. Es ist echt marxistisch gedacht, wenn sie erklären, daß nur durch einen Kampf der Arbeiterklasse gegen die Klasse der Kapital- und Grundbesitzer der Sozialismus durchgeführt werden könnte. Ebenso sind auch die aufgestellten Endziele, Beseitigung zuerst des Privateigentums an den Produktionsmitteln als erste Stufe (sozialistische Gesellschaftsform), dann als zweite Stufe auch Beseitigung des Eigentums an Konsumtionsmitteln (kommunistische Gesellschaftsform), ganz marxistisch. Echt marxistisch ist auch die Auffassung vom „Absterben des Staats", die Idee, daß mit der sozialistischen Neugestaltung jede politische Gewaltherrschaft, damit auch jede Form des Staats aufhöre, und daß an dessen Stelle eine wirtschaftliche Assoziation trete. Insoweit das bolschewistische Postulat der D. P. mit diesen beiden Marxschen Grundgedanken zusammenhängt, ist eine gewisse Übereinstimmung nicht abzuleugnen. Das sind aber

[1]) Lenin, Staat und Revolution. S. 5.

die einzigen übereinstimmenden Gedanken. In allem übrigen steht die bolschewistische Auffassung der D. P. im direkten Gegensatz zu der Grundanschauung von Karl Marx. Die spezielle Auslegung des Begriffs D. P. bei den Bolschewisten ist grundverschieden von der Marxschen Fassung dieses Begriffs. Die ganze Art der Durchführung der sozialen Revolution, das Rätesystem, die sofortige Vollsozialisierung, die terroristische Taktik, das alles steht im schroffsten Widerspruch zu den Ideen von Karl Marx. Man kann höchstens von russifiziertem älteren Marxismus sprechen in dem Sinne, daß die Bolschewisten gewisse Ideen von Marx aus der ersten Zeit seiner politischen Wirksamkeit übernommen haben, und diese den russischen Verhältnissen entsprechend modifiziert und umgewandelt haben.

Es ist kein Gegenbeweis gegen meine Auffassung, wenn die Bolschewisten in ihren Büchern immer Zitate aus Marx bringen. Denn einmal sind diese Zitate oft aus dem Zusammenhang gerissen, können aber nur im Zusammenhang mit dem ganzen marxistischen System verstanden werden. Ferner sind sie größtenteils aus der jüngeren schriftstellerischen Periode von Karl Marx entnommen, während Marx in reiferen Jahren große Wandlungen durchgemacht hat. Schließlich ist nicht zu vergessen, daß das kommunistische Manifest, auf welches sich die Bolschewisten mit Vorliebe berufen, eine ganz allgemein gehaltene Programmschrift war, in denen Marx und Engels für die sozialistischen Bewegungen aller Länder der Welt allgemeine Richtlinien gegeben haben. Diese Schrift läßt daher die verschiedenartigsten Schlußfolgerungen für die einzelnen Länder zu. Daß die von den Bolschewisten gegebene Interpretation die richtige oder gar die für die internationale Bewegung allein zutreffende wäre, ist unbedingt abzulehnen. Unsere Behauptung, daß die bolschewistische Auffassung der D. P., abgesehen von den anfangs erwähnten ganz allgemeinen Grundgedanken, absolut unmarxistisch ist, wollen wir dadurch beweisen, daß wir an einer Reihe von einzelnen Problemen eine genauere Prüfung vornehmen, und zwar werden wir folgende Einzelfragen erörtern:

1. Ist die revolutionäre Auffassung der Bewegung in Übereinstimmung mit Marx?

2. Wie steht Marx zur Diktatur des Proletariats?

3. Wie verhält sich Marx zum Rätesystem?

4. Ist die bolschewistische Betonung des internationalen Charakters der sozialistischen Revolution im Sinne von Marx?

1. Revolution oder Evolution?

Lenin und die anderen Führer des Bolschewismus berufen sich bei ihrer Forderung der D. P. mit Vorliebe auf das kommunistische Manifest von Marx und Engels. In der Tat finden wir dort Sätze, die ihnen scheinbar recht geben. Das kommunistische Manifest spricht von „der Entwicklung des Proletariats bis zu dem Punkt, wo er in eine offene Revolution ausbricht und durch den gewaltsamen Sturz der Bourgeoisie das Proletariat seine Herrschaft begründet“ [1]). Und weiter heißt es dort: „Wenn das Proletariat im Kampfe gegen die Bourgeoisie sich notwendig zur Klasse vereint, durch eine Revolution zur herrschenden Klasse macht und als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt es mit diesen Produktionsverhältnissen die Existenzbedingungen des Klassengegensatzes der Klassen überhaupt und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf“; und am Schlusse: „Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen, sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern, die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen“.

Und doch wäre es falsch, aus diesen und ähnlichen Stellen in anderen Schriften von Marx aus jener Lebensperiode eine Übereinstimmung seiner Ideen mit der revolutionären Taktik und der ganzen Art der bolschewistischen politischen und wirtschaftlichen Umgestaltung zu entnehmen.

Die Stellung von Marx zum Problem der sozialen Revolution ist folgende: Marx war nicht revolutionärer Sozialist in dem Sinne, daß er glaubte, durch einen gewaltsamen Umsturz der alten Gesellschaftsordnung, durch Gewaltakte gegen die Besitzenden, eine neue, bessere Gesellschaftsordnung im Interesse des Proletariats aufrichten zu können. Dies unterscheidet ihn grundsätzlich von dem französischen Sozialisten August Blanqui, der diese revolutionäre Taktik immer vertreten hat und nur durch ein erfolgreiches Gelingen einer revolutionären Erhebung die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung für möglich hält. August Blanqui war der Organisator und Führer der geheimen revolutionären Gesellschaften,

[1]) Kommunistisches Manifest. 7. Ausgabe. Berlin 1906. S. 36.

welche die Hauptträger der ersten sozialistischen Bewegung in Frankreich der Jahre 1834—39 waren. Er war auch einer der tätigsten Kämpfer für den Aufstand im April 1834 in Lyon und Paris, der mit Gewalt niedergeschlagen wurde. Die Blanquisten knüpften an gewisse Traditionen aus der terroristischen Periode der großen französischen Revolution und an die Verschwörung von Babeuf an. Ihr Programm war Sturz der Bourgeoisie mittels gewaltsamer Expropriation. In ihrem Organ „Moniteur républicain", einer im November 1837 gegründeten Zeitschrift, wird der fanatische Haß gegen die herrschenden Klassen gepredigt: „Die erste Aufgabe", heißt es in der ersten Nummer, „ist, Louis Philipp anzugreifen, die Personen seines Gefolges kommen nachher". In diesem Sinne geht es fort: „Der König, der Hof, die Minister, die Liberalen, die Besitzer, alle sollen ermordet werden. Niemand hat Rechenschaft von dem zu fordern, was die Gleichheit gebietet". In einer Nummer des Journals „L'homme libre", das später an Stelle des „Moniteur republicain" trat, wird erklärt: „Wir fordern die Gütergemeinschaft so oder fast so, wie sie Babeuf begriffen hat, und wie er werden wir nicht aufhören, an der Verbreitung unserer Grundsätze zu arbeiten, müßten wir selbst als Opfer des ungerechten Königtums fallen. Wir erfüllen eine Pflicht, indem wir von Grund und Boden aus den gesellschaftlichen Zustand vernichten, um ihn nachher auf neuen Grundlagen wieder aufzubauen".

Auch in Einzelheiten weist die Blanquistische Politik und Taktik große Ähnlichkeit mit dem Bolschewismus auf. Dies ergibt sich aus den revolutionären Forderungen, die Blanqui in seiner Schrift „Kapital und Arbeit" veröffentlichte. Er verlangte da

in politischer Hinsicht: Unterdrückung der Armee und des Richterstandes. Unmittelbare Aufhebung der mittleren und höheren Beamtenstellen. Provisorische Aufrechterhaltung der niederen Beamtenstellen. Austreibung der ganzen schwarzen Armee, der männlichen und der weiblichen. Vereinigung aller beweglichen und unbeweglichen Güter der Kirchen, Klostergemeinden und Brüderschaften beider Geschlechter, sowie ihrer Strohmänner mit der Staatsdomäne. Wiederholung dieser Maßregel gegen alle wirklichen Feinde der Republik für die nachträgliche Akte vom 24. Februar 1848. Annulierung jedes Verkaufes dieser Güter oder aller auf dieselben gelegten Hypotheken von diesem Datum an.

Reorganisation des Beamtenpersonals. Aufhebung des Strafgesetzbuches und der Gerichtshöfe. Einführung von Schiedsrichtern für zivile, von Geschworenen für strafrechtliche Angelegenheiten,

einer der Schuld angemessenen Bestrafung, welche immer durch die Jury bloß nach ihrem Gewissen, ohne obligatorischen Tarif festgesetzt wird, während von vornherein nur die Art der verschiedenen Strafen bestimmt ist.

Formierung einer nationalen Landwehrarmee. Allgemeine Bewaffnung der Arbeiter und der republikanischen Bevölkerung.

Keine Freiheit für den Feind.

In finanzieller Hinsicht: Unterdrückung des Hauptbuches der Staatsschuld. Kommission zur Regulierung der Sparkasse. Ersetzung aller direkten und indirekten Steuern durch eine direkte, nach der Hinterlassenschaft und den Einkünften progressiven Steuer.

Als Regierungsform die Pariser Diktatur. Ein Jahr der Pariser Diktatur im Jahre 1848 hätte Frankreich und der Geschichte das Vierteljahrhundert erspart, welches seinem Ende nahe ist" [1]).

Diese blanquistische Auffassung steht im strikten Gegensatz zu der materialistischen Geschichtsphilosophie, die Marx bereits Ende 1847, als er mit Engels zusammen das kommunistische Manifest ausarbeitete, vertreten hat und die eine evolutionäre Auffassung alles gesellschaftlichen Geschehens bedeutet. Nach dieser Auffassung entwickeln sich die Produktivkräfte im Wirtschaftsleben, unabhängig vom menschlichen Wollen und bedingt durch die Fortschritte der Technik, so, daß mit Notwendigkeit auch immer neue Gesellschaftsformen entstehen. So werde die auf der maschinellen Technik beruhende Großindustrie die alte auf dem Privateigentum basierende kapitalistische Gesellschaft auflösen, geradeso wie durch die technische Entwicklung der Produktivkräfte die Sklaverei und der Feudalismus gesprengt worden seien. Die kapitalistische Gesellschaft werde ihre Existenz verlieren, weil die Privateigentümer auf einer gewissen Stufe der Produktivkräfte nicht mehr die Macht hätten, diese gewaltigen Kräfte zu leiten und zu zügeln. Die notwendig eintretende höhere Gesellschaftsform, in der nämlich die Produktion von der ganzen Volksgemeinschaft geleitet wird, also kommen müssen, wenn die Entwicklung so weit vorgeschritten sei, daß die Produktivkräfte mit den alten Rechtsformen der Gesellschaft in Widerspruch gerieten. Also nicht durch eine Revolution, sondern durch Evolution werde die neue Gesellschaft herbeigeführt. Mit dieser evolutionären Auffassung ist durchaus auch eine revolutio-

[1]) Blanqui, Kapital und Arbeit. Aus den gesammelten nationalökonomischen Schriften. Nach seinem Tode herausgegeben. Deutsche Übersetzung. Leipzig 1886. Vgl. ferner: Thomas, Blanqui im Jahre 1834. Dokumente des Sozialismus. 3. Bd. Stuttgart 1903.

näre Taktik vereinbar; aber die revolutionäre Aktion könne nur Sinn und Erfolg haben, wenn die wirtschaftlichen Vorbedingungen zum Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung vorliegen. Das Proletariat, das bei der gesellschaftlichen Umwälzung die herrschende Klasse werden soll, muß unter Umständen sich revolutionärer Mittel bedienen, um den Kampf gegen die bürgerlichen Klassen, die ihre Macht verlieren, erfolgreich durchführen zu können.

Wenn Marx im kommunistischen Manifest besonderes Gewicht auf die revolutionäre Taktik gelegt hat, so müssen dabei die Zeitverhältnisse in doppelter Hinsicht berücksichtigt werden. Einmal war es die Sturm- und Drangperiode von Marx, in der er in seiner ganzen geistigen Entwicklung noch von dem revolutionären Geist erfüllt war, der überhaupt für seine erste Lebensperiode charakteristisch ist. Dazu kamen die politischen Zustände der Jahre 1847/48, während derer man allgemein auf das Ausbrechen großer politischer Revolutionen mit Bestimmtheit rechnete. Es war ferner die Periode, in welcher in den Hauptkulturländern das allgemeine Wahlrecht noch nicht errungen war. Da unter solchen Umständen die Erringung größerer politischer Macht seitens der Arbeiterklasse auf dem legalen Wege des Parlamentarismus nicht möglich war, verwies Marx das Proletariat darauf, die politische Revolution im Interesse ihrer politischen und ökonomischen Machtverhältnisse auszunutzen. Wenn auch die Proletarierklasse durch die Revolution noch nicht zur sofortigen Erreichung ihres Endziels, der Expropriation der Kapital- und Grundbesitzer befähigt wäre, so doch zur Vorbereitung und Stärkung ihrer Machtposition, um sich für dieses Endziel vorzubereiten.

Von dieser hoffnungsvollen Stimmung auf die Wirkung revolutionärer Bewegungen ist Marx in den 50-, 60-, 70er Jahren immer mehr abgekommen und seine evolutionären Grundanschauungen sind immer reiner zum Durchbruch gelangt. In seiner geistigen Entwicklung befestigten sich immer mehr bei ihm die Grundgedanken seiner wirtschaftlichen Entwicklungslehre, die ihn mit immer größerer Skepsis gegenüber der Wirkungskraft revolutionärer Gewaltaktionen erfüllen mußten. Vor allem aber waren die Erfahrungen, die er bei den sozialrevolutionären Bewegungen des 19. Jahrhunderts, der Chartistenbewegung, der Februar-Revolution und der Kommune machte, für seine Stellung zum Revolutionsproblem von Wichtigkeit. Auf Grund dieser Erfahrungen kam er dazu, immer wieder zu betonen, daß er seine Anschauungen in Bezug auf den Erfolg revolutionärer

Aktionen revidieren müsse, und daß er auf die revolutionäre Taktik nicht mehr das Gewicht lege wie früher. Je mehr demokratische Verfassungen in den verschiedensten Ländern zur Durchführung gelangten, um so mehr hielt er auch die Notwendigkeit revolutionären Vorgehens nicht für unbedingt gegeben. Er war der Meinung, daß in Ländern mit streng durchgeführter demokratischer Verfassung auch ohne Revolution auf streng gesetzlichem Wege das Ziel des Proletariats zu erreichen sei.

Es ist klar, daß nach dieser Darlegung der Grundanschauungen von Marx über die soziale Revolution, die ganze Art und Weise, wie die Bolschewisten die Revolution in Rußland durchgeführt und aufgefaßt haben, in direktem Gegensatze zu Marx steht. Nicht nach marxistischem sondern nach blanquistischem Muster ist die bolschewistische Revolution durchgeführt. Charakteristisch für die grundverschiedene Auffassung ist der Titel einerseits der Schrift von Engels: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft", und der Titel der Schrift eines Führers der Bolschewisten, Radek: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat". Die erste und wichtigste Grundbedingung, unter welcher überhaupt eine Revolution aussichtsvoll erscheint, ist nach Marx eine so weit fortgeschrittene Form des Kapitalismus, daß sie durch eine höhere geeignetere Gesellschaftsordnung abgelöst werden müsse. Also Länder wie England, Frankreich, Deutschland müßten zuerst nach marxistischer Auffassung diese Umgestaltung vornehmen; niemals aber ein Land wie Rußland mit vorwiegend agrarischer Bevölkerung und ein Land, in dem die kapitalistische Entwicklung, namentlich der Industrie, noch im Anfange steht. Als zudem durch die russische Revolution das allgemeine Wahlrecht errungen war, und die Konstituante dem Proletariat die Möglichkeit zur politischen Betätigung bot, war die Notwendigkeit einer gewaltsamen Umwälzung nicht mehr gegeben.

Wir wollen jetzt an Hand verschiedener Äußerungen von Marx und Engels die eben geschilderte Wandlung zu einer stärkeren Betonung des evolutionären Charakters der sozialen Bewegung nachweisen und betrachten, wie sich Marx zu den großen sozialrevolutionären Bewegungen des 19. Jahrhunderts gestellt hat. Aus dieser Beurteilung ergibt sich von selbst, wie er sich auch dem Vorgehen der Bolschewisten gegenüber verhalten hätte. Je mehr Marx in den 40er Jahren von der deutschen idealistischen Philosophie und speziell dem Hegel'schen System sich loslöste, um so mehr betonte er die Notwendigkeit des revolutionären Terroris-

mus. In dem am 31. Juli 1844 im Pariser Vorwärts erschienenen Aufsatz: „Kritische Randglossen", wendet er sich gegen den in einem früheren Aufsatz dieser Zeitschrift enthaltenen Satz: „Eine Revolution ohne politische Seele (d. h. ohne die organisierende Einsicht vom Standpunkt des Ganzen aus) ist unmöglich", Marx erwidert: „Eine „soziale" Revolution mit einer politischen Seele ist entweder ein zusammengesetzter Unsinn, wenn der „Preuße" unter „sozialer" Revolution eine „soziale" Revolution im Gegensatz zu einer politischen versteht, und nichtsdestoweniger der sozialen Revolution statt einer sozialen eine politische Seele verleiht. Oder eine „soziale Revolution mit einer politischen Seele" ist nichts als eine Paraphrase von dem, was man sonst eine „politische Revolution" oder eine „Revolution schlechthin" nannte. Jede Revolution löst die alte Gesellschaft auf; insofern ist sie sozial. Jede Revolution stürzt die alte Gewalt; insofern ist sie politisch.... Die Revolution überhaupt — der Umsturz der bestehenden Gewalt und die Auflösung der alten Verhältnisse — ist ein politischer Akt. Ohne Revolution kann sich aber der Sozialismus nicht ausführen. Er bedarf dieses politischen Aktes, so weit er der Zerstörung und der Auflösung bedarf. Wo aber seine organisierende Tätigkeit beginnt, wo sein Selbstzweck, seine Seele hervortritt, da schleudert der Sozialismus die politische Hülle weg[1])." In seiner im Winter 1846/47 entstandenen Schrift, Elend der Philosophie, wendet er sich ausdrücklich gegen die Auffassung, als ob die gesellschaftliche Evolution aufhörte, politische Revolution zu sein. „Inzwischen ist der Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie ein Kampf von Klasse gegen Klasse, ein Kampf, der auf seinen höchsten Ausdruck gebracht, eine totale Revolution bedeutet. Braucht man sich übrigens zu wundern, daß eine auf dem Klassengegensatz begründete Gesellschaft auf den brutalen Widerspruch hinausläuft, auf den Zusammenstoß Mann gegen Mann, als letzte Lösung?

Man sage nicht, daß die gesellschaftliche Bewegung die politische ausschließt. Es gibt keine politische Bewegung, die nicht gleichzeitig auch eine gesellschaftliche wäre.

Nur bei einer Ordnung der Dinge, wo es keine Klassen und keinen Klassengegensatz gibt, werden die gesellschaftlichen Evolutionen aufhören politische Evolutionen zu sein. Bis dahin wird am Vorabend jeder allgemeinen Neugestaltung der Gesellschaft das letzte Wort der sozialen Wissenschaft stets lauten:

---

[1]) Nachlaß von Marx, Engels und Lassalle. S. 59. Bd. 2. Stuttgart 1902.

„Kampf oder Tod; blutiger Tod oder das Nichts.
So ist die Frage unerbittlich gestellt."

(George Sand) [1]).

In seinem Aufsatz über englische und französische Klassenkämpfe in der Neuen Rheinischen Zeitung (erschienen Juni 1848) klagt er darüber, daß jede der zahlreichen Revolutionen der französischen Bourgeoisie seit 1789 die Herrschaft der Klasse, die Sklaverei der Arbeiter, die bürgerliche Ordnung hätte bestehen lassen, so oft auch die politischen Formen dieser Herrschaft und dieser Sklaverei gewechselt hatten [2]). In einem an die Arbeiter Kölns gerichteten Aufruf (Mai 1849) spricht er sich direkt für revolutionären Terrorismus aus: „Mit dem Siege der ‚roten' Republik in Paris, werden die Armeen aus dem Innern der Länder an und über die Grenzen ausgespien werden und die wirkliche Macht der ringenden Parteien wird sich rein herausstellen. Dann werden wir uns erinnern an den Juni, an den Oktober und auch wir werden rufen: Vae victis! Die resultatlosen Metzeleien seit den Juni- und Oktobertagen, das langweilige Opferfest seit dem Februar und März, der Kannibalismus der Kontrerevolution selbst wird die Völker überzeugen, daß es nur ein Mittel gibt, die mörderischen Todeswehen der alten Gesellschaft, die blutigen Geburtswehen der neuen Gesellschaft abzukürzen, zu vereinfachen, zu konzentrieren, nur ein Mittel — den revolutionären Terrorismus" [3]). Sein Mitarbeiter Engels beklagt es, daß die Agitation für die englische Zehnstundenbill ganz außerhalb der revolutionären Arbeiteragitation und gemeinsam mit reaktionären Elementen der englischen Gesellschaft geführt worden sei [4]). Das Proletariat habe mit Hilfe reaktionärer Elemente sich gegen die industrielle Bourgeoisie verbündet, statt den Kampf allein als revolutionären Klassenkampf durchzuführen. Diese unnatürliche Koalition müsse aufhören, nachdem das Zehnstundengesetz angenommen sei: „Die Arbeiterbewegung konzentrierte sich erst jetzt ganz auf die Durchführung der politischen Herrschaft des Proletariats als ersten Mittels der Umwälzung der ganzen bestehenden Gesellschaft" [5]).

Engels weist dann auf die Methoden hin, die angewandt wurden, um die praktische Durchführung dieses Gesetzes möglichst abzuschwächen und sagt: „Aber darum vergessen die Arbeiter nicht,

[1]) Marx, Elend der Philosophie. S. 163. 2. Aufl. Stuttgart 1892.
[2]) Nachlaß von Marx, Engels und Lassalle. S. 117. Bd. 3. Stuttgart 1902.
[3]) Daselbst. S. 267.
[4]) Nachlaß von Marx, Engels und Lassalle. Bd. 3. S. 385.
[5]) Daselbst. S. 387.

daß sie in den Industriellen ihre eigensten, direktesten Feinde zur Herrschaft bringen, und daß sie nur durch den Sturz der Industriellen, durch die Eroberung der politischen Macht für sich selbst zu ihrer eigenen Befreiung gelangen können. . . . . Das Zehnstundengesetz ist ein Glied in einer langen Verkettung von Maßregeln, die die ganze gegenwärtige Gestalt der Gesellschaft umwälzen und die bisherigen Klassengegensätze nach und nach vernichten; sie ist keine reaktionäre, sondern eine revolutionäre Maßregel"[1]). Die industrielle Entwicklung werde zugleich die Klasse erzeugen, die dann allein die Leitung der Gesellschaft übernehmen könne, nämlich das Proletariat. Die proletarische Revolution sei dann unvermeidlich und ihr Sieg gewiß: „Die erste Folge der proletarischen Revolution in England wird die Zentralisation der großen Industrie in den Händen des Staats, d. h. des herrschenden Proletariats sein, und mit der Zentralisation der Industrie fallen alle jene Konkurrenzverhältnisse weg, die heutzutage die Regulierung der Arbeitszeit mit dem Fortschritt der Industrie in Konflikt bringen. Und so liegt die einzige Lösung der Zehnstundenfrage wie aller Fragen, die auf dem Gegensatz von Kapital und Lohnarbeit beruhen, in der proletarischen Revolution[2])." Noch schärfer tritt diese revolutionäre Stimmung von Engels in einem zweiten Artikel ebenfalls über die Zehnstundenfrage hervor, den er in der Chartistischen Monatsschrift „Democratic Review" im März 1850 veröffentlicht hat. Es heißt dort: „Sehr bald werden alle Auskunfts- und Ausfluchtsmittel des gegenwärtigen Systems erschöpft sein, und eine Revolution wird unvermeidlich werden, welche die Gesellschaft viel tiefer umwälzen wird, als 1793 und 1848 es je getan, und welche schnell zur sozialen und politischen Herrschaft der Proletarier führen wird[3])." Auch das Mißlingen der deutschen Revolution der Jahre 1848 und 1849 erklärt Marx teilweise daraus, daß damals die Vorbedingungen für eine soziale Revolution noch nicht gegeben waren. In den Aufsätzen, die er in der Neuen Rheinischen Zeitung und in der amerikanischen Zeitung Daily Tribune veröffentlicht hat, gibt er seiner Meinung Ausdruck, daß die Aussichten für eine soziale Revolution einstweilen geschwunden seien, und daß erst infolge einer neuen ökonomischen Krisis wieder eine Revolution zu erwarten sei. Er glaubte damals,

---

[1]) Nachlaß von Marx, Engels und Lasalle. Bd. 3. S. 393.

[2]) Nachlaß von Marx, Engels und Lassalle. Bd. 3. S. 395. Stuttgart 1902.

[3]) Aus: Dokumente des Sozialismus. 1. Bd. Berlin 1902. S. 64/65.

d. h. zu Anfang der 50er Jahre, daß diese Krisis und die neue Revolution in einigen Jahren kommen werde . . .

Auf Grund einerseits aller der Erfahrungen, die mit den revolutionären proletarischen Bewegungen gemacht worden sind, der endgültigen Niederwerfung der Chartistenbewegung in England, des Fiaskos der Februarrevolution, des Juniaufstandes und der Kommune in Frankreich, auf Grund andererseits der in allen Kulturländern erlangten politischen Macht der Arbeiterklasse wurde der Umschwung bei den Marxisten auch offiziell vollzogen und die revolutionäre Taktik wiederholt öffentlich als überwundener Standpunkt erklärt.

Ausdrücklich wird in der Vorrede zu der neuen Auflage des kommunistischen Manifestes vom Jahre 1872, das von Marx und Engels unterzeichnet ist, die revolutionäre Taktik als veraltet bezeichnet. „Wie sehr sich auch die Verhältnisse in den letzten 25 Jahren geändert haben, die in diesem Manifest entwickelten Grundsätze behalten im großen und ganzen auch heute noch ihre volle Richtigkeit. — Einzelnes wäre hier und da zu bessern. Die praktische Anwendung dieser Grundsätze, erklärt das Manifest selbst, wird überall und jederzeit von den geschichtlich vorliegenden Umständen abhängen, und wird deshalb durchaus kein besonderes Gewicht auf die am Ende von Abschnitt 2 vorgeschlagenen revolutionären Maßregeln gelegt. — Dieser Passus würde heute in vielen Beziehungen anders lauten. Gegenüber der immensen Fortentwicklung der Industrie in den letzten 25 Jahren und der mit ihr fortschreitenden Parteiorganisation der Arbeiterklasse, gegenüber den praktischen Erfahrungen, zuerst der Februarrevolution und noch weit mehr der Pariser Kommune, wo das Proletariat zum ersten Male zwei Monate lang die politische Gewalt inne hatte, ist heute dieses Programm stellenweise veraltet."

Auch in der neueren marxistischen Literatur werden die Parteigenossen vor Putschen und Emeuten gewarnt, da die unvermeidliche Repression ihnen vielmehr Schaden zufüge und sie viel mehr Erfolg durch die allmähliche Eroberung der politischen Macht erringen könnten. Engels hat in seiner 1895 erschienenen Vorrede zu der neuen Ausgabe der Marxschen Schrift „Über die Klassenkämpfe in Frankreich" in eindringlicher Weise die revolutionäre Taktik zurückgewiesen: „Die Zeit der Überrumpelungen, der von kleinen Minoritäten an der Spitze bewußtloser Massen durchgeführten Revolutionen ist vorbei. . . . Auch in den romanischen Ländern sieht man mehr und mehr ein, daß die alte Taktik mehr und mehr revidiert werden muß. . . . Langsame Arbeit der Propaganda und

parlamentarische Tätigkeit sind auch hier als nächste Aufgabe der Partei erkannt. . . . Dieses Wachstum (d. h. der Partei) ununterbrochen im Gange zu halten, bis es dem herrschenden Regierungssystem über den Kopf wächst, das ist unsere Hauptaufgabe. Und da ist nur ein Mittel, wodurch das stetige Anschwellen der sozialen Streitkräfte in Deutschland momentan aufgehalten und selbst für einige Zeit zurückgeworfen werden könnte: ein Zusammenstoß im großen Maßstabe mit dem Militär — ein Aderlaß, wie 1871 in Paris. Die normale Entwicklung wäre gehemmt, die Entscheidung darüber verspätet, verlängert und mit schweren Opfern verknüpft. . . . Wir, die „„Revolutionäre"", die „„Umstürzler"", wir gedeihen weit besser bei den gesetzlichen Mitteln als bei den ungesetzlichen und dem Umsturz."

Der Marxist Kautsky hielt in seinem 1902 erschienenen Buch „Die soziale Revolution" im wesentlichen an den Grundanschauungen von Marx fest. Auch er erklärt im Gegensatz zu den Blanquisten, welche meinen, daß das Proletariat durch einen Handstreich die soziale Diktatur an sich reißen könne, daß die soziale Revolution ein historischer Prozeß sei, der mehr oder weniger lange dauere, der sich unter schweren Kämpfen jahrzehntelang hinziehen könne. In Übereinstimmung mit Marx erkennt er eine soziale Revolution nur dort an, „wo aus der Eroberung der politischen Macht durch eine bis dahin unterdrückte Klasse eine Umwälzung des sozialpolitischen Überbaues der Gesellschaft, namentlich der Eigentumsverhältnisse, hervorgeht". Die Frage, ob sich diese Umwälzung friedlich oder gewaltsam vollzieht, läßt auch er offen. „Wer's erlebt, wird wissen, wie es aussieht."

Wie wenig der Marxismus revolutionär im Sinne der Gewaltaktion war, ergibt sich besonders aus der Kritik, die Engels an dem sozialdemokratischen Programmentwurf von 1891 geübt hat. Hier erklärt er direkt, daß durchaus auch eine friedliche Umwandlung der alten Gesellschaft stattfinden könne: „Man kann sich vorstellen, die alte Gesellschaft könne friedlich in die neue hineinwachsen in Ländern, wo die Volksvertretung alle Macht in sich konzentriert, wo man verfassungsmäßig tun kann, was man will, sobald man die Majorität des Volkes hinter sich hat; in demokratischen Republiken wie Frankreich und Amerika, in Monarchien wie England, wo die bevorstehende Abkaufung der Dynastie tagtäglich in der Presse besprochen wird und wo diese Dynastie gegen den Volkswillen ohnmächtig ist"[1]).

[1]) Die Neue Zeit 1901/02. S. 10.

Von besonderer Bedeutung ist die Stellung, die Karl Marx zur Februar-Revolution und zur Kommune eingenommen hat, denn hier haben wir es nicht mit politischen, sondern sozialen Revolutionen zu tun, und weitgehende Forderungen des Proletariats wurden in beiden Revolutionen erfüllt und durchgeführt. Wenn ich oben sagte, daß die D. P. zum erstenmal in der russischen Revolution durchgeführt worden sei, so meinte ich damit die volle und restlose Annahme dieses Programms; aber latent war bereits die D. P. in früheren sozialrevolutionären Bewegungen durchgeführt, insofern als die in den genannten sozialrevolutionären Bewegungen eingesetzten Regierungen in weitgehendstem Maße die Forderungen des Proletariats erfüllt hatten. Als am 24. Februar 1848 der Sieg des revolutionären Proletariats in Frankreich entschieden war, war diese Revolution, welche zunächst von der dynastischen Linken der Abgeordnetenkammer, an deren Spitze Odilon Barrot stand, ausgegangen war, während des Straßenkampfes in die Hände der Sozialisten gekommen, die die Oberhand behielten. Die nach dem Sturz des Königtums eingesetzte provisorische Regierung war fast vollständig aus Sozialisten zusammengesetzt. Jetzt mußte die Regierung, von Arbeitern berufen, auch Maßregeln zugunsten des Arbeiterstandes treffen. Das Recht auf Arbeit wurde verfassungsmäßig eingeführt, die Nationalwerkstätten eingerichtet, die Arbeiter-Produktiv-Genossenschaften mit Staatskredit begründet.

Auch in der französischen Kommune wurden weitgehende proletarische Forderungen erfüllt. So verfügte z. B. ein sozialdemokratisches Dekret, daß alle von den Eigentümern im Stich gelassenen Werkstätten und Fabriken durch Kooperativgenossenschaften der Arbeiter, die darin beschäftigt waren, in Betrieb gesetzt werden sollten. Die Pfandhäuser wurden aufgehoben mit der Begründung, daß sie eine Ausbeutung der Arbeiter seien und im Widerspruch mit dem Recht der Arbeiter auf ihre Arbeitswerkzeuge und auf Kredit ständen.

Der Grundgedanke der Kritik, die Marx an den verschiedenen sozialrevolutionären Bewegungen übte, ist immer wieder der, daß soziale Revolutionen sich nicht „beliebig" machen ließen, daß vielmehr eine solche Revolution nur Erfolg haben könne, wenn die einheitlich geschlossene Proletarierklasse die nötige politische und ökonomische Macht repräsentiere, um auch mit Erfolg ihre Klassenherrschaft zu behaupten. So sagt er in einem Aufsatz über den Kommunistenprozeß in Köln im Hinblick auf die revolutionären Bewegungen in Deutschland: „Die praktischen revolutionären Er-

fahrungen von 1848/49 bestätigten die Erwägungen der Theorie, die zu dem Schlusse führten, daß zuerst die Demokratie der Kleinbürger an die Herrschaft kommen muß, ehe die kommunistische Arbeiterklasse erwarten darf, dauernd zur Macht zu gelangen und das System der Lohnsklaverei zu vernichten, das sie unter das Joch der Bourgeoisis zwingt“ [1]). Marx meint, die bisherigen Revolutionen seien Minoritätsrevolutionen gewesen und selbst wenn die Majorität mitgemacht hätte, so sei es doch nur im Dienst einer Minorität gewesen. Die Geschichte habe klar gemacht, daß der Stand der ökonomischen Entwicklung auf dem Kontinent damals noch bei weitem nicht reif genug gewesen sei für die Beseitigung der kapitalistischen Produktion [2]). Erst in harten zähen Kämpfen müsse das Proletariat von Stufe zu Stufe langsam vordringen. Unmöglich sei es 1848 gewesen, die soziale Umgestaltung durch einfache Überrumpelungen zu erobern: „Die Zeit der Überrumpelungen, der von kleinen bewußten Minoritäten an der Spitze bewußtloser Massen durchgeführten Revolutionen ist vorbei“ [3]). In der Februar-Revolution hätte noch das Proletariat mit den bürgerlichen Klassen zusammengekämpft. Erst die Juni-Revolution sei eine rein proletarische gewesen, erst damals sei die revolutionäre Kampfparole ausgegeben worden: Sturz der Bourgeoisie, Diktatur der Arbeiterklasse. Aber das Proletariat sei durch die Entwicklung der übrigen Klassen noch nicht befähigt gewesen, die revolutionäre Diktatur zu ergreifen [4]). Marx führt dann den Gedanken aus, daß in Frankreich infolge der starken agrarischen und kleinbürgerlichen Bevölkerung die Aussichten der sozialen Revolution nicht günstig seien, daß vielmehr die soziale Revolution ihren Ausgang nehmen müsse von einem Land, in dem das industrielle Proletariat eine Rolle spiele, namentlich von England: „Die Lösung, sie beginnt erst in dem Augenblick, wo durch den Weltkrieg das Proletariat an die Spitze des Volkes getrieben wird, das den Weltmarkt beherrscht, an die Spitze Englands“ [5]).

Bevor ich die Stellung von Marx zur Pariser Kommune beleuchte, wende ich mich zu der Frage, wie Marx seinerseits die D. P. aufgefaßt hat.

---

[1]) Marx, Revolution und Kontre-Revolution in Deutschland. S. 135.
[2]) Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich. S. 8
[3]) Daselbst. S. 16.
[4]) Marx, Daselbst. S. 68.
[5]) Daselbst. S. 85.

2. Diktatur des Proletariats oder Demokratie?

Die russischen Vertreter der D. P. weisen darauf hin, daß Marx selbst wiederholt in seinen Schriften die D. P. verkündet habe. Gerade in der zuletzt erwähnten Schrift stellt er den doktrinären Sozialismus in Gegensatz zu dem revolutionären Sozialismus und meint, daß das Proletariat sich immer mehr um den revolutionären Sozialismus gruppiere und dann fährt er fort: „Dieser Sozialismus ist die Permanenzerklärung der Revolution, die Klassendiktatur des Proletariats als notwendiger Durchgangspunkt zur Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt, zur Abschaffung sämtlicher Produktionsverhältnisse, worauf sie beruhen, zur Abschaffung sämtlicher gesellschaftlicher Beziehungen, die diesen Produktionsverhältnissen entsprechen, zur Umwälzung sämtlicher Ideen, die aus diesen gesellschaftlichen Beziehungen hervorgehen“ [1]). Wir haben gesehen, daß diese D. P. im Gegensatz zu den Grundsätzen der Demokratie steht. Ist es richtig, daß Marx die demokratischen Prinzipien verleugnet zugunsten der D. P.? Darauf ist zu erwidern, daß Marx, soweit er überhaupt von der D. P. spricht, sie nicht in dem bolschewistischen Sinn verstanden hat und sich in keiner Weise zu den politischen Grundsätzen der Demokratie in Gegensatz gestellt hat. Vor allem ist darauf hinzuweisen, daß die Forderung der D. P., auch das Wort selbst, in den Werken von Marx und Engels nur eine verschwindende Rolle spielt. Es findet sich vielleicht nur ein halbes Dutzend Stellen in sämtlichen Schriften von Marx und Engels, wo der Ausdruck D. P. gebraucht wird und zwar meist in Briefen oder kleinen politischen Artikeln, nicht aber in den grundlegenden Hauptwerken. Wohl aber wird in diesen immer, wie schon im kommunistischen Manifest, für die Arbeiterschaft „die Erkämpfung der Demokratie“ als hauptsächlichste politische Aufgabe gefordert. Die Hauptstelle bei Marx, auf die immer wieder hingewiesen wird, in der Marx von der D. P. spricht, ist die folgende: „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre D. P. [2]). Aber wo findet sich diese Stelle? In der Kritik, die Marx über das Gothaer sozialdemokratische Pro-

---

[1]) Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich. S. 95.

[2]) Die Neue Zeit. 1891. Bd. 1. S. 573.

gramm von 1875, welches ganz auf den staatssozialistischen Ideen Lassalles aufgebaut war, geübt hat. Marx wendet sich dort besonders gegen den Abschnitt des Programms „Freiheitliche Grundlage des Staats. Die deutsche Arbeiterpartei erstrebt den freien Staat". Hiergegen bemerkt Marx: „Die deutsche Arbeiterpartei — wenigstens, wenn sie das Programm zu dem ihrigen macht — zeigt, wie ihr die sozialistischen Ideen nicht einmal hauttief sitzen; indem sie, statt die bestehende Gesellschaft (und es gilt das von jeder künftigen) als Grundlage des bestehenden Staates (oder künftigen für künftige Gesellschaft) zu behandeln, den Staat vielmehr als ein selbständiges Wesen behandelt, das seine eigenen geistigen, sittlichen, freiheitlichen Grundlagen besitzt" [1]). Marx weist darauf hin, daß der Staat etwas ganz verschiedenes bedeutet in den verschiedenen Ländern. Da die deutsche Arbeiterpartei ausdrücklich erkläre, sich innerhalb des heutigen Nationalstaates, also ihres Staates, des preußisch-deutschen Reiches zu bewegen, dürfte sie die Hauptsache nicht vergessen, nämlich daß alle jenen schönen „Sächelchen" auf der Anerkennung der sogenannten Volkssouveränität beruhten, daß sie daher nur in einer demokratischen Republik am Platze seien. Dinge aber, die nur in einer demokratischen Republik Sinn hätten, dürfte man nicht von einem Staat verlangen, der ein bureaukratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus sei. Marx will also an dieser Stelle sagen, daß der „Staat" sich stets den herrschenden Klassenverhältnissen anpasse, daß daher eine völlige Staatsumbildung stattfinden müsse, um zum Sozialismus zu gelangen, und daß selbst in einer demokratischen Republik eine politische Übergangsperiode eintreten müsse, damit sich die politische Neugestaltung entsprechend den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen durchführen lasse. Für eine solche Übergangsperiode, oder wie er es früher einmal ausgedrückt hat, als notwendigen Durchgangspunkt zur Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt, fordert er die D. P., aber — und dieses unterscheidet wieder die Marxsche Auffassung prinzipiell von der der Bolschewisten — mit dieser D. P. soll nicht eine neue mit der Demokratie in Widerspruch stehende Regierungsform geschaffen werden, sondern nur ein kurzer vorübergehender Ausnahmezustand. Allerdings betrachten die Bolschewisten die D. P. auch nur als ein Zwischenstadium zwischen der kapitalistischen und der staatlosen kommunistischen Gesellschaft, aber es soll sich doch nach ihrer Meinung

[1]) Die Neue Zeit. 1891. Bd. 1. S. 572.

um Jahrzehnte, um Generationen handeln. Hiervon ist bei Marx niemals die Rede. Die demokratischen Formen sollen vielmehr erhalten werden und nur mit anderem Inhalt erfüllt werden. Eine politische Entrechtung ganzer Volksklassen würde im strikten Gegensatz zu der Auffassung von Marx stehen.

Nach der Anschauung von Marx ist die Diktatur einmal notwendig überall dort, wo überhaupt noch keine demokratischen Verfassungszustände vorhanden sind. Hier soll die Diktatur erst diese demokratischen Grundsätze durchführen. Ferner könnte sie auch unter demokratischer Verfassung notwendig werden, denn es sei nicht anzunehmen, daß die bürgerlichen Klassen den Verzicht auf ihre Herrschaftsrechte freiwillig und ohne Reibung ertragen würden. Da sei unter Umständen ein vorübergehender politischer Ausnahmezustand notwendig, um die Bourgeoisie an diese Neuordnung zu gewöhnen. Jedenfalls aber, und das ist das grundsätzlich Unterscheidende gegenüber den Ideen der Bolschewisten soll die D. P. im Sinne von Marx nur die Tatsache zum Ausdruck bringen, daß die Bourgeoisie bereits ihre Herrschaft verloren hat, nicht aber soll sie ein Mittel sein, um die Bourgeoisie auf gewaltsamen Wege zu stürzen. Denn gemäß der materialistischen Geschichtsauffassung kann die Bourgeoisie ihre Herrschaft erst verlieren, wenn eine einheitliche Proletarierklasse die notwendige ökonomische Macht errungen hat, und wenn auf der anderen Seite die bürgerliche Klasse nicht mehr imstande ist, die hochentwickelten Produktivkräfte zu zügeln. Es soll sich also bei der D. P. um eine einheitliche geschlossene Lohnarbeiterklasse handeln, nicht aber, wie bei den Bolschewisten, um eine Minderheit des Proletariats. Die demokratische Republik soll nach wie vor als Regierungsform bestehen bleiben; es soll nicht etwa eine oligarchisch-autokratische Gewaltherrschaft eingesetzt werden, die nur von einem Teil des Volkes und keineswegs vom ganzen Proletariat vertreten wird.

Sollte aber noch irgendein Zweifel bestehen, daß die D. P. nach der Meinung von Marx und Engels nicht im antidemokratischen Sinne, sondern innerhalb des Rahmens demokratischer Verfassung geübt werden soll, so sei auf eine Stelle bei Engels hingewiesen, woraus dies klar hervorgeht. In seiner Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs von 1891 sagt er: „Wenn etwas feststeht, so ist es dies, daß unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik. Diese ist sogar die spezifische Form für die D. P., wie

schon die große französische Revolution gezeigt hat“ [1]). Engels meint weiter, man könne unter Umständen aus Zweckmäßigkeitsgründen im Programm die Republik fallen lassen: „Was aber nach meiner Ansicht hinein sollte und hinein kann, das ist die Forderung der Konzentration aller politischen Macht in den Händen der Volksvertretung“ [2]). Also das entscheidende Gewicht wird hier auf die Volksvertretung, auf das demokratische Prinzip gelegt. Dies ist auch in Übereinstimmung mit dem kommunistischen Manifest, wo als erster Schritt in der Arbeiterrevolution die „Erkämpfung der Demokratie“ bezeichnet wird [3]). Dort wird erklärt: „daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie ist. Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen“ [4]). Daß selbst für den Fall einer sozialen Revolution am allgemeinen Wahlrecht festgehalten wird, geht aus der Stelle bei Engels in seinem Artikel über die Zehnstundenfrage hervor, den er im März 1850 veröffentlicht hat, wo es heißt: „Sie müssen jetzt erkennen, daß sie unter keinen Umständen irgendwelche Gewähr für die Verbesserung ihrer gesellschaftlichen Lage haben, außer vermittelst des allgemeinen Wahlrechts, das sie in den Stand versetzen würde, eine Mehrheit von Arbeitern in das Haus der Gemeinen zu bringen. Und so wird die Erdrosselung des Zehnstundengesetzes der demokratischen Bewegung von großartigem Nutzen sein“ [5]).

Die mit der Diktatur verbundene terroristische Taktik, welche die Bolschewisten vertreten, wird von Marx und Engels nie empfohlen. Ebenso unterscheiden sie immer zwischen demokratischen und nicht demokratischen Staaten, oder richtiger zwischen Staaten mit Militarismus und bureaukratischem Beamtentum und solchen ohne diese Eigenart. So sagt Marx in einer Rede, die er in einer Volksversammlung in Amsterdamm 1872 hielt: „Der Arbeiter muß eines Tages die politische Gewalt in der Hand haben, um die neue Organisation der Arbeit zu begründen. Er muß die alte Politik umstürzen, welche die alten Institutionen aufrechterhält, wenn er nicht, wie die alten Christen, die solches vernachlässigt und verachtet hatten, auf das „Reich von dieser Welt“ verzichten soll. Aber wir

[1]) Aus: Die neue Zeit. 1901/02. Bd. I. S. 11.
[2]) Daselbst. S. 11.
[3]) Das Kommunistische Manifest. S. 37.
[4]) Daselbst. S. 44.
[5]) Aus: Dokumente des Sozialismus. I. Bd. Berlin 1902. S. 64.

haben nicht behauptet, daß die Wege, um zu diesem Ziel zu gelangen, überall dieselben seien. Wir wissen, daß man die Institutionen, die Sitten und das Herkommen der verschiedenen Gegenden berücksichtigen muß, und wir leugnen nicht, daß es Länder gibt wie Amerika, England und, wenn ich Eure Einrichtungen besser kennte, würde ich vielleicht hinzufügen Holland, wo die Arbeiter auf friedlichem Wege zu ihrem Ziele gelangen können. Doch nicht in allen Ländern ist dies der Fall [1])." Von sonstigen Stellen, in denen bei Marx und Engels die D. P. erwähnt wird, sind noch zwei hinzuzufügen. Engels wendet sich in seiner Schrift über die Wohnungsfrage gegen den Anhänger Proudhons, Mülberger, der die Behauptung aufstellte, daß in romanischen Ländern die Prinzipien Proudhons in der Arbeiterbewegung die entscheidende Rolle spielten. Demgegenüber behauptet Engels, daß dies keineswegs zutreffe. Er weist darauf hin, daß z. B. die sogenannten Blanquisten keineswegs Proudhonschen Ideen gefolgt wären: „Sobald sie den Versuch machten, sich aus bloß politischen Revolutionären in eine sozialistische Arbeiterfraktion mit bestimmtem Programm zu verwandeln, haben sie fast buchstäblich die Anschauungen des deutschen wissenschaftlichen Sozialismus von der Notwendigkeit der politischen Aktion des Proletariats und seiner Diktatur als Übergang zur Abschaffung der Klassen und mit ihnen des Staats proklamiert [2])." Hier wird also die D. P. als eine Methode des Klassenkampfs in Gegensatz gestellt zu den sozialreformerischen und kleinbürgerlichen Ideen Proudhons. Aber keineswegs soll damit die D. P. in bolschewistischem Sinne befürwortet werden.

Schließlich sei noch auf eine Stelle bei Marx in seiner Abhandlung über den politischen Indifferentismus hingewiesen: „Wenn der politische Kampf der Arbeiterklasse revolutionäre Form annimmt, wenn die Arbeiter an Stelle der Diktatur der Bourgeoisie ihre revolutionäre Diktatur setzen, dann begehen sie das schreckliche Verbrechen der Prinzipienbeleidigung, denn um ihre kläglichen profanen Tagesbedürfnisse zu befriedigen, um den Widerstand der Bourgeoisie zu brechen, geben sie dem Staat eine revolutionäre und vorübergehende Form, statt die Waffen niederzulegen und den Staat abzuschaffen [3])." Diese Stelle richtet sich gegen die anarchistische Auffassung, daß der Staat „abgeschafft" werden müßte. Im Gegen-

[1]) Kautsky, Demokratie oder Diktatur. S. 10.
[2]) Engels, Zur Wohnungsfrage. S. 55.
[3]) Die Neue Zeit. 1913/14. Bd. 1. S. 40.

satz hierzu will Marx mit seiner ironischen Bemerkung sagen, daß der Staat nicht „abgeschafft" werde, sondern daß der Staat bis zu seiner Selbstaufhebung in der kommunistischen Gesellschaftsform Bestand haben müsse und vorübergehenderweise auch eine revolutionäre Form annehmen müsse.

3. Die Kommüne und das Rätesystem.

Als Hauptbeweismittel, daß Marx die D. P. im bolschewistischen Sinne vertreten habe, wird von Lenin und anderen Führern des Bolschewismus auf die französische Kommune und auf die Beurteilung, die ihr durch Marx und Engels zuteil geworden ist, hingewiesen. Die Kommune habe bereits, so behaupten die Bolschewisten, die D. P. in ihrem Sinn durchgeführt und ebenso das Rätesystem. Marx und Engels aber hätten die Kommune als Vorbild einer sozialistischen Revolution hingestellt.

Als Engels am 20. Jahrestag der Pariser Kommune (18. März 1891) die Einleitung zur 3. Auflage der von Marx verfaßten Adresse des Generalrats der Internationale über den Bürgerkrieg in Frankreich abschloß, setzte er an den Schluß dieser Einleitung die Worte: „Der deutsche Philister ist neuerdings wieder in heilsamen Schrecken geraten bei dem Wort: Diktatur des Proletariats. Nun gut, ihr Herren, wollt ihr wissen, wie diese Diktatur aussieht? Seht euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariats[1])." Auf diese Stelle wird von Lenin und anderen Führern des Bolschewismus hingewiesen als Beweis für die Anhängerschaft sowohl der Ideen der Kommune als der der D. P.: „Wir werden", sagt Lenin „in den weiteren Darlegungen erkennen, daß die russischen Revolutionen von 1905 und 1917 unter anderen Umständen, unter anderen Bedingungen das Werk der Kommune fortsetzen und die geniale historische Analyse von Marx bestätigen[2])." In seinen „Leitsätzen" sagt er: „Gerade jetzt, wo die Rätebewegung, die die ganze Welt ergreift, vor aller Augen die Sache der Kommune weiterführt, vergessen die Verräter des Sozialismus die praktische Erfahrung und die konkreten Lehren der Pariser Kommune und wiederholen den alten bürgerlichen Plunder von der „Demokratie überhaupt". Die Kommune war eine nicht-parlamentarische Einrichtung. Die Bedeutung der Kommune besteht weiter darin, daß sie den Versuch unternommen hat, den bürgerlichen Staatsapparat, den

[1]) Die Neue Zeit. 1891/92. Bd. 1. S. 41.

[2]) Lenin, Staat und Revolution. S. 51.

Beamten-, Gerichts-, Kriegs- und Polizeiapparat zu zertrümmern und von Grund aus zu zerstören und ihn durch die sich selbstverwaltende Massenorganisation der Arbeiter, welche die Trennung der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt nicht kannte, zu ersetzen [1])."

Ist diese Behauptung richtig, und kann man tatsächlich die Pariser Kommune als Vorläuferin der D. P. bezeichnen? Auch hier darf die Bedeutung einzelner Aussprüche, wie etwa des Satzes von Engels: „Das war die Diktatur des Proletariats" nicht überschätzt werden. Wenn Engels in diesem Jubiläumsvorwort den Kommunekämpfern seine Hochachtung bekunden wollte, so wollte er sicherlich in keiner Weise behaupten, daß die Politik und Taktik der Kommuneregierung dem marxistischem Programm entsprochen hätte. So hat auch Marx in seinen Briefen an Kugelmann aus dem April 1871 die „historische Initiative und Aufopferungsfähigkeit" der Pariser gerühmt und diesen Kampf als einen Ausgangspunkt von historischer Wichtigkeit bezeichnet [2]). Trotzdem aber hat Marx in verschiedenen Schriften die denkbar schärfste Kritik an den wichtigsten Maßnahmen der Kommune geübt. Einzelne Gruppen der revolutionären Anhängerschaft der Pariser Kommune haben zwar diesen Kampf im Sinne der marxistischen Ideen zu führen gesucht; aber als Ganzes war sie vom Standpunkt des Klassenkampfes aus ein Versuch mit untauglichen Mitteln. Es fehlten alle Voraussetzungen dafür, daß sie im Sinne von Marx hätte erfolgreich sein können. Einzelne Maßnahmen der Kommuneregierung wiesen eine gewisse Ähnlichkeit mit entsprechenden Maßnahmen der russischen Räterepublik auf. Im ganzen war die Politik der Kommune der der Bolschewistenregierung diametral entgegengesetzt.

Der Ausbruch der Kommunerevolution kam Marx keineswegs erwünscht. Von ihm war sogar die Warnung vor einer revolutionären Erhebung ausgegangen. In der zweiten Adresse des Generalrats über den deutsch-französischen Krieg vom 9. September 1870/71 sagt Marx: „Jeder Versuch, die neue Regierung zu stürzen, wo der Feind fast schon an die Tore von Paris pocht, wäre eine verzweifelte Torheit. Die französischen Arbeiter müssen ihre Pflicht als Bürger tun, aber sie dürfen sich nicht beherrschen lassen durch die nationalen Erinnerungen von 1792, wie die französischen Bauern sich trügen ließen durch die nationalen Erinnerungen des ersten Kaiserreichs.— Sie haben nicht die Vergangenheit zu wiederholen, sondern die

[1]) Die Kommunistische Internationale. S. 28.

[2]) Marx, Über die Pariser Kommune. Die Neue Zeit. 1901/02. Bd. I. S. 708.

Zukunft aufzubauen. Mögen sie ruhig und entschlossen die Mitte ausnutzen, die ihnen die republikanische Freiheit gibt, um die Organisation ihrer eigenen Klasse gründlich durchzuführen [1])." Die Verhältnisse lagen damals insofern ähnlich wie in Rußland 1917, als auch dort nach einer militärischen Niederlage eine revolutionäre Erhebung erfolgte. Marx hielt es für ausgeschlossen, daß die Kommunerevolution zu einem Siege des revolutionären Proletariats führen könne. Er wünschte, daß die Arbeiter die republikanische Freiheit benutzen sollten, um zunächst ihre Klassenorganisation durchzuführen; denn nur eine reife einheitliche geschlossene Arbeiterklasse mit großer politischer und ökonomischer Macht konnte seiner Ansicht nach mit Erfolg eine sozialistische Revolution durchführen. So hätte er wohl auch der russischen Revolution von 1917 gegenübergestanden, und es war blanquistische und nicht marxistische Taktik, die in der russischen Revolution durchgeführt wurde. Auch in Rußland ging man von der Annahme aus, man könne mit einem Schlage durch einen Gewaltakt die alte bürgerliche Gesellschaft zerstören. Die Bolschewisten könnten also im Hinblick auf die Kommune sich vielmehr auf Blanqui, als auf Marx berufen. Auf den alten Verschwörer Blanqui, dessen Taktik einmal von Engels treffend so charakterisiert wird: „In seiner politischen Tätigkeit war er wesentlich ‚Mann der Tat', des Glaubens, daß eine kleine wohlorganisierte Minderzahl, die im richtigen Moment einen revolutionären Handstreich versucht, durch ein paar echte Erfolge die Volksmasse mit sich fortreißen und so eine siegreiche Revolution machen kann." Nur widerwillig und erst am 23. März hat sich die Internationale für die Kommune ausgesprochen, getreu der Losung des kommunistischen Manifestes von 1848, „überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände zu unterstützen."

Der Kommune, die am 28. März 1871 vor einer Menge von 200000 Menschen feierlich proklamiert wurde, mangelte jede einheitlich organisierte Regierung und jedes feste Programm. Die Mitglieder des Zentralkommitees gehörten den allerverschiedensten Parteischattierungen an. Neben den Marxisten, die nur in einer Minderzahl vertreten waren, befanden sich unter den 86 Mitgliedern des Kommunerats Föderalisten, Anarchisten im Sinne Bakunins, Proudhonisten, Blanquisten und andere. Am 7. September 1870

[1]) Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich. Neu herausgegeben von Laufenberg, Hamburg. S. 38.

hatte der korrespondierende Sekretär der Internationale für Frankreich, Dupont, eine Order erlassen, worin aufgefordert wird, nicht durch Aufstände die Befestigung der Bourgeoisie zu fördern, sondern die Freiheiten, welche die Umstände darbieten, zu benützen, um alle Kräfte der Arbeiterklasse zu organisieren. Das Fehlen einer einheitlichen geschlossenen proletarischen Front wird von Marx immer wieder als ein Hauptgrund angegeben, warum die Kommune scheitern mußte. Der französische Marxist Lafarque spricht der Kommune überhaupt den sozialistischen Charakter ab: „Die Kommune wurde durch den Generalrat der Internationale, in dem Marx und Engels maßgebend waren, verteidigt; dadurch erhielt sie einen sozialistischen Charakter, den sie während ihrer kurzen Existenz nie besessen. Die Flüchtlinge der Kommune hielten sich nun wirklich für die Vertreter des Sozialismus, von dem sie absolut nichts verstanden."

Marx hebt hervor, wie viele fremde Elemente den Klassencharakter der Kommune gefälscht hätten. In der Adresse des Generalrats über die Kommune sagt er: „In jeder Revolution drängen sich, neben ihren wirklichen Vertretern, Leute anderen Gepräges vor. Einige sind die Überlebenden früherer Revolutionen, mit denen sie verwachsen sind; ohne Einsicht in die gegenwärtige Bewegung, aber noch im Besitz großen Einflusses auf das Volk durch ihren bekannten Mut und Charakter, oder auch durch bloße Tradition. Andere sind bloße Schreier, die, jahrelang dieselben ständigen Deklamationen gegen die Regierung des Tages wiederholend, sich in den Ruf von Revolutionären des reinsten Wassers eingeschlichen haben. Auch nach dem 18. März kamen solche Leute zum Vorschein und spielten sogar in einigen Fällen eine hervorragende Rolle. Soweit ihre Macht ging, hemmten sie die wirkliche Aktion der Arbeiterklasse, wie sie die volle Entwicklung jeder früheren Revolution gehemmt haben. Sie sind ein unvermeidliches Übel; mit der Zeit schüttelt man sie ab; aber gerade diese Zeit wurde der Kommune nicht gelassen [1])." Auf Grund der Erfahrungen der Kommune weist Marx auf die allmähliche, schrittweise Erkämpfung des Endzieles hin. „Die Arbeiterklasse verlangte keine Wunder von der Kommune. Sie hat keine fix und fertigen Utopien durch Volksbeschluß einzuführen. Sie weiß, daß, um ihre eigene Befreiung und mit ihr jene höhere Lebensform hervorzuarbeiten, der die gegenwärtige Gesellschaft durch ihre eigene ökonomische Entwicklung

[1]) Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich. S. 71.

unwiderstehlich entgegenstrebt, daß sie, die Arbeiterklasse, lange Kämpfe, eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse durchzumachen hat, durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden. Sie hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoß der zusammenbrechenden Bourgeoisiegesellschaft entwickelt haben [1])."

Wie ganz anders das Bild, welches die russische Revolution von 1917 aufweist, wo unter der Führung einzelner tatkräftiger Männer, wie Lenin, eine rücksichtslose Gewaltpolitik einer bestimmten Schicht von Arbeitern und Bauern durchgeführt wurde, während wir in Frankreich eine schwächliche Kompromißpolitik finden, hervorgerufen durch das Zusammenwirken von Anhängern der verschiedenartigsten Interessengruppen.

Mit besonderem Nachdruck verweisen die Bolschewisten auf „das Rätesystem", das bereits von der Kommune eingeführt worden wäre, und zwar wie in Rußland im Zusammenhang mit der D. P. Marx habe diese antiparlamentarische Politik der Kommune richtig erfaßt und in der Kommune eine höhere Staatsform erblickt. Lenin sagt hierüber: „Als die Massenbewegung des revolutionären Proletariats einsetzte, begann Marx trotz des Mißerfolges dieser Bewegung, trotz ihrer kurzen Dauer und in die Augen springenden Schwäche, zu studieren, welche Formen sie aufgedeckt hatte. Die Kommune ist die von der proletarischen Revolution „endlich aufgedeckte" Form, bei der die wirtschaftliche Befreiung der Arbeit erfolgen kann. Die Kommune ist der erste Versuch der proletarischen Revolution, die bürgerliche Staatsmaschine zu zerbrechen, ist die „endlich aufgedeckte" politische Form, die die zertrümmerte ersetzen kann und muß [2])."

Richtig ist, daß Marx in seiner Beurteilung der Kommune stets hervorhebt, daß die Arbeiterklasse die alte zentralisierte Staatsmacht mit ihren Organen — stehende Armee, Polizei, Bureaukratie, Geistlichkeit, Richterstand — bekämpft habe. Er hat des ferneren immer betont, daß die Staatsmacht auch unter demokratischen Formen zu einer Unterdrückung der Arbeiterklasse führen könne. Demgegenüber erblickte er den Fortschritt der Kommune darin, daß sie den Versuch machte, die Klassenherrschaft der Bourgeoisie zu brechen: „Der gerade Gegensatz des Kaisertums war die Kommune.

---

[1]) Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich. S. 65.

[2]) Lenin, Staat und Revolution. S. 51.

Der Ruf nach der „sozialen Republik", womit das Pariser Proletariat die Februarrevolution einführte, drückte nur das unbestimmte Verlangen aus nach einer Republik, die nicht nur die monarchische Form der Klassenherrschaft beseitigen sollte, sondern die Klassenherrschaft selbst. Die Kommune war die bestimmte Form dieser Republik [1])." Aber worin sollte nach Marx das Vorbildliche der Kommune bestehen? In der Zertrümmerung des stehenden Heeres und der zentralisierten staatlichen Beamtenbureaukratie; nicht aber in der Beseitigung demokratischer Verfassungsformen. Die demokratischen Volksrechte sollten nicht beseitigt werden, weder das allgemeine Stimmrecht noch der Parlamentarismus überhaupt. Vom „Rätesystem" im Sinne der Bolschewisten ist in allen diesen Ausführungen von Marx über die Kommune ebensowenig die Rede, wie in den Dekreten und Maßnahmen der Kommuneregierung. Das für das russische Rätesystem Charakteristische, daß nur die Arbeiter das Wahlrecht haben sollen, daß sie aus den Betrieben, Werkstätten usw. heraus wählen sollen, von allen solchen Forderungen findet sich bei Marx nichts; wohl aber weist Marx immer wieder auf das allgemeine Stimmrecht hin. „Die Kommune bildet sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten [2])." Dann fährt er fort: „Sie waren verantwortlich und jeder Zeit absetzbar. Ihre Mehrzahl bestand selbstredend aus Arbeitern und anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse. Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit. Die Polizei, bisher das Werkzeug der Staatsregierung, wurde aller ihrer politischen Eigenschaften entkleidet und in das verantwortliche und jederzeit absetzbare Werkzeug der Kommune verwandelt. Ebenso die Beamten aller anderen Verwaltungszweige. Von den Mitgliedern der Kommune an abwärts, mußte der öffentliche Dienst für Arbeiterlohn besorgt werden. Die erworbenen Anrechte und die Repräsentationsgelder der hohen Staatswürdenträger verschwanden mit diesen Würdenträgern selbst. Die öffentlichen Ämter hörten auf, das Privateigentum der Handlanger der Zentralregierung zu sein. Nicht nur die städtische Verwaltung, sondern auch die ganze, bisher durch den Staat ausgeübte Initiative wurde in die Hände der Kommune gelegt [3])".

---

[1]) Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich. S. 60.

[2]) Daselbst. S. 61.

[3]) Daselbst. S. 61.

Diese Stelle ist die wichtigste zur Beurteilung der Stellung von Marx zum sogenannten Rätesystem. Mit den Bolschewisten ist er darin einig, daß gesetzgebende und vollziehende Gewalt vereinigt werden müsse. Auch darin, daß die Beamten jederzeit absetzbar sein sollen und daß ihr Gehalt reduziert werde. Aber damit ist auch die Übereinstimmung zu Ende. Die in Rußland eingeführte Beschränkung des Wahlrechts auf die Arbeiterklasse, die Entziehung dieses Rechtes für die übrigen Gesellschaftsmitglieder sind Maßnahmen, die Marx niemals hätte billigen können. Die Kommune selbst hatte auch diese Forderung des aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden Parlaments aufrecht erhalten und unterscheidet sich hierin prinzipiell vom Vorgehen der Bolschewisten.

„Das Zentralkomitee der Kommune", sagt mit Recht Kautsky, „betrachtete sich bloß als Platzhalter für die Erwählten des gleichen allgemeinen Stimmrechts [1])." In einem von Vertretern der Kommune erschienenen Aufsatz im „Journal officiel de Paris" vom 20. März 1871 heißt es: „Kaum zur Macht gekommen, haben die Proletarier der Hauptstadt Eile gehabt, in ihren „Comices" das Volk von Paris zusammenzurufen, damit es unverzüglich einen Gemeinderat ernenne, in dessen Hände sie ihre Autorität überliefern wollten. Es gibt kein Beispiel in der Geschichte, daß provisorische Regierungen sich mehr beeilt hätten, ihr Mandat in die Hände der Gewählten des allgemeinen Stimmrechts abzugeben [2])." Mit Unrecht hat Marx die Kommune als eine „Regierung der Arbeiterklasse" [3]) bezeichnet. Nur zum Teil waren die Mitglieder der Kommuneregierung Arbeiter. Zahlreich waren auch darunter Vertreter anderer Berufsklassen, besonders stark auch kleinbürgerliche Elemente: „Man hat die Kommune eine Regierung der Arbeiterklasse genannt, das ist ein großer Irrtum", sagt der Geschichtsschreiber der Kommune Lissagaray, „Die Arbeiterklasse war beim Kampf, bei der Verwaltung, und ihr Hauch allein hat diese Bewegung groß gemacht, aber sie war sehr wenig bei der Regierung beteiligt. Die meisten der Internationalen, welche durchgingen, verdankten dies ihrem persönlichen Ruf. Die Abstimmung vom 26. März hatte auf 70 revolutionäre Wahlen nur 25 Arbeiter ergeben, wovon nur 13 der Internationale angehörten; die 12 anderen kamen aus den Klubs. Auf 6 Doppelwahlen hatten die Arbeiter nur 2 bekommen, Varlin und Theiß. Zwei Drittel des Rats der

---

[1]) Kautsky, Terrorismus und Kommunismus. S. 55.
[2]) Malon, Histoire du Sozialisme. 2. Bd. S. 684.
[3]) Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich. S. 64.

Kommune waren somit aus Kleinbürgern zusammengesetzt, welche wohl die Mittel gehabt, sich zu bilden. Rechnungsbeamte, Ärzte, Juristen, Publizisten gab es bis zu einem Dutzend. Eine sehr kleine Zahl — nur fünf oder sechs — hatten einige Kenntnis von sozialen Fragen. So hatten die revolutionären Wahlen der Kommune, indem sie Alte und Junge, Neu-Jakobiner, Sozialisten, Autoritätsmänner, Anarchisten, Romantiker durcheinander mischten, den Charakter einer einfachen Manifestation. So schickte die revolutionäre Partei, um die größte Schlacht des Jahrhunderts zu liefern, um allen vereinigten Intelligenzen und Kräften der Bourgeoisie die Spitze zu bieten, Männer auf das Stadthaus, deren politische Fähigkeit sie nicht geprüft hatte und die sie ohne Leitung ihrer bloßen Eingebung überließ“ [1]).

Vergleicht man die Dekrete der Kommuneregierung mit denen der Sowjetrepublik in Hinblick auf die politischen Maßnahmen, so tritt der Unterschied beider Revolutionen klar zutage. Von der Forderung eines Rätesystems im Sinne einer proletarisch-berufsständischen Verfassung in Gesetzgebung und Verwaltung ist bei der Kommune nicht die Rede. Was bei ihnen vielmehr immer im Vordergrund steht, ist die Forderung kommunalistischer Rechte: stärkere Heranziehung der lokalen und kommunalen Gewalten im Gegensatz zu der Zentralgewalt. Sie wollten gegen die in Frankreich vorhandene übermäßige Zentralisation der Verwaltung protestieren. Ferner tritt der Unterschied darin hervor, daß die Kommune bei ihren Manifestationen immer die persönlichen Freiheitsrechte unbedingt hochhielt, gerade im Gegensatz zu den Unterdrückungen wichtiger Freiheitsrechte, wie sie bei der bolschewistischen D. P. hervortreten. In einem Aufruf, den die Pariser Sektion der internationalen Arbeitervereinigung am 23. März 1871 an die französischen Arbeiter erließ, heißt es: „Wir haben die Emanzipation der Arbeiter gefordert, und die Vertretung in der Kommune ist hierfür die Garantie, denn sie soll jedem Bürger die Mittel liefern, seine Rechte zu verteidigen und in wirksamer Weise die Handlungen seiner Bevollmächtigten zu kontrollieren, welche die Aufgabe haben, seine Interessen wahr zu nehmen und die allmähliche Durchführung der sozialen Reformen zu bestimmen“ [2]). Ferner wird in dem Aufruf ausdrücklich volle Versammlungs- und Preßfreiheit verlangt, also wiederum im genauen Gegensatz zur bolschewistischen D. P. Es heißt dort: „Was haben wir verlangt?

[1]) Lissagaray, Geschichte der Kommune von 1871. S. 145.
[2]) Malon, Histoire du Sozialisme. S. 685. 2. Bd.

Das Vereinigungsrecht und das Versammlungsrecht, die absolute Freiheit der Presse und des Bürgers“ [1]). Die allgemeinen Bürgerrechte, die von den Bolschewisten unterdrückt werden, sollen hier besonders zur Entfaltung kommen, indem sie von der Übermacht der Zentralinstanz befreit werden. Ferner wird verlangt: „Die munizipale Organisation der Polizeidienste, der bewaffneten Macht, der Hygiene, der Statistik usw.“ [2]). Der Aufruf schließt mit den Worten: „Heute ist das Volk von Paris klarsehend, es weigert sich die Rolle des Kindes zu spielen, das vom Lehrer gelenkt wird, und es wird sich in den Gemeindewahlen, dem Produkt seiner Bewegung, welche es selbst hervorgebracht hat, erinnern, daß das Prinzip, welches bei der Organisation einer Gruppe, einer Vereinigung durchgeführt ist, dasselbe ist, welches auch die ganze Gesellschaft regieren muß; und wie es jeden Verwalter und Präsidenten zurückweisen würde, der von einer Gewalt eingesetzt wäre, die außerhalb seiner selbst steht, wird es jeden Bürgermeister, jeden Präfekten zurückweisen, der durch eine Regierung eingesetzt ist, die seinen Wünschen fremd gegenüber steht. Es wird sein höheres Recht, gegenüber der Abstimmung einer Versammlung zur Geltung bringen, Herr in seiner Stadt zu bleiben und seine Gemeindeverwaltung so einzurichten, wie es ihm paßt, und sich dieselbe nicht von anderen aufnötigen zu lassen“ [3]). Deutlicher als in diesem Schriftstück kann der kommunalistische Grundcharakter der Kommuneregierung nicht zum Ausdruck gebracht werden. In einer von der Kommuneregierung am 19. April 1871 erlassenen Erklärung an das französische Volk werden nochmals diese kommunalistischen Forderungen näher angegeben. Es soll die absolute Selbstbestimmung der Kommune gefordert werden, ausgedehnt auf alle Orte Frankreichs, jedem die volle Wahrung seiner Rechte und die freie Ausübung seiner Fähigkeiten als Mensch, Arbeiter und Bürger gesichert werden. Die einzelnen aus dieser Forderung hervorgehenden kommunalen Rechte werden aufgeführt: „Die Festsetzung des Gemeindebudgets und der Verteilung der Steuern, die Organisation der Gemeindeverwaltung, der inneren Verwaltung des Gemeindevermögens, die freie Wahl und Abberufung aller Magistratsbeamten“. Auch in diesem Aufruf wird die absolute Garantie der persönlichen Freiheit und der Freiheit der Arbeit gefordert. Ausdrücklich wird da-

---

[1]) Malon, Histoire du Sozialisme. S. 686.
[2]) Daselbst. S. 686.
[3]) Daselbst. S. 686.

bei jede Form der Diktatur abgelehnt. Es heißt nämlich: „Unsere Feinde irren sich oder täuschen das Land, wenn sie Paris anklagen, seinen Willen oder seine Macht der übrigen Nation aufdrängen zu wollen, und eine Diktatur zu beanspruchen, die ein wahres Attentat auf die Unabhängigkeit und die Souveränität der anderen Kommunen wäre“ [1]). Die Kommune trat für die demokratischen Prinzipien ein; die Demokratie sollte nur mit neuem Inhalt erfüllt werden: „Indes kam in der Kommune das staatsbekämpfende Prinzip tatsächlich nicht in der unsinnigen Utopie von der Föderation selbständiger Gemeinden zur Geltung, sondern in ihrer demokratischen Organisation, die eben die bisherige Unterdrückungsmacht des Staates sprengen und die weitere Befreiung der Arbeiter bewirken sollte“ [2]). Die Tendenz der Vereinigung der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt trat allerdings deutlich zutage. „Die Kommune teilte sich in Kommissionen; die Gesetzgeber sollten auch die Gesetzesvollstrecker unter der beständigen Kontrolle des Volkes werden. Die Mitglieder der Kommune waren auch zur selben Zeit Mitglieder der Bezirksausschüsse“ [3]). Wenn Lenin hier mit Recht eine Übereinstimmung mit der bolschewistischen Politik erblickt, so sind auf der anderen Seite die großen Unterschiede zwischen der Kommune und der Sowjetrepublik nicht zu übersehen. Noch viel größer als auf dem politischen Gebiete sind die Unterschiede zwischen dem Bolschewismus und der Kommune auf wirtschaftlichem Gebiet.

Wir sahen, wie die Bolschewisten im Zusammenhang mit der D. P. die sofortige Vollsozialisierung der Produktions- und Verkehrsmittel verlangten. Wie bescheiden, zaghaft und mäßig waren demgegenüber die wirtschaftlichen Maßnahmen der Kommuneregierung. Auch hier tritt der kleinbürgerliche, reformfreundliche Charakter der Kommune im Gegensatz zu dem radikalen sozialistischen Charakter der Bolschewisten klar zutage. Eine der ersten Maßnahmen der Sowjetregierung in Rußland war die Nationalisierung des Bankwesens. Durch die Gesetze vom 16. Dez. 1917 und 19. Januar 1918 wurden das gesamte Bankwesen, alle Geldgeschäfte und was damit zusammenhängt, monopolisiert [4]). Alle bestehenden Aktienbanken und andere Tauschgeschäfte waren mit ihren gesamten Aktiven und Passiven auf den Staat übergegangen, der sie mit der Staatsbank als „Volksbank“ vereinigte. Durch Dekret vom 26. Januar 1918 wurde dann

[1]) Malon, Histoire du Sozialisme. S. 699.

[2]) Lissagaray, Geschichte der Kommune von 1871. S. 526.

[3]) Daselbst. S. 528.

[4]) Quellen und Studien. S. 31.

die Konfiskation aller Kapitalien der Privatbanken und der Aktienbanken im Besitz der Aktionäre angeordnet. Wie ganz anders in der Kommune! Welchen Respekt vor dem Privateigentum bekundete der Alterspräsident Beslay bei seinem Verhalten gegenüber der Bank von Frankreich. Er begnügte sich damit, sich einen Kredit von 1 Million Fr. geben zu lassen, im übrigen stellte er die Bank unter seinen Schutz; die Bank anzugreifen wäre Torheit, denn „die Bank sei doch das Vermögen des Landes, ohne sie kein Handel, kein Wohlstand". Die weiteren sozialpolitischen Dekrete und Maßnahmen der Kommune zeigen, wie viele verschiedene sozialistische und sozialreformerische Elemente hier zusammengewirkt haben. Den Ideen von Louis Blanc entsprach es, daß die von ihren Eigentümern im Stich gelassenen Werkstätten durch kooperative Genossenschaften der Arbeiter, die darin beschäftigt waren, wieder in Betrieb gesetzt werden sollten. Auf proudhonistische Einflüsse geht es zurück, daß ein Ausschuß ernannt wurde für die Arbeit, die Industrie und den Austausch. Auch darin folgte die Kommune Proudhon, daß sie für die Beibehaltung des Privateigentums eintrat; in der Proklamation an die Landarbeiter heißt es ausdrücklich: „Paris veut enfin — écoute bien ceci, — travailleurs des campagnes, pauvre journalier, petit propriétaire qui ronge l'usure, bordier, metayer, fermier, vous tous qui semez, qui recoltez, suez, pour que le plus clair de vos produits aille a quelqu'un qui ne fait rien; ce que Paris veut, enfin de compte, c'est la terre au paysan, l'outil a l'ouvrier, le travail pour tous[1])." Andere Dekrete der Kommune betrafen reine Arbeiterschutzmaßregeln, wie z. B. das Verbot der Nachtarbeit der Bäckereien und anderes. Wie die politische Emanzipation der Arbeiterklasse durch größere kommunale Selbständigkeit gegenüber der Zentralgewalt erreicht werden sollte, so wollte man die wirtschaftliche Emanzipation auf dem Wege allmählicher sozialer Reformen erreichen, nicht auf dem Weg der D. P. und der Vollsozialisierung. Keine absolute Gleichheit sollte erstrebt werden, sondern nur die extremen Unterschiede zwischen arm und reich sollten verschwinden. „A chacun le sien; le travail pour tous. Plus de très-riches, ni de très-pauvres. Plus de travail sans repos, plus de repos sans travail[2])."

---

[1]) Malon, Histoire du Sozialisme. S. 695.

[2]) Daselbst. S. 695.

4. Der internationale Charakter der D. P.

Auch bei ihrer Betonung des internationalen Charakters ihrer Bewegung behaupten die Bolschewisten, auf dem Boden der Marxschen Lehre zu stehen. Wenn sie den Erfolg ihrer ganzen Politik nur dann für gesichert halten, wenn die ganze Welt sich ihnen anschließt, wenn in allen Ländern der Welt die D. P. durchgeführt wird, so weisen sie auf Marx hin, der das kommunistische Manifest mit den Worten geschlossen hat: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!"

Wenn Marx immer wieder den internationalen Charakter der Arbeiterbewegung hervorhebt, so geschieht es aus Gedankengängen heraus, die grundlegend von denen der Wortführer des Bolschewismus verschieden sind. Nicht als ob Marx meinte, das Proletariat müsse im Kampfe für seine Befreiung gemeinsame internationale Ideale haben. Nichts mit internationaler Völkerverbrüderung, nichts mit kosmopolitischer Schwärmerei, wie sie aus bürgerlichen Friedens- und Freiheitsbünden bekannt sind, nichts mit den menschheitsbeglückenden Idealen, für die unsere Dichter der klassischen Zeit begeistert waren, hat der internationale Gedanke des Marxismus zu schaffen. Wenn der Arbeiterbewegung ein internationaler Charakter zugeschrieben wird, so hängt dies wiederum mit der materialistischen Geschichtsauffassung zusammen. Da Produktion, Umtausch und Konsumtion der Güter sich immer mehr international einheitlich gestalten, müßten sich in naturgemäßer Folge die Klassenkämpfe, die nur eine Folge dieser Entwicklung seien, ebenfalls international einheitlich gestalten. Die Betonung des internationalen Moments entspricht durchaus der kausalen Betrachtungsweise, die Marx stets zugrunde legt. Gleiche Ursachen, gleiche Wirkungen. Die proletarischen Bewegungen sind seiner Auffassung nach die Folge der großindustriellen Entwicklung. Da die Tendenz zum Großbetrieb sich in allen Kulturländern zeige, müsse auch dementsprechend eine gleiche sozialistische Parteientwicklung resultieren. Nach marxistischer Anschauung muß sich also in allen Ländern eine gegen die Bourgeoisie gerichtete Klassenbewegung herausbilden, und in diesem Sinne faßt Marx immer den Sozialismus als eine internationale Angelegenheit auf. Weil in allen Kulturländern die kapitalistische Produktionsweise Platz greife, werde auch in allen Ländern eine proletarische Klassenbewegung als Folgeerscheinung zu finden sein. Aber je nach dem Reifegrad des Proletariats und je nach der Reife des Kapitalismus, werde sich die Arbeiterbewegung in den einzelnen

Ländern in verschiedenem Tempo entwickeln, schließlich aber doch eine einheitliche Internationale werden. Zunächst muß gerade nach marxistischer Auffassung in den Ländern mit hochentwickelter Industrie, wie England, Deutschland, Frankreich zuerst diese Entwicklung zur Vollendung kommen.

Ganz im Gegensatz zu dieser Auffassung wollen die Bolschewisten der ganzen Welt ein Ideal aufzeigen, sie wollen alle Länder und alle Menschen von der Wahrheit ihrer Ideen überzeugen und ihnen ihre Lehren predigen. Charakteristisch ist dafür der erste Funkspruch der russischen Revolutionäre, der „an alle" gerichtet ist. Es ist der im russischen Volkscharakter begründete Glaube, die Welt mit den Ideen beglücken zu wollen, die sie für ihr Land für richtig erkannt haben. So glauben sie auch trotz der ökonomisch rückständigen Lage ihres Landes ihr Ideal verwirklichen und die ganze Welt durch ihr Beispiel zur Nachahmung anfeuern zu können. Es steckt im Bolschewismus etwas vom Chiliasmus, von der Hoffnung auf ein neues Weltreich. Gern stellen bolschewistische Schriftsteller den Bolschewismus in Parallele mit dem Christentum. Wie dieses eine Weltreligion bringen sollte, so wollen die Bolschewisten der ganzen Welt ein gemeinschaftliches Ideal geben. So sagt Lenin, man müsse den dunklen Massen die Notwendigkeit der heranreifenden Revolution predigen, ihre Unvermeidlichkeit nachweisen, ihren Nutzen für das Volk klar machen [1]). Diese halbreligiöse Schwärmerei ist so unmarxistisch wie möglich. Mit Recht hat Dostojewski auf die im russischen Volkscharakter begründete Sucht, die ganze Welt mit ihren Ideen beglücken zu wollen, hingewiesen. In einer seiner politischen Schriften sagt er, der größte Irrtum der russischen Intellektuellen sei, daß sie im russischen Volke keine Kirche anerkennen wollten. „Ich spreche jetzt nicht von der Herde Christi, sondern von unserem russischen „Sozialismus", dessen Ziel es ist, die Kirche aller Völker zu werden, soweit die Erde diese „Kirche" überhaupt verwirklichen kann. Ich spreche ferner von dem unstillbaren Durst nach der großen, allgemeinen, allbrüderlichen Vereinigung im Namen Christi einer Idee, die im russischen Volke immer gegenwärtig ist. Und wenn diese Vereinigung auch erst im Wunsche und im Gebet besteht, nicht in der Tat, so treibt doch der religiöse Instinkt dieser millionenköpfigen Masse nicht zu mechanischen Formen: nicht im Kommunismus liegt der Sozialismus des russischen Volkes, sondern

[1]) Lenin, Die Diktatur des Proletariats. S. 57.

er glaubt, sein Seelenheil in der Vereinigung aller Völker im Namen Jesu Christi zu finden. Das ist unser russischer Sozialismus. Man kann daher ruhig die Behauptung aufstellen: wer diese Hauptidee des Volkes, die Erwartung des in ihm heraufkommenden Schöpferischen, das Gottesschicksal seiner weltumfassenden Kirche nicht versteht, der wird auch nie das russische Volk selbst verstehen und es auch nie lieben können." Und er schließt diese Betrachtungen mit dem prophetischen Satz: „Da das Volk aber Volk bleibt, d. h. es selbst bleibt, so kann man für die Zukunft nur einen unvermeidlichen und gefährlichen Zusammenstoß voraussehen[1])."

III. Die Stellung der deutschen sozialdemokratischen Parteien zur Diktatur des Proletariats und zum Rätesystem.

Als von Rußland her die neuen Programmforderungen: D. P. und Rätesystem, nach Deutschland kamen und auch hier für die Annahme dieser Prinzipien eifrig agitiert wurde, war die Stellung der deutschen Sozialdemokratie, soweit sie auf dem Boden des Marxismus und des Erfurter Programms stand, klar gegeben. Sie konnten nur zu einer Ablehnung dieser Postulate kommen. Besonders Kautsky war wiederholt für die demokratische Politik der Partei im Gegensatz zur Diktaturpolitik eingetreten. Ebenso hatten die maßgebenden Führer der Partei, vor allem Ebert und Scheidemann, sich gegen die Prinzipien der bolschewistischen Politik gewendet. Aber dies war nur die Meinung der Majorität der sozialdemokratischen Partei, soweit sie noch an den alten Parteigrundsätzen festhielt. Während des Kriegs schon war die alte Einheitlichkeit der Partei zu Ende gegangen. Die Partei der Unabhängigen hatte sich abgesondert, dazu kam später noch die neue Partei der Kommunisten (Spartakusbund). Bei dieser Abspaltung und Trennung spielt gerade die Frage der D. P. und des Rätesystems eine wichtige Rolle. Wir wollen jetzt betrachten, wie sich die drei verschiedenen sozialistischen Parteien Deutschlands zu diesem Problem stellen.

1. Die Mehrheitssozialisten.

In dem Aufruf, der zu Beginn der deutschen Revolution, am 6. Nov. 1918, vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei erlassen wurde, werden ausdrücklich die „Gewaltmethoden der Bolschewisten" abgelehnt. Es heißt dort über die politischen Ziele

[1]) Dostojewski, Politische Schriften. S. 311/312.

der Partei: „Politisch wird es sich darum handeln, die errungenen demokratischen Freiheiten zu sichern und auszubauen. . . . Die Demokratie ist auf dem Marsche und nicht mehr aufzuhalten. Ihr Sieg schafft die Vorbedingungen zur Verwirklichung des Sozialismus."

Auf dem Allgemeinen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands war ein Hauptpunkt der Tagesordnung die Besprechung der Frage: Nationalversammlung oder Rätesystem? Man hätte statt dessen auch sagen können: D. P. oder Demokratie? Bei diesen Verhandlungen sollte klar gestellt werden, ob die Arbeiter und Soldaten die politische Macht weiter in der Hand behalten sollten, die sie in der Revolution errungen hatten und äußerlich in den Arbeiter- und Soldatenräten als Trägern der Revolution, als „Vollstrecker des Willens" der Arbeiter und Soldaten hervorgetreten war. Der Volksbeauftragte Ebert gab gleich zu Beginn der Versammlung eine Erklärung ab, die klar die Meinung der Mehrheitssozialisten erkennen ließ: „Je eher wir dazu gelangen, unseren deutschen Volksstaat auf feste Rechtsgrundlagen des Willens der ganzen Nation zu stellen, um so eher wird die deutsche Volksrepublik gesund und stark, um so eher kann sie an die Erfüllung ihrer großen sozialistischen Ziele herangehen. Das siegreiche Proletariat richtet keine Klassenherrschaft auf. Es überwindet zunächst politisch, dann wirtschaftlich die alte Klassenherrschaft und stellt die Gleichheit alles dessen her, was Menschenantlitz trägt. Das ist der große ideale Gedanke der Demokratie. Wer ihn ganz und restlos in sich aufgenommen hat, kann den dauernden Frieden erringen, kann ein vollgültiges Mitglied der Familie der freien Völker werden. Demokratie und Nationalversammlung, die endgültige Überwindung der Willkürherrschaft, die dauernde Garantie der Selbstregierung des Volkes, das muß in dieser Zeit unsere Hauptsorge sein [1])." Ausdrücklich wurde von mehreren Rednern der Mehrheitssozialisten die D. P. abgelehnt, z. B. von Kaul (Hessen): „War es unsere Absicht, die D. P. zu verewigen? — Nun und nimmermehr kann das der Fall sein; denn wir sind nicht nur Sozialisten, sondern auch Sozialdemokraten, und wir stehen auf dem Standpunkt, daß jede politische Organisation der Gesellschaft ihre Grundlage in den wirtschaftlichen Machtverhältnissen finden muß. Ich habe vorhin schon darauf hingewiesen: wenn es wirklich richtig wäre, daß die Übernahme der Diktatur durch das Proletariat eine wahre Demokratie wäre, dann müßte erst die Tatsache ge-

[1]) Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Stenographische Berichte. S. 2.

schaffen werden, daß das Proletariat nicht mehr Klasse ist, sondern daß es nur eine Gesamtheit gibt, die Proletariat ist, und daß alle Klassen verschwunden sind. Solange wir aber noch die harte Tatsache haben, und wir haben sie trotz der Revolution auch jetzt noch, daß das Proletariat eine wirtschaftliche Klasse ist, solange würde die Übernahme der politischen Macht durch das Proletariat eine Diktatur bleiben. Jede Diktatur ist, wie die Geschichte zeigt, zu einer ganz kurzen Lebensdauer verurteilt. Wir wollen aber vor allen Dingen durch unsere Tagung hier erreichen, daß die gewaltigen Errungenschaften der Revolution, die wir erreicht haben, für die Zukunft verankert werden. Wie können wir uns da auf den Standpunkt stellen, daß wir die D. P. verewigen müssen [1])?" Eine scharfe Absage erfolgte auch von Cohen-Berlin: „Wir Sozialdemokraten müssen uns endlich einmal auf das entschiedenste und nachhaltigste wehren, daß unsere reine, klare, gute sozialistische Gedankenwelt durch bolschewistische Verschrobenheiten sabotiert und diskreditiert wird. Das kann nicht so weiter gehen, wenn nicht unsere Sache den größten Schaden im Lande und in der ganzen Welt erleiden soll. Wenn wir nicht den ganzen guten Namen aufs Spiel setzen wollen, dann muß es endlich einmal heißen — und das wird hoffentlich der Beschluß dieser Versammlung beweisen —: „Halt mit dieser bolschewistischen Sabotage gegen den großen Gedankeninhalt der sozialistischen demokratischen Ideen [2])." Besonders auch mit Rücksicht auf die Gewerkschaftspolitik, die dann lahm gelegt würde, wurde gegen die D. P. Stellung genommen. „Aber ich kann nicht meine Hand dazu bieten, daß man aus diesen Verhältnissen heraus — und das will man mit Einführung des Rätesystems nach meiner Auffassung — das bisherige konservative Element in der früheren sozialistischen alten Partei — das ist hier auch öffentlich gesagt worden —, die Gewerkschaftsführer, an die Wand drücken will, und daß man glaubt, es so machen zu können, daß man die Organisation der deutschen Arbeiterbewegung durch ein Rätesystem untergräbt [3])." (Saar.) Von der großen Majorität der Versammlung wurde die Forderung, die ein Abgeordneter der revolutionären Arbeiterschaft Groß-Berlins überbrachte, abgelehnt. Von diesen Forderungen waren die wichtigsten: „Deutschland eine einheitliche, sozialistische Republik. — Die ganze Macht den Arbeiter- und Soldatenräten! — Der vom

[1]) Allgemeiner Kongreß. S. 266.
[2]) Daselbst. S. 222.
[3]) Daselbst. S. 258.

Zentralrat gewählte Vollzugsrat der A.- und S.-Räte als höchstes Organ der Gesetzgebung und Regierungsgewalt. — Sofortiger Aufruf des Zentralrates an die Proletarier aller Länder zur Bildung von A.- und S.-Räten zwecks Durchführung der gemeinsamen Aufgaben der sozialistischen Weltrevolution [1])."

2. Die Unabhängigen.

Die sogenannten Unabhängigen (U. S. P. D.), die sich auf dem Kongreß vom 6.—8. April 1917 in Gotha als neue Partei mit eigener Parteiorganisation gänzlich von der Mehrheitssozialdemokratie trennten, umschließen Mitglieder, die in politischen und wirtschaftlichen Fragen oft sehr weit auseinander gehen. Ursprünglich waren es diejenigen Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, welche die Kriegskredite ablehnen wollten. Dieser ursprüngliche Anlaß zur Abspaltung ist keineswegs das einzige, was die U. S. P. D. von den Mehrheitssozialisten trennt. Es kommen noch andere Gegensätze hinzu, namentlich die Auffassung des Klassenkampfes, die Stellung zur Internationale usw. Während Kautsky und Bernstein wegen ihrer Stellung zur Frage der Kriegskredite zu den Unabhängigen übergingen, nahmen sie in anderen Fragen eine abweichende Stellung gegenüber der Mehrheit der neuen Partei ein.

Wenn ich jetzt die Stellung der Unabhängigen zu der Frage der D. P. und des Rätesystems darlege, so schildere ich dabei die offizielle Stellung der Partei. Gerade in diesen Fragen vertritt vor allem Kautsky den Standpunkt der Mehrheitssozialisten im Gegensatz zur Stellung der U. S. P. Schon in ihrer ersten „programmatischen Kundgebung" tritt die U. S. P. für das Rätesystem und die D. P. ein: „Die geschichtliche Aufgabe der U. S. P. ist es, die Bannerträgerin des klassenbewußten Proletariats in seinem revolutionären Befreiungskampf zu sein. Die U. S. P. stellt sich auf den Boden des Rätesystems. Sie unterstützt die Räte in ihrem Ringen um die wirtschaftliche und politische Macht. Sie erstrebt die D. P., des Vertreters der großen Volksmehrheit, als notwendige Vorbedingung für die Verwirklichung des Sozialismus [2])." Ausdrücklich wird dabei im Gegensatz zu den Bolschewisten die terroristische Taktik abgelehnt, und die Mithilfe der Parlamente gebilligt: „Um dieses Ziel zu erreichen, bedient sich die U. S. P. aller politischen und wirtschaftlichen Kampfmittel, einschließlich der Parla-

[1]) Allgemeiner Kongreß. S. 19.

[2]) Däumig, Das Rätesystem. S. 35, 36.

mente. Sie verwirft planlose Gewalttätigkeiten. Ihr Ziel ist nicht die Vernichtung von Personen, sondern die Beseitigung des kapitalistischen Systems [1])". In dem neuen Aktionsprogramm der U. S. P. (angenommen auf dem Leipziger Parteitag Dezember 1919) werden die beiden Forderungen der D. P. und des Rätesystems noch in schärferer Form gestellt. Während in der programmatischen Kundgebung die D. P. als Diktatur des Vertreters der großen Volksmehrheit bezeichnet wurde, ist in dem neuen Aktionsprogramm davon nicht mehr die Rede. Hier heißt es nur noch: sie führt zum Zusammenschluß der Arbeiterklasse zwecks Abschaffung jeglicher Klassenherrschaft. Aber auch jetzt werden die parlamentarischen Machtmittel keineswegs gänzlich verworfen. Es heißt dort: „Um dieses Ziel zu erreichen, bedient sich die Unabhängige Sozialdemokratische Partei planmäßig und systematisch gemeinsam mit den revolutionären Gewerkschaften und der proletarischen Räteorganisation aller politischen, parlamentarischen und wirtschaftlichen Kampfmittel [2])."

Wir haben oben schon hervorgehoben, daß in der Ablehnung der terroristischen Taktik einerseits, der Benutzung parlamentarischer Machtmittel andererseits sich die U. S. P. von dem Bolschewismus unterscheidet und auch im neuen Aktionsprogramm wird ausdrücklich das gewaltsame Vorgehen Einzelner mißbilligt. „Das vornehmste und entscheidende Kampfmittel ist die Aktion der Masse. Sie verwirft das gewaltsame Vorgehen einzelner Gruppen und Personen. Ihr Ziel ist nicht die Vernichtung von Produktionsinstrumenten, sondern die Beseitigung des kapitalistischen Systems [3])." Trotz dieser Abweichung ist jedoch eine weitgehende Übereinstimmung mit gewissen Grundsätzen des Bolschewismus vorhanden. Däumig, einer der Führer der U. S. P., Vertreter des Rätesystems, erklärte in der Rede, die er auf dem Parteitag der U. S. P. im März 1919 hielt, daß wir alle Ursache hätten, sehr viel aus dem zu lernen, was die russischen Genossen drüben erfahren und geleistet hätten, selbstverständlich auch dürften wir ihnen nicht alles sklavisch nachmachen. Er erklärt es für selbstverständlich: „daß die Methoden der alten Demokratie mit ihren Periodenwahlen im Rätesystem keinen Platz mehr haben könnten, sondern daß, wiederum ausgehend von dem Grundsatz, daß in einem Gemeinwesen nur der staatliche

---

[1]) Däumig, Das Rätesystem. S. 36.
[2]) Das neue Aktionsprogramm der U. S. P.
[3]) Daselbst.

Rechte hat, der der Allgemeinheit gegenüber durch gesellschaftlich nützlich notwendige Arbeit seine Pflicht erfüllt, selbstverständlich innerhalb des Rätesystems nur der ein Wahlrecht, nur der politische Rechte haben darf, der tatsächlich nur als Proletarier angesprochen werden kann, d. h. daß von vornherein auszuscheiden haben alle parasitären Existenzen, alle die, die von der Arbeit anderer leben oder durch Renten oder arbeitsloses Einkommen auf Kosten der Allgemeinheit ihr Dasein führen[1])." Im wesentlichen werde das Rätesystem, für das er eintrete, sich in der Form darstellen, wie wir es jetzt in der Verfassung der russischen Sowjetrepublik niedergelegt fänden, natürlich mit Modifikationen, die den deutschen Verhältnissen angepaßt seien. Er gibt dann Einzelheiten über die Durchführung des Rätesystems, von den untersten Instanzen bis zur höchsten Spitze des Reichs: „Ich meine also, daß von dieser Grundlage aus sich das Rätesystem organisch weiter ausbaut, bis es in einem Rätekongreß, der aus dem ganzen Reich zusammengesetzt ist, seine Spitze findet. Dieser Rätekongreß ist aber im wesentlichen nur Kontrollinstanz, er kann als große Körperschaft nicht die Aufgaben erfüllen, die dem Rätesystem zufallen. Er wählt aus seiner Mitte einen Exekutivausschuß, oder einen Zentralrat oder einen Vollzugsrat — die Namen spielen keine Rolle —, der in Rußland aus 200 Personen besteht und ständig tagt, aber jährlich zweimal der Vollversammlung Rechenschaft zu geben hat und sich zweimal zur Wahl stellen muß. Dieser Zentral-Exekutivausschuß ist auch nicht ein Parlament, das sich innerhalb eines parlamentarischen Gebäudes zusammensetzt und bloß Reden hält, sondern seine Mitglieder sind eingeteilt in Kommissionen, in denen sie tägliche Verwaltungsarbeiten zu erledigen haben und nur zu gemeinsamen Beratungen zusammentreten. Es ist also tatsächlich eine Zusammenziehung, eine Vereinigung von parlamentarischer und Verwaltungstätigkeit, von Legislative und Exekutive, die auf diesem Wege erreicht ist. Das nur in ganz kurzen Zügen über die politische Tätigkeitsform des Rätesystems[2])."

Für die ökonomische Wirksamkeit des Rätesystems sollten neben den Arbeiterräten, die politische Funktionen zu erfüllen haben, Betriebsräte gewählt werden, die alle Aufgaben zu erfüllen hätten, die sich auf die ökonomische Tätigkeit beziehen, die dafür einzutreten hätten, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse den

[1]) Däumig, Das Rätesystem. S. 5, 6.
[2]) Daselbst. S. 7.

Ansprüchen der Arbeiter entsprächen, daß der Betrieb leistungsfähig bleibe, und die alle Schritte einleiten sollen, die zur Sozialisierung führen können. Auch Däumig wendet sich gegen die putschistische Taktik: „Ich stehe gar nicht an zu erklären, daß mich grundsätzlich von der Forderung der kommunistischen Partei: „Alle Macht den A.- und S.-Räten!" gar nichts trennt. Aber trotzdem unterscheide ich mich sehr viel und nicht unwesentlich von dieser Partei vor allem in taktischer Beziehung. Ich kann auf keinen Fall die putschistische Taktik mitmachen, die in der Praxis in dieser Partei Geltung hat[1])." Auch er lehnt die parlamentarische Mithilfe keineswegs ab: „Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß bei vollem Festhalten des Rätesystems als Mittel und Ziel der Revolution sehr wohl durch unsere Fraktion ein klar und präzis ausgearbeiteter Gesetzentwurf der Nationalversammlung vorgelegt werden kann, der sich nicht bloß auf ökonomische Rechte beschränkt, sondern volle politische Gleichberechtigung verlangt, und daß dann selbstverständlich die Regierung sowie die bürgerlichen Parteien Farbe bekennen müssen[2])." Diese parlamentarische Taktik dient jedoch hauptsächlich zur Aufrüttelung der Massen: „Wir haben den Parlamentarismus noch, das ist richtig. Aber wir können und dürfen ihn in der gegenwärtigen Epoche, in der der Sozialismus sich jetzt befindet, nur noch insoweit benutzen, als er einmal Ziel unseres Angriffes ist, und als er, soweit er noch verwendbar ist, zu revolutionären Zwecken, zur Aufrüttelung der Massen benutzt werden kann[3])." Durch zähe, intensive Tätigkeit innerhalb der deutschen Arbeiterschaft müsse das Rätesystem den deutschen Arbeitern verständlich und zugänglich gemacht werden.[4])

3. Die kommunistische Partei (Spartakusbund).

Die Sozialisten, die sich zum Spartakusbund vereinigten, waren bis dahin in der Partei der Unabhängigen organisiert. Da aber auch Haase und Kautsky, die Führer der U. S. P., sich zur Demokratie und nicht zur D. P. bekannten, ohne von ihrer Partei desavouiert zu werden, da auch sie für die Nationalversammlung eintraten, war ein längeres Verweilen in dieser Partei für die Spartakusleute unmöglich geworden. Die linksstehenden Elemente in der U. S. P. unter Führung

---

[1]) Däumig, Das Rätesystem. S. 15.
[2]) Daselbst. S. 21.
[3]) Daselbst. S. 25.
[4]) cf. Louis Krafft, Die U. S. P. Jahrbücher für Nationalökonomie 1920.

von Ledebour und Däumig, die mit der Politik Haases und Kautskys nicht einverstanden waren, sich aber auch nicht bis zur Politik des Spartakusbundes durchringen konnten, beabsichtigten die Gründung einer allgemeinen Arbeiterpartei. Diese Politik wurde von den Spartakusleuten dadurch verhindert, daß sie sich endgültig von den übrigen Sozialisten schieden und am 3. Januar 1919 eine selbständige kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) gründeten. Ihr provisorisches Programm wurde niedergelegt in der kleinen Broschüre „Was will der Spartakusbund?“ [1]) Während die U. S. P. trotz einer gewissen Annäherung an die russischen Ideen der D. P. und des Rätesystems doch die Brücken zu der sozialdemokratischen Partei nicht ganz abbrechen wollten, vielmehr auf dem Wege allmählicher Revolutionierung der Gewerkschaften und der parlamentarischen Körperschaften vorgehen wollten, hat sich der Spartakusbund völlig der bolschewistischen Idee angeschlossen und die radikale und sofortige Durchführung der beiden genannten Forderungen proklamiert: „Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten“, so lautet der Schlachtruf des Spartakusbundes. Gerade dieser Aufruf, den der erwähnte Führer der U. S. P., Däumig, als „hysterisch“ bezeichnet, weil damit nichts erreicht werde, wird vom Spartakusbund zur Hauptprogrammforderung erhoben. Es finden sich im Programm des Spartakusbundes fast wortgetreu die Forderungen der Bolschewisten wieder. Es wird z. B. als „sofortige Maßnahme zur Sicherung der Revolution“ verlangt: Ersetzung aller politischen Organe und Behörden des früheren Regimes durch Vertrauensmänner der A.- und S.-Räte. Jeder Kompromiß mit dem Parlamentarismus wird abgelehnt. Daher wird ferner verlangt: „Beseitigung aller Parlamente und Gemeinderäte und Übernahme ihrer Funktionen durch A.- und S.-Räte, sowie deren Ausschüsse und Organe. — Wahl von Arbeiterräten über ganz Deutschland durch die gesamte erwachsene Arbeiterschaft beider Geschlechter in Stadt und Land, nach Betrieben, sowie von Soldatenräten durch die Mannschaften, unter Ausschluß der Offiziere und Kapitulanten. Recht der Arbeiter und Soldaten zur jederzeitigen Rückberufung ihrer Vertreter [2]).“ Ferner wird auf die internationale Bedeutung der Revolution besonderes Gewicht gelegt, und es wird verlangt „Sofortige Aufnahme der Verbindungen mit den Bruderparteien des Auslandes,

---

[1]) Vgl.: Bericht der deutschen Delegation an die Moskauer Internationale. Die kommunistische Internationale. Moskau 1919. S. 19.

[2]) Eltzbacher, Die neuen Parteien und ihre Programme. S. 47.

um die sozialistische Revolution auf internationale Basis zu stellen und den Frieden durch die internationale Verbrüderung und revolutionäre Erhebung des Weltproletariats zu gestalten und zu sichern [1])". „Der Spartakusbund", heißt es weiter, „ist keine Partei, die über die Arbeitermasse oder durch die Arbeitermasse zur Herrschaft gelangen will. Der Spartakusbund ist nur der zielbewußteste Teil des Proletariats, der die ganze breite Masse der Arbeiterschaft bei jedem Schritt auf ihre geschichtlichen Aufgaben hinweist, der in jedem Einzelstadium der Revolution das sozialistische Endziel und in allen nationalen Fragen die Interessen der proletarischen Weltrevolution erblickt [2])." Struthahn erklärt in seiner Broschüre: „Die Diktatur der Arbeiterklasse und der Kommunistischen Partei": „Die kommunistische Partei erstrebt keine Eroberung irgendwelcher Vorrechte für irgendwelche Schicht, sondern allein die Niederringung des Kapitalismus, die Befreiung der Arbeiterklasse, die sozialistische Organisation der Gesellschaft. Um diese Ziele zu erreichen, ist in der Zeit des Kampfes, solange der Widerstand der Bourgeoisie nicht gebrochen ist, die Errichtung der proletarischen Diktatur nötig. Das heißt, solange die Bourgeoisie der siegreichen Arbeiterklasse Widerstand leistet, um sie wieder zu knechten, muß dieser Widerstand mit allen Mitteln der Gewalt gebrochen werden. Wenn die Unabhängigen, wie Hilferding und Ledebour erklären, sie wollten die Diktatur, aber ohne Terrorismus, ohne Gewalt, so zeigen sie, daß sie eben keine Diktatur der Arbeiterklasse wollen.... Diktatur ohne Bereitschaft zum Terrorismus ist ein Messer ohne Klinge. Diese Diktatur muß eine Arbeiterdiktatur sein, die Diktatur der Arbeiterklasse, wenn sie siegreich sein soll!" [3]) In diesem Sinne hatten die Vertreter des Spartakusbundes auf dem erwähnten Rätekongreß beantragt, daß sich dieser Rätekongreß zur obersten gesetzgebenden ausübenden Gewalt erklärt [4]). Ihr Antrag lautete: „Das revolutionäre Proletariat, vereint mit der revolutionären Armee, warf die alten Gewalten zu Boden. Durch den siegreichen Ausgang der Erhebung fiel die oberste Gewalt den A.- und S.-Räten zu. Als Vertreter der A.- und S.-Räte von ganz Deutschland ergreift der Kongreß Besitz von der politischen Gewalt und übernimmt ihre Ausübung. Als Träger der Souveränität des Reichs hat er das

[1]) Eltzbacher, Die neuen Parteien und ihre Programme. S. 48.

[2]) Daselbst. S. 49.

[3]) Struthahn, Die Diktatur der Arbeiterklasse und die Kommunistische Partei. S. 5/6.

[4]) Allgemeiner Kongreß. S. 103.

Kontrollrecht, Besetzungs- und Absetzungsrecht gegenüber der Exekutive [1])." Daß bei dieser Gründung des Spartakusbundes und bei der ganzen Agitation desselben in großem Umfange russische Einflüsse mitgewirkt haben, ist feststehend [2]). Ein Vertreter des Spartakusbundes hat gemeinsam mit Lenin die Richtlinien für die 3. Moskauer Internationale ausgearbeitet.

IV. Die Stellung der Syndikalisten und Anarchisten zu den Fragen der D. P. und des Rätesystems.

Wir haben zuletzt gezeigt, wie aus der alten sozialdemokratischen Partei sich neue sozialistische Parteien herausgebildet und von der alten Partei losgetrennt haben und wie bei diesen neuen Parteibildungen zweifellos auch ein Einfluß des Bolschewismus zu konstatieren war.

Wir wollen jetzt betrachten, wie sich verschiedene Gruppen der Arbeiterbewegung, die sich schon vor dem Kriege im Gegensatz zur sozialdemokratischen Partei gefunden und auch die Trennung von der Partei bereits äußerlich vorgenommen hatten, zu dem Problem der D. P. und des Rätesystems verhalten. Es handelt sich dabei um die Gruppen der Syndikalisten und Anarchisten. Während diese Richtungen in Frankreich, Spanien und Italien in den letzten 20 Jahren größeren Einfluß und Bedeutung gewannen, hatten sie bisher in Deutschland nur über eine kleine Anhängerschaft verfügt. In ihrer grundsätzlichen Auffassung weisen sie manche Übereinstimmung mit dem Bolschewismus auf, und die Gegner der Bolschewisten, besonders die Menschewiki, bezeichnen den Bolschewismus mit Vorliebe als „anarcho-syndikalistische Bewegung". Wenn

---

[1]) Allgemeiner Kongreß. S. 176.

[2]) Am 4. Nov. traf von Moskau kommend der Kurier der Berliner diplomatischen Vertretung der Sowjetregierung auf dem Bahnhof Friedrichsstraße ein. Bei dem Heruntertragen des Gepäcks vom Bahnsteig wird eine Kiste durch Anstoßen beschädigt, so daß darin befindliche Papiere auf den Boden fallen. Diese Papiere sind, wie sich herausstellt, in deutscher Sprache gedruckte Flugblätter, die die deutschen Arbeiter und Soldaten zum blutigen Umsturz auffordern. Eines der Flugblätter, das von der Gruppe „International" (Spartakusgruppe) unterzeichnet ist, enthält einen Aufruf zum Revolutionskampfe, während ein anderes Flugblatt die näheren Anweisungen für diesen Kampf gibt, zum Meuchelmorde und Terror auffordert. Auf Ersuchen der Bahnbehörde wird das gesamte Kuriergepäck in einem geschlossenen und bewachten Raume sichergestellt und das Auswärtige Amt benachrichtigt, um diesem die Untersuchung und weitere Behandlung der Angelegenheit zu ermöglichen. (Die deutsche Revolution Deutscher Geschichtskalender. 1. Bd. S. 395.)

auch zweifellos ein gewisser Zusammenhang zwischen Bolschewismus und Syndikalismus, bzw. Anarchismus besteht, so dürfen doch die Unterschiede nicht übersehen werden.

1. Die Syndikalisten.

Die deutschen Syndikalisten sind gegenwärtig in der „freien Arbeiterunion Deutschland" (Syndikalisten) zusammengeschlossen, ihr Parteiorgan ist die Wochenschrift „Der Syndikalist". Sie zählen zur Zeit ungefähr 60000 Mitglieder. Sie sind hervorgegangen aus der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, die sich stets in einem gewissen Gegensatz zur Gewerkschaftspolitik der sozialdemokratischen Partei befunden hatten, ein Gegensatz, der schließlich zum offenen Bruch und zum Austritt der Syndikalisten aus der sozialdemokratischen Partei führte (1908). Auf dem sozialdemokratischen Parteitag 1908 wurde folgender Beschluß gefaßt: „Die Vereine, die trotz der geführten Verhandlungen bei der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften geblieben sind, haben durch ihr Verhalten bekundet, daß sie entgegen den Beschlüssen der Parteitage und des Internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart, die dringend gebotene einheitliche Organisation des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterklasse nicht wollen. Die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften hat sich auch in offenen Gegensatz zur Partei gestellt, indem sie unter Anlehnung an die anarcho-syndikalistischen Bestrebungen die Sozialdemokratie geflissentlich bekämpft und schmäht.

Der Parteitag erklärt daher: Jede Mitarbeit von Parteigenossen in den mit der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften verbundenen Vereinen und lokalen Gewerkschaften, die von den örtlichen Gewerkschaftskartellen und Parteiorganisationen nicht anerkannt sind, ist unvereinbar mit den Grundsätzen und Interessen der Sozialdemokratie [1])."

Welches sind die syndikalistischen Grundsätze? Die Syndikalisten betonen besonders ihre Gegnerschaft gegen den Staat, gegen den Parlamentarismus, gegen die Demokratie. Andererseits betonen sie die Wichtigkeit der revolutionären Betätigung der Arbeiter in ihren Betrieben und in ihrer Berufsorganisation. In allen diesen Punkten ist eine Übereinstimmung mit dem Bolschewismus vorhanden und gewiß sind die syndikalistischen Ideen auch von größtem Einfluß auf die Ausbildung der bolschewistischen

[1]) Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften. März 1912. S. 31.

Lehre gewesen. Bei dem 12. Kongreß der Syndikalisten, der vom 27.—30. Dez. 1919 in Berlin tagte, wurde eine Entschließung für die Sowjetrepublik Rußlands angenommen: „Der 12. Kongreß der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften erklärt sich solidarisch mit dem revolutionären Proletariat der russischen Sowjetrepublik, in seinen Kämpfen gegen die konterrevolutionären Erhebungen der bürgerlichen Reaktion. Insbesondere protestiert der Kongreß auf das schärfste gegen alle Maßnahmen Deutschlands und der anderen Staaten, welche eine Einwirkung auf die inneren Verhältnisse der Sowjetrepublik bezwecken, oder deren Bekämpfung von außen zum Ziel haben. Der Kongreß fordert das deutsche und internationale Proletariat, vor allem unsere Organisationen auf, alle gegen Sowjetrußland gerichteten Aktionen energisch zu bekämpfen, und jede gleich gerichtete Bewegung zu unterstützen [1])." Die Syndikalisten wollen keine neue politische Partei bilden, sie sind Gegner aller politischen Betätigung überhaupt, sie wollen nur durch direkte wirtschaftliche Aktion wirken. Ihre Taktik besteht darin, daß sie unabhängig von jeder bestehenden politischen Partei ine Politik auf eigene Faust treiben. Auf eigene Faust im wörtlichen Sinne genommen, denn der revolutionäre Syndikalismus will vor allen Dingen revolutionäre Politik treiben. Nicht revolutionär im Sinne fatalistischen Abwartens auf eine kommende Umwälzung, auch nicht revolutionär nach der Methode von Attentaten und Putschen, sondern revolutionär im Sinne fortdauernder Belästigung, Schädigung und Schikanierung der Arbeitgeber und der herrschenden Staatsgewalt. Als solches Mittel empfiehlt der revolutionäre Syndikalismus vor allem: Boykott, Sabotage (Zerstörung von Maschinen und Werkzeugen), Cacanny-Politik (absichtliches Langsamarbeiten) partielle Kampfstreiks und endlich als Hauptmittel, das im Mittelpunkt der ganzen syndikalistischen Politik steht, den Generalstreik. . . . „Direkte Aktion" soll heißen: Verlegung des Schwerpunktes der sozialistischen Aktion aus dem Parlament in die Werkstatt des Arbeiters. Nicht Anteil an der gesetzgebenden Gewalt sollen die Arbeiter erstreben, dies führe doch nur wieder zur Bevormundung, bestenfalls zu einem Staatssozialismus in irgendwelcher Form, sondern eigene Befreiung der Arbeiter mit Hilfe der eigenen durch ihren Beruf gelieferten Mittel." Diese Grundsätze, wie sie von den Führern des französischen Syndikalismus vertreten werden, sind auch schon seit längerer Zeit von den deutschen Syndikalisten angenommen worden. Auch sie wollen rein ökono-

[1]) Der Syndikalist. Nr. 1. 1920.

mische Organisationen, Zweckvereine, die von jeder politischen Zentralgewalt unabhängig sein sollen. Sie wollen keine auf Dekrets- oder Befehlsgewalt beruhende sozialistische Gesellschaft, sondern größere oder kleinere Zusammenschließungen von Menschen, die von freiheitlichem Geiste erfüllt sein sollen. Nur eine föderative Organisation von unten nach oben, eine dezentralisierte freiheitliche Organisation garantiere Freiheit und Fortschritt; sie allein halte das Interesse der breiten Masse dauernd wach und mache sie zum Träger des neuen Organismus. Freiwillige Solidarität, Selbstbestimmung und Selbstverantwortung sollen das Fundament des neuen Baues bilden. In der auf dem eben erwähnten Kongreß abgegebenen „Prinzipienerklärung" wird besonders auf die Selbständigkeit und Unabhängigkeit jeder einzelnen Gewerkschaft hingewiesen: „Alle Zentralisierung, alle Zwangsgewalt von oben wird verworfen." Die stark dezentralistisch föderalistische Tendenz unterscheidet die Syndikalisten von allen übrigen sozialistischen Richtungen. Als Gegner jeder staatlichen Organisation verwerfen die Syndikalisten auch die Eroberung der politischen Macht und sehen vielmehr in der Beseitigung derselben die erste Vorbedingung zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Ebenso verwerfen sie prinzipiell jede Form der parlamentarischen Betätigung und jede Mitarbeit an den gesetzgebenden Körperschaften. In diesem Punkt stimmen sie ganz mit den Bolschewisten überein. „Der Syndikalismus verwirft die Beteiligung am bürgerlichen Parlamentarismus [1])." Aber — und hierbei tritt sofort der Unterschied zum Bolschewismus hervor — es heißt in derselben Erklärung: „Statt des unnützen Redens der gewählten Führer im Parlament setzt der Syndikalismus die direkte Aktion, die schaffende Tat der Massen [2])." Diese direkte Aktion soll die Verlegung aller Betätigung in die einzelnen lokalen Gewerkschaften bedeuten, während der Bolschewismus in seinem Rätesystem eine stark zentralistische Macht mit großen Machtbefugnissen der Zentralinstanz eingerichtet hat. Das Rätesystem ist zwar auch antiparlamentarisch, aber es stellt doch eine politisch-ökonomische Organisation mit staatlichem Charakter dar. Die Syndikalisten sind vollkommen antistaatlich, sie wollen nur ökonomisch, nicht politisch wirksam sein. Dennoch haben immer die Syndikalisten ihren starken Sympathien zu gewissen Grundprinzipien des Bolschewismus Ausdruck verliehen. So heißt es in einem Ar-

[1]) Was wollen die Syndikalisten? aus: Der Syndikalist. Nr. 1. 1918.
[2]) Daselbst.

tikel der Zeitschrift „Der Syndikalist": „Solange der Westen nicht sozialistisch revolutioniert sein wird, haben wir nur ein Gut dorthin zu vermitteln. Und das ist der Bolschewismus. Eine Allianz für das sozialistische Deutschland kann es nur mit der russischen Räteregierung geben [1])." In demselben Artikel lautet aber ein anderer Satz: „Wollen die Arbeitenden selbst regieren — und sie allein können die Regierenden in einer sozialistischen Gesellschaft sein — dann ist der Staat unmöglich. Die Arbeitenden besorgen ja dann ihre Regierungsgeschäfte selbst und brauchen keine Zentrale und keine Nationalversammlung. Die Arbeiter arbeiten dann endlich für sich und nicht für Nichtstuer, und brauchen keine militärische Macht weder nach innen noch nach außen [2])." Dies ist wieder ganz antibolschewistisch; denn die Syndikalisten lehnen nicht nur eine Nationalversammlung, sondern auch jede Zentrale ab, während in der russischen Räterepublik gerade eine starke Zentralgewalt und starke Militärgewalt vorhanden ist. Wenn es dann ferner heißt: „Die Syndikalisten wollen die eigene Herrschaft der Arbeiter, die den Arbeiterräten zu übertragen ist," so ist auch das im Gegensatz zum russischen Rätesystem gemeint, denn die syndikalistischen Arbeiterräte sind als autonome, lokale gewerkschaftliche Räte gedacht. Ausdrücklich wird das Rätesystem der deutschen kommunistischen Parteien abgelehnt: „Die Syndikalisten sind Anhänger des reinen Rätegedankens, aufgebaut auf den sozial-revolutionären Gewerkschaften [3])." Sie erstreben also ein gewerkschaftliches Rätesystem. Auch in Rußland sollen sich die Räte aufbauen auf lokalen Organisationen, aber es sollen Vertreter der einzelnen Betriebe gewählt werden und die Räte sollen ihre Spitze in der allrussischen Räteversammlung haben. „Die Gewerkschaften", erklären dagegen die Syndikalisten, „müssen zur Räteorganisation ausgebaut werden [4]). Die gewerkschaftlichen Vertrauensmänner müssen die „Räte" der Arbeiter werden, sie müssen mit den Arbeitern der Betriebe beraten, was in der jeweiligen Situation zu tun ist. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Betriebe und der Gewerkschaftskartelle beschließen die Aktionen nach Beratung mit ihren Vertrauensmännern, mit ihren „Räten". So einfach ist der organisatorische Rahmen, wenn die Arbeiter syndikalistisch, natürlich, also gesund organisiert

[1]) Nationalversammlung und Syndikalismus, aus: Der Syndikalist. Nr. 6. 1919.
[2]) Ebenda.
[3]) Ebenda.
[4]) Die kommunistische Partei und die Syndikalisten, aus: Der Syndikalist. Nr. 30. 1919.

sind. Diese gesunde Organisation aber wird verhindert von den Parteien und von den Zentralverbänden [1])." Ausdrücklich wendet sich diese Auffassung gegen die Räteverfassung der U. S. P. nach bolschewistischem Muster. „Die Generalversammlung der Räte-vereinigung nimmt zu allen wirtschaftlichen und politischen Fragen Stellung. Sie entscheidet über die Notwendigkeit politischer Aktionen und führt diese Aktionen gemeinsam mit den anderen auf dem Boden des revolutionären Sozialismus stehenden Organisationen der Arbeiterschaft durch. Die Generalversammlung stellt außerdem einheitliche Richtlinien für die Tätigkeit der Betriebsräte auf, wie sie auch das Verhältnis der Hauptgruppen zueinander regelt [2])." Diese Generalversammlungspolitik wird als Politik und Utopie zugleich erklärt. Es soll also ein Rätesystem, nicht nur von unten nach oben erbaut, sondern auch mit möglichster Unabhängigkeit der Gruppen errichtet werden. Ein Gruppensystem, aber kein zentralistisch organisiertes Rätesystem. Wie genau ist das Wahlreglement im russischen Rätesystem geregelt. Das alles ist nicht Syndikalismus: „Hiernach wird es klar", so heißt es in einer syndikalistischen Broschüre, „wie sehr sich das von uns angestrebte Rätesystem unterscheidet von allen anderen. Wir verstehen darunter nichts besonderes, neues, sondern schlechthin die Ordnung aller gesellschaftlichen Verhältnisse durch die Arbeiter selbst. Die Räte sollen durch kein Wahlreglement bestimmt, keinen gesetzlichen Schranken unterworfen und von keiner Regierung abhängig sein. Sie sind die produzierenden, verwaltenden, vertreibenden, regelnden und ausführenden Organe des Arbeitervolkes. Sie regeln alle Angelegenheiten im Wege der gegenseitigen Vereinbarung, ohne parlamentarischen Zwang, ihre Grundlage bilden und bleiben stets die Arbeiter in den Betrieben, d. h. die Gewerkschaften. Selbstverständlich können die einzelnen Kommissionen und Interessengruppen auf dem Wege der freien Vereinbarung in Meinungsaustausch mit den Kommissionen oder Gruppen anderer Bezirke, die gleiche oder ähnliche Aufgaben oder Ziele haben, treten, wie z. B. die Schulkommissionen; diese Zusammenkünfte hätten aber nur einen klärenden und wegweisenden Charakter; jeder Gruppe bleibt die Freiheit der Entwicklung vorbehalten [3])."

Wie in Bezug auf das Rätesystem unterscheiden sich die Syndikalisten auch in Hinsicht auf die D. P. von den Bolschewisten. Auch

[1]) Das Rätesystem, aus: Der Syndikalist. Nr. 3. 1920.

[2]) Ebenda.

[3]) Der kommunistische Aufbau des Syndikalismus im Gegensatz zum Partei-Kommunismus und Staatssozialismus. S. 10.

hier tritt der antistaatliche, dezentralistische Charakter des Syndikalismus hervor. Eine D. P. wie in Rußland, wo die Diktatur von einer Klasse ausgeübt wird, die die ganze Macht des Landes an sich reißen will und eine einheitlich organisierte Gewalt darstellt, ist dem Syndikalismus fremd. Sie sind gegen jede politische Diktatur und überhaupt gegen Anwendung terroristischer Maßnahmen, sie kennen nur den Streik als Kampfmittel: „Das, was man heute unter der Diktatur des Proletariats versteht, und was auch die Bolschewiki, Kommunisten und Spartakisten damit meinen, das ist die Eroberung des Staates und die Einführung des „Sozialismus" durch die politische Staatsmacht. Dies ist der Weg der autoritären Sozialisten oder deutlicher ausgedrückt, der Sozialdemokraten, ist aber nicht der Weg der antiautoritären, der freiheitlich syndikalistischen Sozialisten [1])." Indem die einzelnen Gruppen durch ökonomische Mittel allmählich die Macht an sich reißen, wollen sie die Diktatur ausüben. Dann ist dies eine dezentralistische Diktatur ökonomischer Art, wenn man es absolut Diktatur nennen will. Sie wollen mehr durch Aufklärung wirken, durch Erziehung in friedlichem Geiste, um allmählich die Arbeiter in den einzelnen Gruppen für die ökonomische Herrschaft reif zu machen: „Wir wollen jedenfalls nicht jetzt eine Revolution heraufbeschwören, solange die Arbeiter nicht imstande sind, den freiheitlichen Sozialismus zu verwirklichen [2])." „Wenn das Proletariat den hier gezeichneten Weg beschreitet, nicht durch Waffenmacht einen neuen Staat aufzurichten, sondern durch eine in bezug auf Negation dezentralistisch, inbezug auf Aktion konzentrisch durchgeführte Taktik der Kapitalistenklasse seinen Willen diktiert, dann können wir ohne die Diktatur, wie die Kommunisten sie wollen, zum Sozialismus einen Weg bahnen [3])." Auf dem Syndikalistenkongreß, Dezember 1919, bemerkt Rocker über die D. P. folgendes: „Wenn unter D. P. nichts anderes verstanden wird als Ergreifung der Staatsmaschine durch eine Partei, wenn man darunter nur die Etablierung eines neuen Staates versteht, dann sind die Syndikalisten geschworene Gegner einer solchen Diktatur. Wenn aber darunter verstanden werden soll, daß das Proletariat den besitzenden Klassen diktieren will, ihre Privilegien aufzugeben, also nicht mehr eine Diktatur von oben nach unten, sondern Auswirken der Revolution von unten nach oben, dann sind die Syndikalisten Anhänger und Vertreter der

---

[1]) Revolution — Diktatur — Sozialismus, aus: Der Syndikalist. Nr. 10. 1920.
[2]) Daselbst.
[3]) Daselbst.

D. P., denn die Syndikalisten sind Gegner jeder Staatsgewalt, jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Durch Erfassung der wirtschaftlichen fällt die politische Macht. Der Staat in jeder Form ist ein Unterdrückungsinstrument und kann nie eine Institution für die Befreiung der Massen werden; die revolutionäre Aktion der Masse ist das einzige Mittel für ihre eigene Befreiung [1])." Durch lokale Kleinkriege, nicht aber durch die Aufrichtung einer Zwangsdiktatur wollen sie wirken und schon auf einer Versammlung der Syndikalisten im Jahre 1904 wurde eine Resolution angenommen, worin es heißt: „Nicht durch eine Revolution, nicht im Wege des Blutvergießens und roher Gewalt, sondern durch ein ethisches Kampfmittel, durch die Verweigerung der Persönlichkeit, die in weitem Umfang durchgeführt, das Proletariat aus der Produktion ausschaltet und dadurch die ökonomische Herrschaft der Kapitalistenklasse und ihr Instrument, den Staat, beseitigt, wollen wir unser Ziel erreichen [2])."

2. Die Anarchisten.

Vielfach wird behauptet, daß die Bolschewisten mit ihrer D. P. sich dem anarchistischen Programm angeschlossen hätten. Oft wird direkt Anarchismus mit Bolschewismus gleichgesetzt. Diese Auffassung ist irrig. Zwar sind auch die Anarchisten Gegner des Staats (im herkömmlichen Sinn), Gegner der parlamentarischen Betätigung, zwar treten auch viele unter ihnen für Anwendung der Gewalt gegenüber der Bourgeoisie ein. Aber sie vertreten doch zugleich grundverschiedene Auffassungen gegenüber dem Bolschewismus. Es ist daher durchaus verständlich, daß die russische Räteregierung im April 1918 die Anarchisten entwaffnet hat.

a) Die Anarchisten bekämpfen den „Staat" prinzipiell und grundsätzlich. Sie erstreben eine staatslose Gesellschaft. Sie lehnen jede Bevormundung des freien Einzelnen durch eine Zentralgewalt, durch Gesetz oder Obrigkeit ab. Sie erstreben freie Vereinigungen freier Menschen: „Die Grundform der sozialistischen Kultur ist der Bund der selbständig wirtschaftenden und untereinander tauschenden Gemeinden..... Der selbständige Einzelne, dem keiner in das hineinspricht, was seine Sache allein ist; die Hausgemeinschaft der Familie, der Haus und Hof ihre Welt sind: die Ortsgemeinde, die autonom ist; das Amt oder der Gemeindeverband und so immer mehr ins

[1]) Syndikalistenkongreß, aus: Der Syndikalist. Nr. 2. 1920.
[2]) Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften. 1912. S. 18.

Breite mit einer immer kleineren Zahl Aufgaben die umfassenderen Verbände, so sieht eine Gesellsdhaft aus, das allein ist der Sozialismus, für den zu wirken sich lohnt, der uns aus unserer Not erretten kann [1])." Die Bolschewisten sind auch Gegner des Staats, aber nur des kapitalistischen Staats, des Staats der Bourgeoisie, keineswegs der Staatsgewalt und einer staatlichen Ordnung überhaupt. Im Gegenteil, wir sahen oben, wie die Sowjetregierung eine Staatsgewalt mit so straffer und strenger Regelung eingeführt hat, wie sie kaum in einem kapitalistischen Staatswesen zu finden ist. Der Bolschewist Radek sagt in einer gegen die Anarchisten verfaßten Broschüre: „Das Proletariat zerstört den Staat als Apparat der Ausbeutung und der Vergewaltigung der Volksmassen, aber es behält den Staatsapparat bei, um die Kapitalistenklasse endgültig zu enteignen und niederzuhalten [2])." „Die Räterevolution", heißt es an anderer Stelle, „wäre durch die Kräfte der Reaktion bereits längst unterdrückt, hätte sie nicht ein zentrales Kampforgan, d. h. eine Regierung, d. h. die Staatsgewalt geschaffen, die alle Kräfte der lokalen Sowjets zusammenfaßt und leitet [3])." Zur Vernichtung der Bourgeoisie hält also der Bolschewismus einen eigenen Arbeiterstaat, eine eigene Arbeitergewalt für nötig, während die Anarchisten jede Klassenherrschaft ablehnen. Ebenso spricht ein anderer Führer des Bolschewismus, Bucharin, „von der unwissenschaftlichen, ja geradezu kindlichen Vorstellung vom Staat [4])", die die Anarchisten hätten. Auch er betont, daß das Proletariat für seinen Kampf eine Organisation braucht und eine solche Macht sei die Staatsgewalt.

b) Die Bolschewisten wollen die sozialistische Gesellschaft in Form von zentralisierten Großbetrieben, und gerade die D. P. soll ein Mittel sein, diese Vollsozialisierung durchzuführen. Im Gegensatz dazu erstreben die Anarchisten kleine lokale Wirtschaftsgruppen, sie treten für dezentralisierte Kleinproduktion ein, sie wollen den einzelnen Wirtschaftsverbänden und Wirtschaftsgruppen möglichste Selbständigkeit und Unabhängigkeit gewähren und die Kleinbetriebe aufrecht erhalten. Bucharin hat treffend einmal den Gegensatz dahin charakterisiert: „Wir sind für die zentralisierte Produktion der Großbetriebe, welche die Produktivkräfte bis zum Maximum entwickelt, die Anarchisten aber für eine dezentralisierte Kleinproduktion, die das Niveau dieser Produktivkräfte nicht er-

[1]) Landauer, Aufruf zum Sozialismus. S. 130—131.
[2]) Radek, Anarchismus und Räteregierung. S. 5.
[3]) Radek, Anarchismus und Räteregierung. S. 11.
[4]) Bucharin, Anarchismus und wissenschaftlicher Kommunismus. S. 8.

höht, sondern vermindert [1]). Hieraus ergibt sich auch die verschiedene Stellung beider Richtungen zur D. P. Im Grunde wollen die Anarchisten überhaupt keine D. P., weil sie gegen jede Form der Herrschaftsgewalt sind. Sie treten für Gewaltaktion Einzelner oder für Gruppenaktion ein, nicht aber für planmäßig organisierte Massenorganisation. Hier also, wie auf wirtschaftlichem Gebiet, Dezentralisation nicht Zentralisation. Das zersplitterte von einzelnen kleinen Gruppen ausgehende terroristische Vorgehen der Anarchisten hat nichts mit der D. P. im bolschewistischen Sinne zu tun, daher betont auch Bucharin: „Die zweite wesentliche Frage, welche die Kommunisten von den Anarchisten trennt, ist die Frage der Stellung zur proletarischen Diktatur..... Durch ihren Verzicht auf die D. P. begeben sie sich der stärksten Waffe im Kampfe; durch ihren Kampf gegen diese Diktatur desorganisieren sie die Kräfte des Proletariats, schlagen sie dem Proletariat das Gewehr aus der Hand, helfen objektiv der Bourgeoisie und den sozialverräterischen Agenten dieser Bourgeoisie [2])." Auch Lenin hebt hervor, daß die Anarchisten sogar die Ausnutzung der Staatsgewalt durch das revolutionäre Proletariat durch dessen revolutionäre Diktatur ablehnen [3]). An anderer Stelle sagt er: „Alle Gewohnheiten und Traditionen der Bourgeoisie und besonders der Kleinbourgeoisie gehen ebenfalls gegen die Staatskontrolle, für die Unantastbarkeit des „heiligen Privateigentums", des „heiligen" Privatunternehmens. Wir sehen jetzt besonders deutlich, bis zu welchem Grade der marxistische Satz richtig ist, daß der Anarchismus und der Anarcho-Syndikalismus bürgerliche Strömungen sind, in welch unversöhnlichem Gegensatze sie zum Sozialismus, zur proletarischen Diktatur, zum Kommunismus stehen [4])."

V. Die D. P. und die Gründung der 3. Internationale.

Wie die Frage der D. P. zu einer Spaltung innerhalb der deutschen Sozialdemokratie geführt hat, so hat dasselbe Problem auch eine Sprengung der 2. alten Internationale und die Gründung einer neuen, der 3. Internationale herbeigeführt. Die 1. Internationale wurde 1864 in London gegründet. Man hoffte, in ihr für die Arbeiterbewegungen der verschiedenen Länder ein gemeinsames Organ ge-

[1]) Bucharin, Anarchismus und wissenschaftlicher Kommunismus. S. 9.
[2]) Daselbst. S. 9 u. 11.
[3]) Lenin, Staat und Revolution. S. 107.
[4]) Lenin, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht. S. 23.

schaffen zu haben. Sie bestand bis 1872 und löste sich wegen der unversöhnlichen Gegensätze der anarchistischen und blanquistischen Richtung einerseits, der marxistischen andererseits, auf. Es folgte die Periode der 2. Internationale. Von da ab fanden nur noch internationale Sozialistenkongresse statt, die nicht wie die alte Internationale ein zentrales Organ für die Arbeiterbewegung darstellen sollten, sondern Zusammenkünfte der Vertreter der sozialistischen Parteien aller Länder zur Beratung und Beschlußfassung über wichtige Fragen der Arbeiterbewegung. Nach einigen kleinen Kongressen von geringer Bedeutung fand der erste größere internationale Sozialistenkongreß im Jahre 1889 in Paris statt. Die Gegensätze zwischen den sozialistischen Richtungen der einzelnen Länder traten auf den Kongressen dieser 2. Internationale immer deutlicher zutage, und nur die farblose Formulierung ihrer Resolutionen konnte wenigstens äußerlich die Einigkeit aufrecht erhalten. Der Weltkrieg hat auch diesen äußerlichen Zusammenhang zerstört und zu einer völligen Umgestaltung der Internationale geführt. Bereits auf dem internationalen sozialistischen Kongreß zu Stuttgart (1907) war von den Vertretern des revolutionären Flügels Lenin und Rosa Luxemburg, ein Antrag gestellt worden, der lautete: „Falls ein Krieg dennoch ausbrechen sollte, sind die Sozialisten verpflichtet, zwecks seiner schnellsten Beendigung einzugreifen und mit allen Mitteln die durch den Krieg hervorgerufene wirtschaftliche und politische Krisis zur Aufrüttelung des Volkes zu benutzen und damit den Fall der kapitalistischen Herrschaft zu beschleunigen [1])." Die schroffen Parteigegensätze, die sich während des Krieges in Deutschland und anderen Ländern herausbildeten, führten zu einer Scheidung verschiedener Gruppen und zwar sind es vor allem drei Gruppen, die in den meisten Ländern ihre Vertreter gefunden haben. 1. Die sogenannten Sozial-Chauvinisten; so werden diejenigen Sozialisten genannt, die wie die Mehrheitssozialisten in Deutschland, für die Kriegskredite stimmten und nach dem Frieden für ein Zusammengehen mit der bürgerlichen Demokratie eintraten. 2. Die sogenannte Zentrumsrichtung, zu der in Deutschland Kautsky und seine Anhänger und die Unabhängigen zu rechnen sind; sie werden auch Sozial-Pazifisten genannt, weil sie für die schnellste Beendigung des Krieges eintraten und daher auch die Kriegskredite verweigerten. 3. Die sogenannten Kommunisten. Sie vertreten die Forderungen der D. P. und des Rätesystems. Die Hauptvertreter sind die

[1]) Die kommunistische Internationale. S. 47.

Bolschewiki in Rußland und die Spartakusgruppe in Deutschland. Die Anhänger dieser Richtung haben sich als 3. Internationale konstruiert und vom 2.—6. März 1919 ihren ersten Kongreß in Moskau abgehalten. Zu diesem Kongreß waren nur diejenigen sozialistischen Parteien eingeladen, die auf dem Boden dieser Richtung stehen. In dem Manifest, welches diese 3. Internationale an „das Proletariat der ganzen Welt" erließ, wurde verkündet, daß nur durch die Mittel der proletarischen Diktatur die Epoche der gegenwärtigen Krise abzukürzen sei [1]). Ausdrücklich wendet sich die 3. Internationale gegen die Demokratie: „Zur Herrschaft gelangt, stellt das Proletariat nur die volle Unmöglichkeit fest, die Methoden der bürgerlichen Demokratie anzuwenden, und schafft Bedingungen und Formen einer neuen höheren Arbeiterdemokratie [2])." Charakteristisch für die 3. Internationale ist ferner, daß sie als revolutionäre Partei im Sinne der älteren gewaltrevolutionären Auffassung sich als „direkte Fortsetzer der revolutionären Generationen von Babeuf bis Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg bezeichnen [3])."

Die 3. Internationale soll die Internationale der offenen Massenaktion der revolutionären Verwirklichung, die Internationale der Tat sein: „Unter dem Banner der Arbeiterräte, des revolutionären Kampfes für die Macht und die Diktatur des Proletariats, unter dem Banner der 3. Internationale, Proletarier aller Länder vereinigt Euch [4])! Die 3. Internationale will einen offenen Bruch mit allen früher der Internationale angehörenden Elementen herbeiführen, die nicht auf dem Boden der D. P. und des Rätesystems stehen, also z. B. mit den deutschen Parteien der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen. Andererseits wollen sie sich mit Elementen zusammenschließen, die früher nicht zu den sozialistischen Parteien gehörten, wie z. B. mit den entsprechenden Elementen der Syndikalisten. Die auf dem Kongreß in Moskau angenommenen Richtlinien schließen mit den Worten: „Es lebe die internationale Republik der proletarischen Räte [5])!" Lenin sagt in einer Abhandlung: „Die Dritte Internationale, ihr Platz in der Geschichte": „Die weltgeschichtliche Bedeutung der Dritten Kommunistischen Internationale besteht darin, daß sie begann, die große Losung Marx' im Leben zu verwirklichen, die Losung, die der jahrhundertelangen Entwicklung des Sozialismus und der Arbeiter-

[1]) Die kommunistische Internationale. S. 9.
[2]) Daselbst. S. 12.
[3]) Daselbst. S. 16.
[4]) Daselbst. S. 16.
[5]) Daselbst. S. 25.

bewegung die Bilanz zieht, die Losung, die im Begriffe: Diktatur des Proletariats, ihren Ausdruck findet[1])." In dem Einladungsschreiben, welches von den kommunistischen Parteien mehrerer Länder an den Spartakusbund zur Teilnahme am Moskauer Kongreß erging, wird ausdrücklich betont, daß die neue Internationale auf der Basis der Programme des Spartakusbundes in Deutschland und der Kommunistischen Partei (Bolschewiki in Rußland) ausgearbeitet worden ist. „Dieser neue Machtapparat", heißt es weiter in dem Einladungsschreiben, „muß die Diktatur der Arbeiterklasse und an einigen Orten auch der Kleinbauern und der Landarbeiter verkörpern. . . . Die D. P. muß der Hebel der sofortigen Expropriation des Kapitals und der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln sein, mit dessen Verwandlung in Volkseigentum[2])." Die 3. Internationale will im Gegensatz zu der früheren Ernst machen mit der Weltrevolution: „Die Grundmethoden des Kampfes sind die Massenaktionen des Proletariats bis zum offenen Kampf mit bewaffneter Hand gegen die Staatsmacht des Kapitals[3])." Die alte 2. Internationale, deren Vertreter im Februar 1919 zum ersten Mal seit dem Krieg wieder zusammenkamen, verurteilten in ihrer Mehrheit den Bolschewismus. Dafür werden sie von der 3. Internationale als „gelbe" Internationale bezeichnet.

VI. Kritische Schlußbetrachtung über die praktische Durchführung der D. P. und des Rätesystems.

Unsere bisherigen Betrachtungen haben gezeigt, daß die Forderungen der D. P. und des Rätesystems mit dem eigentlichen Marxismus nichts zu tun haben. Wenn Lenin, Trotzki, Bucharin und die anderen Hauptführer des Bolschewismus noch so oft betonen, daß sie nur die Vollstrecker marxistischer Forderungen seien, so ist das doch ein Irrtum. Sie haben sich gewisse äußere Schlagworte und Forderungen aus den marxistischen Schriften zu eigen gemacht, sie aber in einer Weise ausgelegt, die mit der wahren Bedeutung der marxistischen Auffassung in keiner Weise übereinstimmt.

Vor allen Dingen ist es die völlige Ablehnung des Entwicklungsgedankens, der das Fundament der marxistischen Lehre bildet, worin das Gegensätzliche entscheidend hervortritt. Indem sie

[1]) Die kommunistische Internationale. Moskau 1919. S. IV.
[2]) Daselbst. S. 4.
[3]) Daselbst. S. 5.

durch die D. P. und das Rätesystem mit einem Schlage eine völlige Neuordnung des politischen und ökonomischen Lebens erreichen wollen, mißachten sie die Warnung und Mahnung, die Marx immer wieder ausspricht, daß erst bei einer hohen geistigen, wirtschaftlichen und politischen Reife des Proletariats von einer Erringung der Herrschaft der Arbeiterklasse die Rede sein kann. Ist diese Herrschaft erreicht, so würde, wenn überhaupt von D. P. die Rede sein soll, es sich nur um einen kurz dauernden Ausnahmezustand handeln, und auch dann soll alles sich in den Formen der Demokratie bewegen. So bedeutet die bolschewistische Taktik und Politik einen Rückschritt zu den von Marx schon im kommunistischen Manifest abgelehnten Methoden der blanquistischen Taktik und dem Irrwahne, durch revolutionäre Gewalttaten plötzlich eine neue soziale Gesellschaft hervorzaubern zu können. Sie gehen zurück auf Babeuf und Blanqui und weisen in ihrer spezifisch russischen Färbung auf Bakunin und Herzen hin. Schon bei Herzen z. B. finden sich gewisse Ideen über die Möglichkeit einer Ergänzung eines großen Teils der Tätigkeit der Staatsbeamten durch die freie Arbeit der Volksgenossen: „Die Regierung", sagte Herzen, „soll in der Kommunalverwaltung liegen, verbunden mit einer Kanzlei für alle gemeinsamen Angelegenheiten, mit einer Registratur zur Niederlegung des Volkswillens. . . . Je freier die Personen und mit den Personen die Kommunen sind, desto weniger hat der Staat zu tun; drei Viertel der Arbeit, die gegenwärtig die Regierung belastet, wird von selbst geschehen ohne jedes Wissen und ohne Beteiligung der Zentralgewalt." Bei der Beurteilung des Bolschewismus darf niemals der russische Nährboden übersehen werden, auf dem diese Bewegung entstanden ist. Ich habe schon auf die russische Revolution von 1905 hingewiesen, und es soll hier nochmals betont werden, wie die neuere Bewegung in vielem an die revolutionäre Bewegung von 1905 anknüpft. Wenn es sich auch damals um eine politische Revolution handelte, um die Erringung der Demokratie, um die Niederwerfung der Autokratie, so sind doch in den sozialistischen Strömungen jener ersten revolutionären Periode gewisse Ansätze zu der neueren bolschewistischen Strömung zu entdecken. Die Trennung von der von Plechanow geführten Gruppe der Sozialdemokratie war nicht allein in taktischen Gegensätzen, auf die ich oben hingewiesen habe, begründet, sondern auch in prinzipiellen Gegensätzen zu gewissen marxistischen Anschauungen, die Plechanow vertrat. So setzte z. B. Lenin der Gewerksvereinsbildung die Forderung des Achtstundentages entgegen, er predigte den Aufstand und

die Beteiligung an einer eventuellen revolutionären Regierung, lehnte alle legalen Agitationsformen ab und verlangte im Gegensatz zu den Anhängern der streng marxistischen Gruppe für die Bauern die sofortige Konfiskation alles nicht-bäuerlichen Landes. Dieses stand im strikten Gegensatz zum offiziellen Programm der Sozialdemokratie, welches für die Bauern die Zuweisung des bei der Befreiung eingenommenen Landes (ca. $^1/_3$) forderte, die sozialrevolutionäre Forderung der Enteignung allen Landes aber stets als Utopie verhöhnte [1]). Schon in einer 1901 erschienenen Schrift von Lenin: „Was tun?", heißt es von den Marxisten (Struve usw.): „Jenes Bernsteinianertum und jene kritische Richtung, denen sich die Mehrheit der legalen Marxisten zuwandte, prostituierten das sozialistische Bewußtsein, indem sie den Marxismus aufs tiefste herabzogen, die Theorie der Abstumpfung der sozialen Gegensätze propagierten, die Idee der sozialen Revolution und der Diktatur des Proletariats für Unsinn erklärten, die Arbeiterbewegung und den Klassenkampf bis auf den Tradeunionismus und den „realistischen" Kampf auf kleine stufenmäßige Reformen reduzierten." Besonders verhaßt sind dem Verfasser alle, die auf Erfolge in der Gegenwart Wert legen. . . . . Nachdem alle Andersgesinnten abgetan sind, entwickelt der Verfasser einen Plan der Organisation der russischen Sozialdemokratie. Als sozialdemokratisches „Ideal" schwebt ihm eine so starke Organisation vor, daß sie, „um dem Absolutismus den entscheidenden Schlag zu versetzen, zum Aufstand und zu jedem anderen Angriffsmittel greifen kann". „Es wird eine mächtige und streng geheime, notwendigerweise zentralistische Organisation sein, die alle Fäden der konspirativen Tätigkeit in ihren Händen vereinigen wird [2])." Max Weber hat mit Recht darauf hingewiesen, daß eine Hauptursache des Gegensatzes zwischen der marxistischen Sozialdemokratie und der Leninschen (bolschewistischen Gruppe) der Putschismus der letzteren sei: „Augenblicklich hat sie (die Spaltung der Plechanowschen und Leninschen Gruppe) eine sehr natürliche Quelle in dem Gegensatz, in welchen die bisher wesentlich im Ausland lebenden und von den Traditionen der westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien beeinflußten Führer der Orthodoxie gegen den „Putschismus" gerieten, welcher die in Rußland selbst, jetzt, nach Eintritt der Preßfreiheit, massenhaft entstehenden Organisationen ergriffen hat. Auch Bebels Vermittlung

[1]) Max Weber, Zur Lage der bürgerlichen Demokratie in Rußland. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. 1906. Bd. 4. S. 281.

[2]) Lenin, Was tun? Die Schmerzensfragen unserer Bewegung. Bibliographie des Sozialismus. Dokumente des Sozialismus. 1901—1902. Bd. 1.

schlug deshalb fehl: Lenin lehnte die Annahme von Ratschlägen nicht-sachverständiger Ausländer ab. Diese Putsch-Stimmung selbst ist unzweifelhaft nicht nur Ergebnis der aus der Situation des Augenblicks geborenen, stürmischen Hoffnung, daß jetzt der große Tag gekommen sei, jedenfalls die Selbstherrschaft endgültig politisch umzustürzen und die sofortige Verwirklichung wenigstens des „Minimalprogramms" des Sozialismus zu erzwingen. Der Revolutionarismus und die Gegnerschaft gegen die „Entwicklungsgesetze" liegt vielmehr dem spezifisch russischen Sozialismus seit seinen Vätern, Herzen und Lawrow, als Nachwirkung bestimmter Hegelscher Gedanken tief im Blut[1])."

Die Leninsche Richtung verwarf auch den Gedanken der Entwicklungslehre im marxistischen Sinne prinzipiell in einer eigenen Resolution, welche besagt, daß die Ansicht: „Die Organisation sei ein Prozeß" im Proletariat „die Elemente des revolutionären Bewußtseins zu schwächen geeignet sei".

Die terroristische Taktik trat auch in den Aufrufen und Manifesten vieler sozialistischer Parteien im Jahr 1905 hervor; so z. B. heißt es in einem offenen Brief Gapons an die russischen Sozialisten: „Im Bewußtsein der Wichtigkeit des jetzigen historischen Augenblicks, angesichts der jetzigen Lage, rufe ich, als ein Mann der Tat und vor allen Dingen als Revolutionär, das Proletariat und alle sozialistischen Parteien Rußlands auf, unverzüglich sich untereinander zu einigen und den bewaffneten Aufstand gegen den Zarismus anzufangen. Alle Kräfte jeder Partei müssen mobilisiert werden. Der technische Kampfplan muß für alle derselbe sein: Bomben, Dynamit, der individuelle und der Massenterror — alles das kann die Volkserhebung fördern[2])." Auch die dem Bolschewismus eigentümliche scharfe Opposition gegen die Beamtenbureaukratie spielte damals schon eine Hauptrolle. In der Petition Petersburger Arbeiter an den Zaren (22. Januar 1905) wird gesagt: „Durch Deine Beamten sind wir Sklaven geworden. . . . Das Beamtentum besteht aus Räubern und Dieben an Staatsgeldern. Das Beamtentum hat das Land in gänzliche Zerrüttung gebracht, ihm einen schimpflichen Krieg aufgebürdet, und führt Rußland immer mehr an den Rand des Untergangs. Das Volk ist jeglicher Möglichkeit beraubt, seine Wünsche und Forderungen auszudrücken und an der Festsetzung der Be-

[1]) Max Weber, Zur Lage der bürgerlichen Demokratie in Rußland. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. 1906. Bd. 4. S. 282.

[2]) Offener Brief Gapons an die russischen Sozialisten. Dokumente des Sozialismus. 1905. Bd. 5. S. 141.

steuerung und der Staatsausgaben teilzunehmen [1])." Auch viele der politischen Grundgedanken des Bolschewismus wurden damals schon vertreten. Ich wies oben auf den Arbeiterdeputiertenrat als Vorläufer des Rätesystems hin. Dieser Arbeiterdeputiertenrat in Petersburg entstand, als nach den Metzeleien des 9. (22.) Januars 1905 die Regierung durch den Senator Schidlowski Fühlung mit den Arbeitern suchte und zu diesem Zweck zur Wahl der Deputierten aufforderte. Die Arbeiter lehnten, da ihre Bedingungen nicht akzeptiert wurden, die Verhandlungen ab, behielten aber die Vertretung zunächst zu lokalen Zwecken bei. Der Arbeiterdeputiertenrat bestand nach den Ende November 1905 angenommenen Bestimmungen aus Deputierten von jeder Fabrik mit mindestens 400 Arbeitern. Auch der Gedanke der Vereinigung der gesetzgebenden und ausführenden Gewalt wurde schon vertreten. Der „Verband der Verbände", dessen Kern die freie Vereinigung liberaler Berufe bildete, und der im Lauf der ersten Monate des Jahres 1905 zum Zweck der Verfolgung in erster Linie politisch-demokratischer Ziele gegründet wurde, publizierte das Projekt einer konstituierenden Versammlung, welche in 968 Wahlkreisen des Reichs von allen über 21jährigen Bürgern beiderlei Geschlechts gewählt, die gesamte gesetzgebende, ausführende und richterliche Gewalt in sich vereinigen sollte: Die Diktatur der „Masse also und die Schaffung eines monströsen zentralen Revolutionstribunals [2])." Der Boykott der Dumawahlen wurde auf dem Anfang Mai 1905 abgehaltenen Kongreß der sozialdemokratischen Gesamtpartei Rußlands gegen den heftigen Widerstand der Bolschewiki aufgehoben. Auch der für den Bolschewismus charakteristische Zusammenschluß des eigentlichen Proletariats mit den Bauern wurde damals schon angestrebt. In einem vom Komitee der russischen sozialdemokratischen Partei verbreiteten Bauernflugblatt vom März 1905 heißt es: „Wie sollen sich nun die Bauern zu unserem Kampfe verhalten? Was sollen sie tun? Wem helfen: uns oder dem Zaren? Mit wem zusammengehen: mit uns, Arbeitern, die wir um die Freiheit ringen, oder mit dem Zaren, der uns eben wegen dieses Kampfes hinschlachtet? — Darauf kann es nur eine Antwort geben: mit uns Arbeitern, mit ihren Brüdern, Söhnen und Genossen! Ihr Bauern des großen russischen Landes müßt Euch unserer Bewegung anschließen! Ihr Bauern müßt im Kampfe mit dem Zaren und seiner

---

[1]) Dokumente des Sozialismus. 1905. Bd. 5. S. 89.

[2]) Max Weber, Zur Lage der bürgerlichen Demokratie in Rußland. Aus: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. 1906. Bd. 4. S. 291.

Regierung unter die rote Fahne unserer Arbeiterpartei treten! Und vereint, mit gemeinsamen Kräften, werden wir bald die Freiheit erringen [1])"! Tatsächlich hatten sich die Vertretungen des Bauernbundes formell mit den sozialistischen Organisationen des Arbeiterdeputiertenrates und mit dem Verband der Verbände zusammengeschlossen.

Bei einer Kritik der D. P. und des Rätesystems wäre es daher durchaus verfehlt, auf gewisse marxistische Doktrinen und Sätze einzugehen, bei denen man vielleicht einen Anklang an diese Forderungen finden könnte. Richtiger wird man auf die spezifisch russischen Vorgänge der Parteibildung und die dort gemachten praktischen Erfahrungen zurückgreifen müssen.

Selten ist der Nationalökonom in der Lage, über kühne Reformpläne von Sozialisten und Sozialreformern der verschiedenen Schattierungen aus den praktischen Erfahrungen heraus Kritik zu üben; denn in der Regel sind diese Pläne unausgeführt geblieben, sie bleiben meist Gedankengebilde, die niemals Fleisch und Blut gewannen. Die D. P. und das Rätesystem aber sind tatsächlich zur Durchführung gelangt. Wenn wir von dem Versuch der Errichtung der Räterepublik in München absehen, liegen die Erfahrungen der russischen und ungarischen Räterepublik vor. Ich will an dieser Stelle nicht auf den Zusammenbruch des ungarischen Rätesystems eingehen, sondern nur die weit interessanteren und länger dauernden Vorgänge in Rußland, wo seit November 1917 bis heute die Sowjetrepublik Bestand hat, behandeln. Wenn auch, wie oben schon bemerkt, längst nicht alle Dekrete, die von der bolschewistischen Regierung ausgingen, in die Praxis überführt worden sind, wenn auch zahlreiche Verordnungen nur auf dem Papier geblieben sind, so sind doch die wichtigsten und einschneidendsten sozialrevolutionären Maßnahmen, die ich oben dargelegt habe, tatsächlich zur Durchführung gelangt.

Die Kritiker der bolschewistischen Bewegung überhaupt, wie besonders der von den Bolschewisten durchgeführten D. P. und des Rätesystems, machen meist den Fehler, daß sie die ganze Schuld an den schweren Mißständen und Kalamitäten der heutigen russischen Volkswirtschaft den bolschewistischen gesetzgeberischen Maßnahmen zur Last legen. Es ist zu bedenken, daß Rußland durch die Kriegsereignisse aufs schwerste getroffen wurde, daß, wie die meisten kriegführenden Länder, besonders auch Rußland durch den Krieg in eine Trümmerstätte verwandelt wurde. Zum großen Teil ist

[1]) Dokumente des Sozialismus. 1905. Bd. 5. S. 474.

die elende Lage, in der sich heute die russische Industrie und Landwirtschaft befindet, auf den Krieg und die damit zusammenhängenden Ereignisse zurückzuführen. Wenn man dies auch zugibt, muß doch der objektive Beurteiler der dortigen Zustände zum Resultat kommen, daß die ganze bolschewistische Politik in der Hauptsache Fiasko erlitten hat, daß fast alle die großen Hoffnungen und Erwartungen, welche die Bolschewisten an ihre Neuordnung der russischen Politik und Volkswirtschaft geknüpft haben, unerfüllt geblieben sind. Es ist nicht leicht, sich dieses objektive Bild zu verschaffen; denn die Unterdrückung der Preßfreiheit durch die bolschewistische Regierung erschwert die neutrale Berichterstattung sehr. Man ist meist auf die Angaben von Reisenden angewiesen, die aus dem Ausland kommen, kürzere oder längere Zeit sich unter der bolschewistischen Regierung in Rußland aufhalten und darüber Bericht erstatten. Wenn man sich aber auch nur an die von den Bolschewisten selbst abgegebenen Berichte hält, bietet sich genug Material dar zur Beurteilung. Es muß rühmlich hervorgehoben werden, daß sowohl, was die Führer der bolschewistischen Bewegung, Lenin und Trotzki, selbst über die Erfahrungen mit ihrem System berichtet haben, als das, was sich in den amtlichen Organen, Zeitungen, Zeitschriften der bolschewistischen Regierung findet, eine Fülle von Selbstkritik, ja man kann sagen von Selbstanklage enthält. Mit bemerkenswerter Offenheit und Rückhaltlosigkeit wird in allen diesen von bolschewistischer Seite selbst herrührenden Veröffentlichungen zugegeben, wie sehr man durch die Erfahrungen enttäuscht ist, welche der zweijährige Bestand der bolschewistischen Herrschaft ergeben hat. Der schärfste Kritiker wird schwerlich die schroffe Art der Darlegung aller Mängel des bolschewistischen Regimes übertreffen können, in der z. B. Lenin die Mißerfolge der D. P. geschildert hat. Ich werde mich bei meinen kritischen Ausführungen in allem Wesentlichen an die aus den bolschewistischen Quellen stammenden Berichte halten [1]).

[1]) Es kommen hier namentlich folgende Veröffentlichungen in Betracht: 1. Quellen und Studien, Osteuropa-Institut in Breslau, B. G. Teubner 1920. 1. Bd. — Russisches Wirtschaftsleben, 2. Bd. — Die Gesetzgebung der Bolschewiki. Im 1. Band sind besonders vier russische Zeitungen für den Zeitraum von Oktober 1917 bis September 1918 benutzt worden und zwar hauptsächlich die Prawda (Die Wahrheit), das offizielle Organ der Bolschewisten, dann das offizielle Organ der Moskauer Räteregierung: Die Nachrichten der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte von Moskau, ferner noch 2 bürgerliche Zeitungen. Im 2. Band sind die Gesetze und Dekrete der bolschewistischen Regierung im Wortlaut mitgeteilt. Es handelt sich um 665 Gesetzgebungsakte auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Rechts. Weiter

Die von den Bolschewisten durchgeführte revolutionäre Bewegung hat die alte Erfahrung von neuem bestätigt, die bei allen großen sozialen Revolutionen seit der Chartistenrevolution bis zur Gegenwart gemacht worden ist, daß die politischen Ziele der Revolution leichter und nachhaltiger durchgeführt werden können als die wirtschaftlichen. Die äußere politische, rein verfassungsmäßige Neugestaltung ist tatsächlich zustande gekommen und hat sich bis heute erhalten. Die wirtschaftliche Umgestaltung ist gänzlich mißglückt und hat zur völligen Rückbildung zum älteren kapitalistischen Wirtschaftssystem geführt. Die politische Macht des Bolschewismus ist noch nicht zusammengebrochen. Auf dem politischen Gebiet kann also von einem gewissen äußeren Erfolg gesprochen werden. Aber dieser Erfolg ist keineswegs auch ein innerlicher. Denn daß die bolschewistische Gesetzgebung durch das Rätesystem eine vollkommenere, den wahren Volksabsichten angepaßtere geworden sei, wird niemand behaupten wollen. Viele der Gesetze und Verordnungen der Räterepublik mußten nach kurzem wieder aufgehoben werden, andere sind gänzlich unausgeführt geblieben.

Die Beamten sollten an Zahl bedeutend reduziert werden, weil ein großer Teil der Beamtentätigkeit vom Selbstverwaltungskörper der Räte übernommen werden sollte. Aber gerade unter der Sowjetherrschaft hat eine enorme Vermehrung des Beamtenheeres stattgefunden. Und die Beamten selbst? Sie sollten frei sein von der Willkür der Korruption der kapitalistischen Ära. Alle Erfahrungen, die mit dem neuen Beamtentypus gemacht wurden, haben das Gegenteil erwiesen.

---

kommt ein Bericht in Betracht, den Kerenski in der Deutschen Wirtschaftszeitung (Nr. 3 vom 1. Februar 1920) über die Wirtschaft der Bolschewisten erstattet hat. Zwar ist Kerenski, der bekannte Ministerpräsident der provisorischen Regierung nach der März-Revolution von 1917, ein Gegner der Bolschewisten. Er hat aber das Bild von der wirtschaftlichen Lage Rußlands auf Grund authentischen, von der bolschewistischen Regierung selbst veröffentlichten Materials wiedergegeben. Dieses Material ist in der Zeitschrift „Ekonomitscheskaja Schisn (Wirtschaftliches Leben) in den Nummern 205—230 vom 16. September bis 15. Oktober 1919 gesammelt. Dieser Artikel ist unter dem Titel: Die Wirtschaft der Bolschewisten (Nr. 3 u. 5 der Deutschen Wirtschaftszeitung) abgedruckt. Ferner finden sich Auszüge aus diesem Artikel nebst Ergänzungen in der Zeitschrift: Deutscher Wirtschaftsdienst in den Berichten, erstattet von Dr. Hans von Eckardt in Nr. 4, 6, 10, 12/13. Die erwähnten Berichte aus der Ekonomitschaskaja Schisn wurden auch von Treuenfels herangezogen in der Schrift: „Die Reste der russischen Volkswirtschaft." In dieser Schrift sind die Berichte verwertet, die im Londoner Economist „von einem Kenner der russischen Verhältnisse über die Lage der russischen Industrie veröffentlicht worden waren."

Die neuen, von den Räten gewählten Beamten haben sich oft als gänzlich unfähig für ihre Posten gezeigt. Das hat namentlich im Eisenbahnwesen zu den schwersten Mißständen geführt: Die „alten" Beamten mußten in großem Umfang wieder zu ihren Funktionen herangezogen werden und allgemein wird auch bei dem neuen Regime über Korruption und Bestechlichkeit des Beamtentums geklagt. So sagt Lenin: „Im Eisenbahnwesen, das vielleicht am anschaulichsten die wirtschaftlichen Zusammenhänge des durch den Großkapitalismus geschaffenen Organismus verkörpert, zeigt sich dieser Kampf des kleinbürgerlichen Elements der Liederlichkeit gegen die proletarische Organisiertheit besonders hervorstechend. Die „Verwaltungs"elemente stellen Saboteure, bestechliche Beamte in großem Überfluß, das proletarische Element kämpft in seinem besten Teile für die Disziplin, aber unter dem einen wie dem anderen Elemente gibt es unendlich viele Schwankende, „Schwache", die nicht fähig sind, der „Verführung" von Spekulation, Bestechung, des persönlichen Vorteils zu widerstehen, die um den Preis der Schädigung des ganzen Apparates, von dessen richtiger Arbeit der Sieg über Hunger und Arbeitslosigkeit abhängt, erkauft wird [1])." Trotzki berichtet über die Resolutionen einiger Parteiorganisationen, worin über die Mängel des Beamtentums geklagt wird: „Wieviel Willkür jeglicher Art (stellt diese Resolution fest) seitens einiger Sowjetvertreter zu beobachten sei, wieviel Unordentlichkeit, sogar Ehrlosigkeit und Diebstahl — ja auch Diebstahl! seitens der Vertreter der Sowjetmacht, der Gewählten der Arbeiterorganisationen zu beobachten sei. Ja, viel von dem, sehr viel von dem gibt es jetzt! Und hier liegt wiederum die Aufgabe der Partei, sich mit aller Erbarmungslosigkeit zu solcher Art Erscheinungen in unserer eigenen Mitte zu verhalten, denn sie richten das Land, sie richten unsere Partei zugrunde. Man muß nicht bloß diejenigen verfolgen, die direkt oder indirekt der Entwendung von Volksgeldern schuldig sind, sondern auch diejenigen, die gegenüber jeglicher Art Erscheinungen von Zuchtlosigkeit und Laster nachsichtig sein werden. Wir müssen, Genossen, eine Auslese mit eiserner Erbarmungslosigkeit durchführen, weil es hier viele gefährliche und beunruhigende Symptome gibt [2])."

Das Rätesystem sollte bewirken, daß die Vertreter in den einzelnen Körperschaften die wirkliche Volksstimmung zum Ausdruck bringen. Tatsächlich wird oft nur durch terroristische Mittel erreicht,

[1]) Lenin, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht. S. 41.
[2]) Trotzi, Arbeit, Disziplin und Ordnung. S. 20.

daß Anhänger des Bolschewismus zu Vertretern erwählt worden sind. Mitglieder anderer Parteien oder Richtungen werden systematisch fern gehalten. Da die Stadträte, Dorfräte usw., aus deren Vertretern der Rätekongreß zusammengesetzt ist, die Macht im Lande haben, hindert die bolschewistische Regierung das Eindringen antibolschewistischer Elemente in die Räte durch Verhaftung der „konterrevolutionären" Menschewisten usw. Wo das nicht hilft, und die Räte sich oppositionell verhalten, werden sie abgelöst und durch militärrevolutionäre Komitees ersetzt. Die letzteren bestehen meist aus ganz ortsfremden Leuten, die als Söldner und Beamten der Regierung aus einer anderen Stadt geschickt wurden [1]). Welche Wahlmanöver unter dem Rätesystem vorkommen, zeigt ein Dekret, welches von der „Neuen Zeit" veröffentlicht wurde, nämlich ein Schreiben eines Arbeiterrates an einen Dorfrat, worin eilig Neuwahlen des Vollzugsausschusses des Dorfrats angeordnet werden. Dann heißt es wörtlich in dem Schreiben: „Es müssen gewählt werden: Vorsitzender R. Riabof, Mitglied W. Solowief und Sekretär Kreinof. Diese Leute, da sie ihrem Beruf nach geeignet sind, müssen unbedingt gewählt werden. Sollte dieser Befehl nicht erfüllt werden, werden die Schuldigen strengstens bestraft werden [2])." Die Räteverfassung sollte die politische Form des Proletariats sein. Tatsächlich hat sie sich zu einer Diktatur Lenins entwickelt. Vielfach fügen sich die Beamten und Abgeordneten den neuen Verfassungsbestimmungen, ohne innerlich irgendwie mit den bolschewistischen Tendenzen einverstanden zu sein. Die schweren Mängel des Beamtentums hebt namentlich Trotzki rückhaltlos hervor: „Wir haben die alte Sabotage zertrümmert und die Mehrheit der alten Beamten mit eisernem Besen hinausgefegt. In allen Zweigen der Verwaltung erwiesen sich die Stellvertreter dieser alten Beamten bei weitem nicht immer als erstklassiges Material. Einerseits gingen auf die freigewordenen Posten unsere Parteigenossen, die die unterirdische Arbeit gemacht hatten, die die Revolutionsschule hinter sich hatten, die besten Elemente, die Kämpfer, die Ehrlichsten, Uneigennützigsten. Andererseits kamen Karrieremacher, Intriganten, gestrige verfehlte Existenzen, die unter dem alten, dem gestrigen Regime ohne Beschäftigung waren. . . . . Man muß dazu noch sagen, daß viele von den Genossen, die in verschiedenen Ämtern und Institutionen arbeiten,

[1]) Räteregierung und „Regierung von Räten". Die Neue Zeit. 38. Jahrgang Nr. 7/8. S. 154.

[2]) Räteregierung und „Regierung von Räten". Die Neue Zeit. 38. Jahrgang Nr. 7. S. 155.

sich bei weitem noch immer nicht einer organischen, schöpferischen, nachdrücklichen Arbeit fähig zeigten. Wir bemerken auf Schritt und Tritt solche Genossen, besonders aus den Reihen der Oktober-Bolschewiki, in den Ministerien, die dort 4—5 Stunden arbeiten und auch nicht sehr intensiv in einer Zeit, wo unsere ganze Lage jetzt von uns die angestrengteste Arbeit nicht aus Furcht, sondern aus Gewissenspflicht verlangt [1])."

Dennoch enthält das Rätesystem einen sehr berechtigten Kern. Aber durch die einseitige, nur auf einen Teil des Proletariats beschränkte Anwendung des gesunden Grundprinzips ist dieses selbst in keiner Weise verwirklicht worden. Der berechtigte Grundgedanke ist die stärkere und sachgemäßere Heranziehung Sachverständiger bei der parlamentarischen und politischen Arbeit. Der richtige Gedanke einer berufsständischen Vertretung in den Parlamenten neben den aus den allgemeinen Wahlen hervorgehenden Vertretern ist hier in ganz unzureichender Weise zu verwirklichen versucht worden. Darin haben die bolschewistischen Befürworter des Rätesystems ganz recht, daß sie verlangen, die sachkundigen Vertreter aus Landwirtschaft, Industrie und Verkehr mitberaten und mitverwalten zu lassen, daß nicht nur die reinen Politiker und solche, die diesen wirtschaftlichen Fragen ganz fern stehen, die Politik beherrschen sollen. Nur muß dann auch mit dieser Forderung ernst gemacht werden, und es ist nicht möglich, dieses notwendige wirtschaftliche, sachverständige Urteil zu erhalten, wenn man das aktive und passive Wahlrecht allein auf die Lohnarbeiter und ärmsten Bauern beschränkt. Auch ist eine andere Gefahr nicht zu übersehen, wenn das berufsständische Prinzip nicht zur Ergänzung, sondern zur alleinigen Grundlage aller politischen Betätigung gemacht wird: die Gefahr der Politisierung der Wirtschaftsbetriebe. — Immerhin konnte die D. P. nach ihrer politischen Seite wenigstens äußerlich bisher aufrecht erhalten bleiben. Die Sowjetverfassung besteht noch äußerlich zurecht, wenn auch der Geist, in dem die Verfassung durchgeführt wurde, keineswegs dem Ideal ihrer Vorgänger entspricht.

Dagegen hat die D. P., soweit es sich um die Verwirklichung wirtschaftlicher Ziele handelt, vollständig Schiffbruch gelitten. Hier ist allmählich immer mehr an Stelle der D. P. eine Diktatur Einzelner getreten. Der Grundgedanke der D. P. war der, daß die Lohnarbeiterklasse von den Produktionsmitteln Besitz ergreifen

[1]) Trotzki, Arbeit, Disziplin und Ordnung. S. 15.

sollte, um sie dann selbständig mit Ausschluß der Unternehmer zu besitzen, zu verwalten und wirtschaftlich auszunutzen. Ganz abgesehen davon, daß die Arbeiterschaft größtenteils gar nicht die nötige Reife hat, um diese Leistung zu vollbringen, ist dieser Gedanke der neuen Klassenherrschaft schon um deswillen undurchführbar, als von einer einheitlichen Klasse überhaupt nicht gesprochen werden kann. Die Arbeiterklasse ist selbst wieder in sich so außerordentlich differenziert, die Arbeitsleistungen der einzelnen Arbeiterschichten so verschiedene, je nachdem es sich um körperliche oder geistige, um qualifizierte oder unqualifizierte, um dispositive oder exekutive Arbeit handelt, daß von einer Einheitlichkeit nicht die Rede sein kann. Sobald man ohne Beachtung dieser Unterschiede eine Nivellierung vornimmt und durch gleiche Entlohnung und sonst vollkommene Gleichstellung die Unterschiede wegzuwischen sucht, treten sie dennoch hervor und rebellieren mit Macht gegen diese äußerliche Gleichmacherei. Lenin sagte einmal, sein Ideal wäre, daß die ganze Volkswirtschaft nach dem Vorbilde der Post organisiert werden sollte; aber selbst bei einem solchen staatlichen zentralisierten Verkehrsinstitut, wo jedes Gewinnstreben ausgeschlossen ist und eigentliche Unternehmerleistungen im engeren Sinn in Fortfall kommen, ist eine Nivellierung aller Arbeiter und Angestellten unmöglich, und das System der gleichen Lohnbezüge undurchführbar. Selbst in einem solchen Betriebe muß je nach der Vorbildung, der Verantwortung und je nach der Intensität der Arbeitsleistungen eine Differenzierung der Arbeiter stattfinden, wenn die Organisation nicht Schaden leiden soll. Wie viel mehr gilt dies bei den Unternehmungen, die noch nicht nationalisiert werden konnten, die zunächst noch als Privatunternehmungen bestehen blieben, aber entweder unter der Leitung der Arbeiterschaft stehen sollten oder doch durch die weitgehende Arbeiterkontrolle sozusagen unter die Oberherrschaft der Arbeiterschaft gestellt wurden. Hier, wo die Unternehmungen im Wettbewerb entweder untereinander oder im Wettbewerb mit ausländischen kapitalistischen Unternehmungen stehen, hat sich das Kollegialsystem als unmöglich erwiesen. Hier muß der Wille und die Entschlußkraft einzelner erhalten bleiben. Man hat in den unter der Herrschaft des Rätesystems stehenden Unternehmungen in Rußland dieselben Erfahrungen gemacht, wie bei der Mehrzahl der Arbeiterproduktivgenossenschaften. Auch diese sind zum großen Teil durch den Mangel an einheitlicher Leitung, an Disziplin, durch das Mitreden Vieler bei den wichtigsten Entscheidungen gescheitert.

Das traf selbst für diejenigen Arbeiterproduktivgenossenschaften

zu, die unter der Herrschaft der latenten D. P. in Frankreich in der Februarrevolution mit großem Staatskredit ausgestattet waren. Damals entschloß sich die französische Nationalversammlung, die Pläne Louis Blancs zu unterstützen und seinen Wünschen entsprechend wurde durch ein Dekret der konstituierenden Versammlung im Juli 1848 ein Betrag von 3 Millionen Francs zur Unterstützung von Arbeiterproduktivgenossenschaften bereitgestellt. Nach genauer Prüfung der zahlreichen Genossenschaften, die sich gemeldet hatten, erhielten 56 Assoziationen Kredit, z. B. die Buchdruckergenossenschaft 65 000 Fr., die Kunsttischlergenossenschaft 75 000 Fr., die Assoziation der Wollspinner in Reims 250000 Fr. usf. Die Kredite unter 25 000 Fr. waren mit 3 %, die im höheren Betrag mit 5 % zu verzinsen. Die Erfahrungen, die man mit diesen Produktivgenossenschaften gemacht hat, waren dort ebenso ungünstige wie bei den aus eigenen Mitteln der Arbeiter errichteten englischen Produktivgenossenschaften. Dies gibt auch ein eifriger Anhänger des Genossenschaftswesens — Engländer — in seiner Geschichte der französischen Arbeiterassoziationen zu. Der Bericht, der am 5. Februar 1850 der Nationalversammlung vorgelegt wurde, fiel so ungünstig aus, daß keine weiteren Kredite gegeben wurden. Gegen 20 Genossenschaften mußte gerichtlich wegen schlechter Wirtschaftsführung vorgegangen werden, von den übrigen 36 Genossenschaften bestanden 1853 noch 9. Auch die Schicksale der später gegründeten Produktivgenossenschaften in Frankreich zeigen, wie selten derartige Unternehmungen lebensfähig zu gestalten sind. Als der im Jahre 1879 verstorbene Philantrop Rampal sein bedeutendes Vermögen der Stadt Paris vermacht hatte, damit daraus Darlehne an Produktivgenossenschaften gewährt werden sollten, wurden 49 Genossenschaften subventioniert; von diesen waren bereits 1889 19 in Konkurs geraten, 18 in Liquidation befindlich, 3 mit den Rückzahlungen in Rückstand.

Es ist daher eine gänzlich falsche Auffassung vom Wesen der D. P., wenn es in den Parteiprogrammen der Bolschewisten heißt, daß die Räteregierung die Gleichheit aller Menschen ungeachtet des Geschlechts, der Rasse, der Nationalität zum ersten Mal durchsetzen könne, weil sie die Regierung der arbeitenden Menschen sei [1]." Die arbeitenden Menschen umfassen selbst wieder die allerverschiedensten Elemente, von einer Homogenität im Sinne einer einheitlichen Klasse kann nicht gesprochen werden.

Lenin und Trotzki haben übereinstimmend die Unmöglich-

[1]) Bendix, Klassenkampf u. Geistesverfassung. S. 25.

keit der Durchführung der D. P. nach ihrem ursprünglichen Ideal eingesehen und selbst diese Unmöglichkeit hervorgehoben: „Wir haben den höchsten Typus eines Staats, die Sowjetmacht dekretiert", sagt Lenin, „aber noch nichts Entscheidendes in dieser Hinsicht verwirklicht .... In denjenigen Wirtschaftszweigen und -branchen, die wir der Bourgeoisie weggenommen haben, ist eine Rechnungslegung und eine Kontrolle noch nicht erzielt, ohne diese kann aber auch über die zweite, so wesentliche materielle Bedingung für die Einführung des Sozialismus: nämlich über die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, im allgemeinen nationalen Maßstabe keine Rede sein [1])." Die Bolschewisten hatten die Herabsetzung der hohen Gehälter bis zum Verdienst eines Durchschnittsarbeiters dekretiert. Jetzt sahen sie selbst, daß sie zu dem alten bürgerlichen Mittel greifen mußten und auf eine sehr hohe Bezahlung der Dienstleistungen der größten unter den bürgerlichen Fachleuten eingehen mußten [2]). Sie erklären, daß diese Maßnahme nicht nur den Stillstand der Offensive gegen das Kapital bedeutet, sondern auch einen Schritt nach rückwärts [3]). Dennoch haben sie immer wieder die optimistische Hoffnung, daß dies nur für eine Übergangszeit nötig sei, allmählich werde es sich überwinden lassen. Die Arbeiterklasse müsse jetzt nur diese wertvollen qualifizierten Elemente aus dem alten Staatsapparat herausholen und an die richtige Stelle setzen und werde durch diese Elemente ihre proletarische Klassenmacht erhöhen. Wiederum also der Irrtum, als ob diese Differenzierung binnen kurzem sich überbrücken ließe und bald einer einheitlichen proletarischen Klasse Platz machen würde. Lenin sieht vollkommen die Notwendigkeit ein, Fachleute und Spezialisten, Sterne erster Größe, mit großen Gehältern heranzuholen, weil sonst keine Ordnung in den Betrieben aufrecht zu erhalten sei [4]). Aber, und das ist wieder für seinen naiven Optimismus kennzeichnend, er meint mit einem solchen Tribut von 50—100 Millionen Rubel sei dieses Resultat nicht zu teuer erkauft; denn es werde sich ja nur um eine Übergangsmaßregel handeln, nach einem Jahr schon, meint er, könne man diesen Tribut entbehren und: „Je schneller wir selbst, Arbeiter und Bauern, uns eine bessere Arbeitsdisziplin und eine höhere Arbeitstechnik zu eigen machen, indem wir für diese Wissenschaft die bürgerlichen Fachleute benutzen, desto eher werden wir uns von jedem Tribute an diese

[1]) Lenin, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht. S. 11.
[2]) Daselbst. S. 16.
[3]) Daselbst.
[4]) Daselbst. S. 18.

Fachleute befreien [1])." Auch hier wieder die Auffassung, als ob es sozusagen nur einer kurzen Periode des Anlernens der übrigen Arbeiter durch derartige qualifizierte Kräfte bedürfe, um die ganze Arbeiterschaft mit den nötigen Qualitäten auszustatten. In einer Rede, die Lenin auf dem Kongreß der Volkswirtschaftsräte im Mai 1918 hielt, hat er diese Notwendigkeit, bürgerliche Fachleute heranzuziehen, zugegeben. Dann meint er aber: „Wir glauben, daß die Verwirklichung des Sozialismus unmöglich ist ohne die Ausnutzung der bourgeoisen technischen Wissenschaften, deren Vertreter sich der Kontrolle der Arbeiter und Bauern werden fügen müssen [2]). Also auf der einen Seite das Eingeständnis, daß die Bourgeoisie herangezogen werden muß, dann aber doch wieder der Glaube, daß diese selben Fachleute sich der Kontrolle der Arbeiter und Bauern fügen müßten. Ist anzunehmen, daß viele Ingenieure und Techniker sich zu derartiger Tätigkeit bereit finden werden, wenn sie sich dieser Kontrolle unterwerfen müssen? Auch wenn Lenin neuerdings die schroffsten Maßnahmen des kapitalistischen Systems, wie z. B. das Taylorsystem, empfiehlt, so geschieht es immer in der optimistischen Annahme, daß diese Zwangsmaßregel sehr bald eine Arbeitsdisziplin schaffen würde, die später einer freiwillig und gern geleisteten Arbeit Platz machen werde. So will er auch die von ihm empfohlene Diktatur Einzelner rechtfertigen, die er für notwendig hält, weil er einsah, daß das Proletariat noch nicht die nötige Reife zur Klassendiktatur hätte. Es ist von großem Interesse, wie Lenin die Notwendigkeit der Einzeldiktatur begründet, die doch in vollem Widerspruch zu seiner früher proklamierten Klassendiktatur steht. Die Diktatur, meint er, sei eine eiserne Macht, erbarmungslos in der Unterdrückung, aber, fügt er hinzu: „Unsere Macht ist übermäßig weich, auf Schritt und Tritt mehr einem Brei als einem Eisen ähnlich [3])." Es gäbe keinen prinzipiellen Unterschied zwischen dem Demokratismus der Sowjetmacht und der Anwendung der diktatorischen Macht einzelner Personen. Der Unterschied zwischen der proletarischen Diktatur und der bürgerlichen Diktatur bestünde darin, daß die proletarische Diktatur ihre Schläge austeilte gegen die ausbeuterische Minderheit im Interesse der ausgebeuteten Mehrheit, ferner aber auch darin, daß die proletarische Diktatur, auch wenn sie durch einzelne Personen durchgeführt würde,

---

[1]) Lenin, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht. S. 19.

[2]) Quellen und Studien. 1. Heft 1919. S. 9.

[3]) Lenin, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht. S. 39.

auch zugleich durch die Organisation verwirklicht werde, denn diese Organisation wäre so aufgebaut (in Form des Rätesystems), daß durch sie die Massen erweckt und zum historischen Schaffen gehoben würden [1]). Die Diktatur müsse aber sein, weil jede maschinelle Großindustrie die bedingungslose und strengste Einheit des Willens erfordere, der die gemeinsame Arbeit von Hunderten, Tausenden und Zehntausenden von Menschen lenke [2]). „Aber wie kann die strengste Einheit des Willens gesichert werden?" fragt er, und er antwortet: „Durch Unterordnung des Willens von Tausenden unter den Willen eines einzigen [3])." Nirgends tritt so deutlich die Wandlung seiner Auffassung hervor, wie an dieser Stelle. Lenin, der in seinen ersten Schriften immer die Bedeutung des kollegialen Zusammenwirkens bei der Diktatur betont hat, kommt jetzt zur Notwendigkeit der Diktatur Einzelner. Er meint, im Interesse des Sozialismus würde heute die widerspruchslose Unterordnung der Massen unter den einheitlichen Willen der Leiter des Arbeitsprozesses erfordert [4]). Er erhofft alles von einer psychologischen Umbildung, die bei der arbeitenden Masse zu erwarten sei. Diese Umbildung begönne aber erst eben und müsse zunächst auf dem Wege der Arbeitsdisziplin hervorgebracht werden [5]). Auch Trotzki hebt klar die Mängel des kollegialen Rätesystems für die wirtschaftliche Betriebsführung hervor: „Die gewählten Kollegien, die aus den besten Vertretern der Arbeiterklasse bestehen, aber die nötigen technischen Kenntnisse nicht besitzen, können nicht einen einzigen Techniker, der eine Fachschule durchgemacht hat und der weiß, wie man die gegebene Spezialsache machen muß, ersetzen. Die Überschwemmung an Kameradschaftlichkeit, die bei uns auf allen Gebieten zu beobachten ist, erscheint als die völlig natürliche Reaktion einer jungen revolutionären, gestern noch unterdrückten Klasse, die die einzelnpersönliche Initiative der gestrigen Herren, Kommandeure und Gebieter beseitigt und überall ihre gewählten Vertreter hinstellt [6])." Aber auch Trotzki, der wie Lenin die Arbeitsdisziplin so gut betont, meint, daß wir es hier nur mit einer „Kinderkrankheit" zu tun hätten, die in der kürzesten Frist überwunden würde [7])." Wenn durch diese vorübergehenden Maßnahmen

[1]) Lenin, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht. S. 43.
[2]) Daselbst.
[3]) Daselbst. S. 44.
[4]) Daselbst. S. 44.
[5]) Daselbst. S. 45.
[6]) Trotzki, Arbeit, Disziplin und Ordnung. S. 12.
[7]) Daselbst. S. 14.

der schwersten Arbeitsdisziplin ein Maximum an Gewissenhaftigkeit, Pflichterfüllung und Schaffensfreude erzielt worden sei, dann werde eine neue, die kommunistische Moral sich entfalten. Es ist eine ähnliche Auffassung, wie die von Lenin vertretene, daß durch die Gewöhnung sich eine neue Moral bilden werde: „Zum Sozialismus strebend, sind wir überzeugt, daß er zum Kommunismus hinüberwachsen muß und im Zusammenhang damit jede Notwendigkeit einer Vergewaltigung der Menschen überhaupt, einer Unterordnung eines Menschen unter den anderen, eines Teiles der Bevölkerung unter den anderen, wird verschwinden müssen, denn die Menschen werden sich gewöhnen, die elementaren Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens ohne Vergewaltigung und ohne Unterordnung innezuhalten [1])." Mit dieser Auffassung, daß es nur der nötigen Erziehung und Charakterbildung bedürfe, um die Arbeiter zum „Sozialismus" reif zu machen, knüpfen die Bolschewisten an ältere Ideen von Robert Owen an. Dieser englische Sozialist hatte schon in seinen zu Anfang des 19. Jahrhunderts erschienenen Schriften immer wieder den Gedanken vertreten, daß durch eine gründliche Erziehung der Charakter der Menschen von Grund aus reformiert und für die sozialistische Gesellschaftsordnung reif gemacht werden könnte [2]). Es ist der völlige Mangel an Verständnis für die Bedeutung der Einzelpersönlichkeit, wenn Bucharin z. B. ganz ähnlich wie Lenin und Trotzki meint, daß durch die allgemeine Erziehung man allmählich alle Arbeiter zu der höheren Bildung bringen könne, welche für die Spezialisten notwendig sei, und nur bis diese Bildungsmöglichkeit durchgeführt wäre, müsse man eine besondere Gebühr für die Intellektuellen, für die Techniker, Ingenieure usw. bezahlen.

Der Umschwung, der sich in den theoretischen Grundauffassungen der Führer des Bolschewismus vollzogen hat, hat auch seinen Niederschlag in dem neuen Parteiprogramm der Bolschewisten vom 22. März 1919 gefunden, welches gegenüber dem älteren Programm wesentliche Änderungen aufweist. Diese Änderungen sind in der Hauptsache auf die neu gewonnene Einsicht zurückzuführen, daß erst eine viel größere Reife der Arbeiterklasse erzielt werden müsse, ehe man an eine eigentliche Arbeiterdiktatur denken könne. Ich möchte an Hand des neuen Parteiprogramms diese wichtigsten Änderungen hervorheben. Als die

[1]) Lenin, Staat und Revolution. S. 75.

[2]) Vgl. z. B. Owen, A new view of Society. (1812.)

Aufgabe der russischen kommunistischen Partei für den gegenwärtigen Moment wird im Gebiet der Politik bezeichnet: die unermüdliche Arbeit an der tatsächlichen Verwirklichung des höchsten Typs der Demokratie: „Dieser höchste Typ der Demokratie", so heißt es im neuen Programm, „erfordert eine beständige Erhöhung des Kulturniveaus, der Organisation und der Selbständigkeit der Massen, um richtig funktionieren zu können [1])." Wiederholt wird in dem Programm erklärt, daß infolge der ungenügenden Kontrolle der breiten Massen und des Mangels der notwendigen Erfahrungen in Verwaltungsangelegenheiten bei den Arbeitern, die von der Masse auf verantwortungsvolle Stelle gerufen seien, innerhalb der Räteregierung ein neuer Bureaukratismus entstanden sei [2]). Im Gebiet des Wirtschaftslebens wird als Ziel jetzt hingestellt, das äußerste Verantwortungsgefühl und strengste gegenseitige Kontrolle über die Produktivität bei der Arbeitsleistung herbeizuführen. Wörtlich wird in dem Programm von der Unerzogenheit der Massen gesprochen und betont, daß das eben genannte Ziel hartnäckige systematische Arbeit gegenüber dieser Unerzogenheit erfordere [3]). Die sofortige Heranziehung der vom Kapitalismus hinterlassenen Spezialisten der Wissenschaft und Technik müsse verlangt werden, selbst dann, wenn diese Spezialisten in der Mehrzahl noch von der bürgerlichen Weltanschauung und deren Gewohnheiten erfüllt seien. Der Gedanke wird zurückgewiesen, als könne der Kapitalismus und die bürgerliche Gesellschaft überwunden werden: „ohne daß wir nötig hätten, von den bürgerlichen Spezialisten zu lernen, uns ihrer zu bedienen und eine lange Schule der Arbeit neben ihnen durchzumachen [4])". Zugegeben wird auch, daß die angestrebte Gleichheit durchaus nicht sofort zu verwirklichen sei. Dann heißt es in dem Programm weiter: „Und trotzdem wir überall zu einheitlichem Arbeitslohn und vollem Kommunismus streben, kann die Räteregierung im gegebenen Moment ihre Aufgabe doch nicht in der sofortigen Verwirklichung dieser Gleichheit erblicken, machen wir doch erst die ersten Schritte beim Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus! Deshalb müssen wir leider eine gewisse Zeit hindurch den Spezialisten noch einen hohen Lohn gewähren, um so zu erzielen, daß sie nicht schlechter, aber besser noch als früher arbeiten, und deshalb behalten wir auch noch vor-

[1]) Bendix, Klassenkampf und Geistesverfassung. Berlin 1920. S. 24.
[2]) Daselbst. S. 26.
[3]) Daselbst. S. 33.
[4]) Daselbst. S. 33.

läufig das System bei, für besonders gute und besonders organisatorische Arbeit Prämien zu geben. Ebenso ist es notwendig, die bürgerlichen Spezialisten in ein genossenschaftliches Arbeitsverhältnis, Seite an Seite mit der großen Masse der Arbeiter, zu stellen, die selbst wieder von erprobten Kommunisten geführt werden, um so die gegenseitige Annäherung der durch die Kapitalisten voneinander getrennten physischen und geistigen Arbeiter vorzubereiten [1])."

Die vorhin erwähnten Ideen Lenins, daß es durch Schulung der Arbeiter gelingen könne, dieselben allmählich zu den höheren Posten der Techniker und Spezialisten heranzuziehen, wird auch insofern im Programm berücksichtigt, als darin den Arbeitern die Verpflichtung auferlegt wird, täglich zwei Stunden ohne besondere Entschädigung auf die Theorie des Handwerks, der Produktion, der praktischen Ausbildung der Technik, der Staatsgewalt, des Militärs zu verwenden.

Wenn, wie wir jetzt festgestellt haben, dieser Umschwung in gewissen grundsätzlichen Anschauungen über die D. P. bei den Bolschewisten eingetreten ist, so hat zu dieser Meinungsänderung zweifellos der Mißerfolg beigetragen, den die Versuche der Sozialisierung, bzw. Nationalisierung der Industrie aufzuweisen hatten. Gerade die D. P. sollte das Mittel sein, die Arbeiter in den Stand zu setzen, die Betriebe mit Hilfe ihres Rätesystems selbst in die Hand zu nehmen. Aber Lenin selbst betont, daß in den Wirtschaftszweigen und Wirtschaftsbranchen, die die Arbeiter der Bourgeoisie weggenommen hätten, eine Rechnungslegung und Kontrolle noch nicht erzielt sei. Ohne diese könne aber auch von der zweiten materiellen Bedingung für die Einführung des Sozialismus, von der Erhöhung der Arbeitsproduktivität im allgemeinen nationalen Maßstab noch nicht die Rede sein.

Wie wenig die bolschewistischen Methoden es verstanden haben, die vorgesteckten Ziele in der Landwirtschaft und Industrie zu erreichen, möchte ich jetzt an Hand einiger weniger Tatsachen darlegen, die ich dem oben erwähnten aus bolschewistischen Quellen stammenden Material entnehme.

Was die Landwirtschaft anlangt, so hatte ich schon oben das Dekret mitgeteilt, welches die sofortige und radikale Aufhebung des Privateigentums am Boden verfügte. Das enteignete Land sollte einen dem ganzen Volk gehörenden Agrarfond bilden. Wie ist dieses verwirklicht worden? Bereits am 26. Oktober 1917 wurde das Besitzrecht an Grund und Boden ohne Entschädigung

[1]) Bendix, Klassenkampf und Geistesverfassung. Berlin 1920. S. 33/34.

aufgehoben. Die den Gutsbesitzern, Kommuneverwaltungen usw. gehörenden Ländereien sind mit allem lebenden und toten Inventar in die Verwaltung der Dorfagrarkomitees der Kreisbauernräte übergegangen. Damals wurde auch eine Instruktion ausgearbeitet, die aber erst in einem späteren Stadium verwirklicht werden sollte, die die Aufhebung jedes privaten Landbesitzes zur Folge haben sollte. In dieser Instruktion des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte vom 26. Oktober 1917 heißt es: „Das Land kann weder gekauft noch verkauft, weder verpachtet noch verpfändet, noch auf irgendeine andere Weise enteignet werden. Jedes Land, dem Staat oder der Kommuneverwaltung oder privaten Besitzern gehörig, wird ohne Entschädigung enteignet, zum Besitz des ganzen Volkes erklärt, und denen, die es bearbeiten, zur Nutznießung überlassen." Diese Instruktion wurde zum provisorischen Gesetz erklärt, welches in einzelnen seiner Teile sofort verwirklicht werden sollte. Tatsächlich haben auch die Bauern fast überall den Großgrundbesitz enteignet, aber den nächsten vom Gesetz vorgeschlagenen Schritt unternahmen sie nicht; das Land selbst wurde keineswegs Gemeineigentum, sondern sie betrachteten sich von jetzt ab als die eigenen Herren von Grund und Boden, d. h. als Privatbesitzer. „Die bolschewistischen Gesetze vermochten ins russische Dorf nicht einzudringen: in praxi konnten sie sie auch gar nicht realisieren, zumal die Enteignung konnte gar nicht zur Wirklichkeit werden. Wohl erklärten sich die Bauern zu Eigentümern des Landes, ihnen fehlte aber meistens die Möglichkeit es zu bebauen; der Mangel an Pferden und Ochsen wie das völlige Fehlen von Maschinen hinderte sie daran. An einzelnen Orten wurde der Gutshof geplündert, das Vieh unter den Gemeinden verteilt, der bisherige Besitzer, wenn er nicht überhaupt geflüchtet war, daran gehindert, die Feldbestellung vorzunehmen, — aber sonst blieb alles so ziemlich beim alten, und das Resultat war, daß große Ländereien einfach brach lagen. Die Anbaufläche ging deshalb ganz außerordentlich zurück und bald entstanden primitive Verhältnisse, unter denen der Bauer nur soviel bestellte, wie er selbst zu seinem Lebensunterhalt brauchte; es begann an Samen ebenso zu fehlen wie an Dünger und Geräten. Da er in der Stadt nicht mehr all das erhielt, was er brauchte, so lag für ihn auch kein Bedürfnis vor, die Märkte zu besuchen; um sein Getreide nicht gegen wertloses Papiergeld einzutauschen, hörte er auch auf, dasselbe zu verkaufen [1])." Im Juni 1918 sagte Lenin in

[1]) Dr. Hans von Eckardt, Wirtschaftsdienst. Nr. 10. März 1920. S. 158.

Moskau: „Wir müssen uns der Produkte, die für das Leben notwendig sind, bemächtigen. Diese Produkte befinden sich nicht nur in den Händen der obersten Klassen der Bourgeoisie, sondern auch bei vielen kleinen Besitzern. Dagegen gibt es nur ein Mittel — die D. P., die Gewalt einer unbarmherzigen Hand, welche die soziale Revolution zur Vollendung bringen soll."

Seitdem hat Lenin eingesehen, daß er mit den Bauern anders verfahren muß und hat sich in seiner neuesten Rede in Moskau schon ganz anders geäußert: „Die Arbeit im Dorf ist sehr schwierig. Die Erfahrungen welche Koltschak, Judenitsch und Denkin gemacht haben, beweisen, daß ein ganz besonderes Taktgefühl notwendig ist, bei der Behandlung der Leute, deren Gebiet man erobert. Im Dorfe gibt es neben den ärmsten Bauern, welche für die Sowjetregierung, und den reichen, die Gegner der Revolution sind, noch eine mittlere Bauernklasse, der gegenüber die Aufgabe der Kommunisten sehr schwierig ist, denn der Bauer hat sich daran gewöhnt, den Überschuß des von ihm geernteten Getreides als sein Eigentum zu betrachten, über welchen er frei verfügen kann, obwohl das Handeln mit Getreide in einem Lande wie Rußland, das hungert, Spekulation und Ausbeutung ist. Wir wollen aber der mittleren Bauernklasse den Sozialismus mit Gewalt nicht aufdrängen. Es kann sich auf keinen Fall um eine schroffe und erzwungene Umwälzung zugunsten des Sozialismus handeln. Man soll aber mit dem Bauern in seiner Sprache sprechen, um ihn dazu zu bringen, daß er einsieht, daß die Sowjetmacht auch seinen Interessen entspricht. Wir wollen der Bauernschaft die Vorzüge der kommunistischen Landwirtschaft beweisen. Das ist ein sehr verwickeltes und schwieriges Problem, auf einmal geht es nicht, es gehört anstrengende Arbeit dazu, um mit den Bauern eins zu werden. Die Syndikatsbewegung in der Landwirtschaft muß ausgedehnt werden. Da die kommunistische Landwirtschaft sich nicht ohne bestimmte Spezialkenntnisse einführen läßt, müssen die bürgerlichen Spezialisten in dem Dienst dieser Aufgabe verwendet werden, wobei sie in politischer Hinsicht unter die Aufsicht der Kommunisten gestellt werden sollen[1])." Auch in dieser letzten Stelle finden wir wieder dieselbe optimistische Meinung wie bei der Industrie. Als ob diese bürgerlichen Spezialisten zu aussichtsvoller Mitarbeit herangezogen werden könnten, wenn sie unter die Aufsicht der

[1]) Dr. Hans von Eckardt, Rußland. Wirtschaftsdienst. Nr. 10. März 1920. S. 158/159.

Kommunisten gestellt werden. Durch die traurige Lage, in die die Landwirtschaft versetzt wurde, litt auch die Nahrungsmittelversorgung. Am 2. Oktober wandte sich Lenin in einem Rundschreiben an alle Beamten der Nahrungsmittelversorgung. Es heißt dort u. a.: „Obwohl die Getreideernte in der Republik im Durchschnitt besser als die vorjährige ist, obwohl das Getreide schon eingebracht ist und Kartoffeln eingebracht werden, empfinden die hungerleidenden Gouvernements Mittelrußlands keine Erleichterung. Die Republik hat noch niemals eine so schwere Ernährungslage mitgemacht wie im Augenblick. Moskau, Petersburg und die Industriezentren krepieren vor Hunger . . . ." Weiter wird in diesem Rundschreiben eine Reihe von Maßnahmen angeführt, wie das Getreide den Bauern mit Erfolg herausgepreßt werden könnte, und diese Liste schließt mit dem Vorschlag, „die Personen, die Getreide verstecken, zu verhaften und nach Moskau zur Einschließung in Konzentrationslagern für Zwangsarbeit zu schicken" [1]).

Ebenso trübe hat sich die Lage der Industrie gestaltet. Die „Nationalisierung" hat sich nur auf einen Teil der Industrie erstreckt, besonders auf die Textilindustrie. Aber die Leistungsfähigkeit und Produktivität ist in den nationalisierten Industriezweigen bedeutend gesunken, und ein ähnlicher Niedergang ist auch in den nichtsozialisierten Betrieben zu konstatieren infolge der Unlust der Unternehmer, unter der Leitung und Herrschaft der Räte zu arbeiten. Auch hierfür einige Angaben aus dem erwähnten Material. Das Organ der Bolschewisten, die Prawda, brachte am 27. April 1918 einen Aufsatz, betitelt: „Von der Nationalisierung der Textilindustrie." Darin heißt es: „Diejenigen sind im Irrtum, die da glauben, daß man an einem schönen Tag die ganze Textilindustrie durch ein Dekret nationalisieren kann. Es ist natürlich gar nicht schwer, so ein Dekret zu unterzeichnen, aber das Resultat einer solchen Engros-Nationalisierung kann leicht in einem Trümmerhaufen und in einer Menge von Arbeitslosen bestehen [2])." Der bolschewistische Generalgouverneur von Petersburg, Sinowiew, hatte im Oktober 1918 eine Rede vor den Arbeitern der nationalisierten Werkstätten Petersburgs gehalten und sagte dabei: „So kann unter keinen Umständen weiter gewirtschaftet werden, denn das Produktionsergebnis in diesen nationalisierten Fakriken ist halb so groß als die für die Arbeiter aus-

[1]) Kerenski, Die Wirtschaft der Bolschewisten. Deutsche Wirtschaftszeitung. Nr. 5. März 1920. S. 93.

[2]) Quellen und Studien. Bd. 1. 1919. S. 106.

gegebenen Löhne." Der bolschewistische Volkskommissar im Arbeiterministerium, Schljapnikow, empfahl schon im Januar 1918 auf Grund der schlechten Erfahrungen mit der Sozialisierung den Arbeitern, die Arbeiten unter Mitwirkung aller technischen Kräfte und selbst der Unternehmer zu organisieren und ein stabiles Wirtschaftssystem, das auf der Selbsttätigkeit der Arbeitermassen und strenger Arbeitsdisziplin beruhen müsse, aufrecht zu erhalten [1]).

Das neue System hat zur immer größeren Vernichtung vieler blühender Industriezweige geführt, worüber in den bolschewistischen Organen sich viele Einzelheiten befinden, z. B. „Moskauer Rayon": „Am 1. Januar 1919 waren 48490 Arbeiter in der Textilindustrie beschäftigt. In sechs Monaten verringerte sich diese Ziffer um 15290, d. i. 35 %; insbesondere verringerte sich die Zahl der Baumwolle verarbeitenden Personen um 47,2 %, („Ekonomitscheskaja Schisn" Nr. 219). — Petersburger Rayon: ‚Von den 27 Baumwolle verarbeitenden Fabriken arbeiteten am 3. Oktober noch 2.' („E. Sch." Nr. 220) [2])." „Der gegenwärtige Zustand der Petersburger Schwerindustrie ist besonders anschaulich für die Zertrümmerung, die das russische Proletariat unter der „proletarischen Diktatur" erfahren hat und für den Zerfall der mit bolschewistischen Methoden nationalisierten Industrie. Die Gruppe der Petersburger Fabriken der Schwerindustrie war die mächtigste im Lande. Die technische Ausrüstung dieser Fabriken stand auf dem Niveau der besten Westeuropas und war ihnen, wie z. B. bei Putilow, überlegen. In diesen Fabriken waren 100000—150000 Arbeiter beschäftigt. Der Verband der Metallarbeiter war der mächtigste und bestorganisierte der Hauptstadt. Dazu waren die qualifizierten Arbeiter der großen Metallfabriken zusammen mit dem Verband der Drucker die Blüte der russischen Arbeiterintelligenz. Heute liegt die Petersburger Industrie in Agonie, die Fabriken schließen eine nach der andern, die Zahl der Arbeiter ist auf 5—7 % der Norm gesunken. Dieselben Zustände herrschen, dem Material der „Ekonomitscheskaja Schisn" zufolge, auch in den Maschinenbau- und Metallfabriken der Provinz [3])." Aus der Elektroindustrie wird berichtet: „Die Petersburger Fabrik Ajwas stellte ihre Arbeit infolge Mangels qualifizierter Arbeiter und technischen Personals ein. Die Moskauer Fabriken stehen infolge Gasmangels still" („E. Sch." Nr. 210). Aus der Zuckerindustrie wird

[1]) Quellen und Studien. Bd. 1. 1919. S. 12.

[2]) Kerenski, Die Wirtschaft der Bolschewisten. Deutsche Wirtschaftszeitung. Nr. 3. Februar 1920. S. 52.

[3]) Daselbst. S. 53.

berichtet: „Die vollständige Liquidierung der Zuckerproduktion zwingt die Sowjetgewalt, ihre Zuflucht zu Versuchen zu nehmen, Zucker aus Holzspänen zu gewinnen" („E. Sch." Nr. 207). Für die Finanzierung der nationalisierten Industrie wurden aus Staatsmitteln angewiesen: Für das 1. Halbjahr 1918 762 895 100 Rubel, für das 2. Halbjahr 5 141 073 179 Rubel, für das 1. Halbjahr 1919 15 439 115 828 Rubel („E. Sch." Nr. 229)[1]). Für die Finanzierung der nationalisierten Industrie wurden also aus Staatsmitteln über 20 Milliarden Rubel in den anderthalb Jahren 1918 und 1919 angewiesen. Über die industriellen Zustände in dem Tulaer Rayon berichtet dieselbe bolschewistische Quelle: „Leider arbeiten viele Unternehmungen des Tulaer Rayons entweder gar nicht oder nur halb so viel wie früher, ungeachtet dessen, daß 20 arbeitende Schächte viel Kohle geben, 10 Bergwerke große Mengen von Rohstoffen. Aber es gibt auch sehr viele schadhafte Maschinen und Werktische, die nicht repariert werden können. Brot für die Arbeiter ist nur bei Anstrengung aller Kräfte aufzutreiben. (In Friedenszeiten führte das Tulaer Gouvernement Getreide aus!) Alle diese Möglichkeiten werden aber nicht in die Tat umgesetzt, weil es keine Leute gibt, die durch ihren Willen, ihre Vernunft und ihren aufrichtigen Wunsch die eiserne Arbeitsdisziplin herstellen würden. Unsere Behörden sind überfüllt mit allen möglichen Kommissionen, die nur an ihr eigenes Wohlergehen denken und nicht an das des Staates, nicht an die Hebung der Revolution, nicht an die Hebung der werktätigen Massen" („E. Sch." Nr. 225)[2]). Von den in dem neuen bolschewistischen Programm angekündigten geplanten Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsdisziplin sind inzwischen mehrere praktisch durchgeführt worden. In zahlreichen Unternehmungen ist das Prämiensystem eingeführt worden, wonach Prämien für Mehrleistungen in Geld oder Naturalien gegeben werden, so z. B. bei den Moskauer städtischen Eisenbahnen. In den Papierfabriken ist das Akkordlohnsystem eingeführt worden; die Produktion soll sich infolgedessen verdreifacht haben[3]). Auch das Taylorsystem kam zur Einführung. So berichtet die Verbandsabteilung des Metallarbeiterverbandes, daß die Hauptleistung der letzten Rechnungsperiode in der Durchführung eines Prämiensystems bestand. Es sind Tagestarife ausgearbeitet worden, wobei man darauf bedacht war, wissenschaftliche Methoden zur Prüfung der normalen Leistungs-

[1]) Kerenski, Die Wirtschaft der Bolschewisten. Deutsche Wirtschaftszeitung. Nr. 5. März 1920. S. 53.

[2]) Daselbst. S. 93.

[3]) Dr. Hans von Eckardt. Wirtschaftsdienst. Nr. 4. Januar 1920. S. 59.

fähigkeit der Arbeiter anzuwenden usw. („E. Sch." Nr. 219)[1]). Geldstrafen für Nichterfüllung des Arbeitsmaßes, Entlassung auf administrativem Wege mit Entziehung der Nahrungsmittelration wegen „Fahrlässigkeit", schwarze Listen und zuletzt Einschließung in Konzentrationslagern sind weitere Maßnahmen dieser Art.

Die entscheidendste und wichtigste Neuordnung ist die völlige Beseitigung der Arbeiterkontrolle durch die Betriebsräte. Da auf diesem Gebiete das Kollegialrätesystem sich nicht bewährt hatte, ist an dessen Stelle das System der Einzeldiktatur gesetzt worden. „Die Betriebsräte waren außerstande, den Betrieb wirklich zu leiten und mißbrauchten ihre Befugnisse, um Inventar und Produkte zu verkaufen und zu verschleudern. Das wichtigste Verfassungsrecht der Arbeiter mußte also aufgehoben werden[2]). . ." In dem Artikel Nr. 225 der „Ekonomitscheskaja Schisn" über die Schwierigkeiten der Organisation der Fabrikverwaltungen wird gesagt: „Das technische Personal an den Arbeitsstätten muß befreit sein vom Kollegialismus der Sitzungen und Konferenzen. Strenge Unterwerfung unter die Verwaltung, volle persönliche Verantwortlichkeit für den Gesamtgang der Arbeiten in dem ihnen anvertrauten Teil des Unternehmens — das muß in der Instruktion unterstrichen sein. Der Kampf mit allen möglichen Arten der Sabotage seitens der technischen Leiter verlangt gerade, daß man ihnen eine bestimmte Selbständigkeit und freie Bahn für persönliche Initiative läßt[3])." Neuerdings sind außer den Betriebsräten auch die Industriebezirksräte durch ein Dekret der Sowjetregierung aufgehoben worden, weil sie das Wirtschaftsleben durch zu weitgehende Kompetenzen gefährdet hatten[4]).

Besonders bedeutsam für die Entwicklung der D. P. ist die in neuester Zeit eingeführte scharfe Durchführung der Arbeitspflicht. Wir sahen oben, daß die Sowjetregierung zunächst nur an die Arbeitspflicht der Reichen und der technischen Leiter dachte, nicht aber an die Arbeitspflicht der Arbeiter selbst. Dies hat sich völlig geändert und zwar durch das Gesetz über die staatliche obligatorische Arbeitspflicht: „Das Gesetz besteht aus 37 Punkten und

---

[1]) Dr. Hans von Eckardt, Rußland. Wirtschaftsdienst. Nr. 4. Januar 1920. S. 59.

[2]) Daselbst.

[3]) Kerenski, Die Wirtschaft der Bolschewisten. Deutscher Wirtschaftsdienst. Nr. 3. Februar 1920. S. 54.

[4]) Dr. Hans von Eckardt, Rußland. Wirtschaftsdienst. Nr. 10. März 1920. S. 157.

ist von Trotzki verfaßt. Es ist ohne wesentliche Änderungen vom letzten Kongreß der Sowjets angenommen worden. Die ersten Punkte enthalten eine Begründung der Notwendigkeit der Mobilisierung des industriellen Proletariats sowie der Verwendung militärischer Truppenteile zu wirtschaftlichen Arbeiten [1]." Interessant ist die Motivierung in Punkt 11 des Trotzkischen Entwurfs: „Die sozialistische Gesellschaftsordnung lehnt prinzipiell das liberal-kapitalistische Prinzip der „freien Arbeit" ab, das in der bürgerlichen Gesellschaft für die einen die Freiheit — auszubeuten, für die andern die Freiheit — ausgebeutet zu werden, bedeutet. Soweit die Überwindung der dem Menschen feindlichen äußeren physischen Verhältnisse die grundlegende Aufgabe der gesellschaftlichen Organisation bildet, verlangt der Sozialismus die obligatorische Teilnahme aller Mitglieder der Gesellschaft an der Erzeugung materieller Werte; er stellt sich zur Aufgabe die Form der vergesellschafteten Arbeit zu einem möglichst vernünftigen d. i. möglichst wirtschaftlichen und angenehmen zu machen. Das Prinzip der allgemeinen Arbeitspflicht, das die Grundgesetze der russischen sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik festgelegt haben, muß jetzt in weitgehendstem Maße durchgeführt werden [2]." In dem Abschnitt „Militarisierung" heißt es: „Den neuen Organisationen sind militärische Disziplinarrechte eingeräumt worden. Die Methoden der Roten Armee müssen daher Anwendung auf die Arbeitermassen finden, ‚natürliche Führer und Organisatoren' müssen den militärischen Formationen entnommen und ihnen die Arbeiter untergeordnet werden. Als eine der Übergangsformen der Durchführung der allgemeinen Arbeitspflicht ist die Verwendung von militärischen Abteilungen bis hinauf zu Armeeformationen vorzubereiten. So ist die dritte Rote Armee in die erste Arbeitsarmee verwandelt und bereits westlich vom Ural zum Aufbau des zerstörten Industriegebiets eingesetzt worden. Die nächsten Punkte ordnen die Beziehungen zwischen den örtlichen Arbeitern und der Arbeitsarmee und regeln das Verpflegungswesen der Arbeitsheere [3]."

So endete die D. P. die ursprünglich als die von den Arbeiterräten ausgeübte kollegiale Herrschaft der Arbeiter untereinander gedacht war, mit einer Herrschaft von einzelnen Diktatoren über die Arbeiter, bzw. mit militärischer Zwangsgewalt über die Arbeiter-

[1] Dr. Hans von Eckardt, Rußland. Wirtschaftsdienst. Nr. 12/13. März 1920. S. 191.

[2] Daselbst.

[3] Derselbe. S. 192.

schaft, und diese Zwangsgewalt steht in schroffem Widerspruch mit den sonst neuerdings eingeführten kapitalistischen Arbeitsmethoden. Denn das kapitalistische Arbeitssystem beruht auf freiwilliger Arbeitsleistung der Arbeiter, die nur durch den Arbeitsvertrag gebunden sind.

Dennoch hat der Gedanke der allgemeinen Arbeitspflicht, der jetzt vom Bolschewismus in den Vordergrund gestellt wird, eine hohe Bedeutung für die Erneuerung unseres Wirtschaftslebens. Nur muß diese Arbeitspflicht eine sittliche sein, sie darf nicht auf äußerlich erzwungenen Maßnahmen beruhen. Die Idee, daß jeder Volksgenosse, unabhängig von seiner ökonomischen und sozialen Stellung, durch seine Tätigkeit einen Beitrag zum Wiederaufbau des Wirtschaftslebens leisten müsse, ist zweifellos richtig. Aber so wenig wie ein Recht auf Arbeit kann eine Pflicht zur Arbeit verfassungsmäßig festgelegt werden, wenn die Volkswirtschaft nicht kommunistisch organisiert ist. Ob es einmal zu dem von Lenin und Trotzki erträumten Zustand kommt, wo jeder Bürger freiwillig und gern nach seinen Fähigkeiten seine Arbeit leistet und auf Grund seiner Bedürfnisse seinen Anteil an dem allgemeinen Produktionsertrag beanspruchen darf, können wir der Zukunft überlassen. Wer diesen Wunderglauben hat, wird durch keine andersartige Argumentation sich überzeugen lassen. Wir haben uns jetzt nicht Zukunftsträumen hinzugeben, sondern harte Gegenwartsarbeit zu leisten. Da gilt es Menschen zu gewinnen die mit vollem Einsatz ihrer Persönlichkeit durch immer verbesserte und verfeinerte Arbeitsmethoden zu einer Steigerung des nationalen Produktionsertrages beitragen. Ob es sich dabei um ein Land wie Rußland handelt, in dem die reichen Naturschätze nur auf solche Organisatoren warten, um dem Land noch die größten Steigerungen des Volksreichtums zu gewährleisten oder um ein Land wie Deutschland, wo nur durch die intensivste geistige Arbeit bei den ungünstigen Naturbedingungen und den uns durch den Friedensvertrag auferlegten weiteren Einbußen an unseren natürlichen Hilfsmitteln es gelingen kann, zu einer Wiedererstarkung unserer wirtschaftlichen Kräfte zu gelangen: in beiden Ländern bedarf es dringend solcher starken Persönlichkeiten im wirtschaftlichen wie im politischen Leben. Um solche Persönlichkeiten zu gewinnen, muß ihnen eine größere Achtung vor der Bedeutung geistiger Arbeit entgegengebracht werden, als es im Bolschewismus der Fall ist. Alles soll — nach bolschewistischer Auffassung — der „schöpferischen Kraft" der Masse anvertraut werden. Diese schöpferische Kraft findet sich immer nur bei einzelnen und die schöpferischen Geister lassen sich nicht von der Masse bevor-

munden —. Wie die Nivellierung aller Arbeitsgenossen, die anfänglich von den Bolschewisten durchgeführt wurde, sich als Fehlschlag erwies, so wird auch die neuere Erwartung, daß solche Persönlichkeiten unter der Aufsicht und Kontrolle der kommunistisch gesinnten Arbeiterführer heranzuziehen seien, sich als Illusion erweisen. Solche Persönlichkeiten können sich nur dann entfalten, wenn ihnen auch die nötige Freiheit und Unabhängigkeit bei ihrer Tätigkeit zuteil wird.

Nachtrag zur zweiten Auflage.

Über die Entwicklung des Bolschewismus von 1920—1924.

I. Der Umschwung vom Sozialismus zum Staatskapitalismus.

Mein Buch: „Die Diktatur des Proletariats und das Rätesystem" war im Mai 1920 zum Abschluß gekommen. In dieser neuen Auflage habe ich an meiner Darstellung der ökonomischen Theorie des Bolschewismus und meiner grundsätzlichen Stellung nichts zu ändern. Die sozialökonomischen Ideen der Bolschewisten sind auf Grund der Quellen von mir dargelegt und behalten auch heute noch ihre Geltung. Dasselbe gilt von meiner Darstellung des Verhältnisses der bolschewistischen Theorie zum Marxismus und zu anderen sozialen Richtungen.

Auch die politische Struktur des Sowjetstaates ist aufrecht erhalten. Die Diktatur des Proletariats und des Rätesystems in ihren politischen und verfassungsmäßigen Formen sind bestehen geblieben.

Was sich aber wesentlich seit der Zeit der Abfassung der ersten Auflage verändert hat, ist die bolschewistische Praxis und Wirtschaftspolitik. Hier sind Umwälzungen so tiefgehender Art eingetreten, daß diese Änderungen in bezug auf Ausmaß und Bedeutung auf eine Stufe mit den Umwälzungen gestellt werden können, die der Bolschewismus gegenüber den vorangegangenen wirtschaftlichen Zuständen hervorgebracht hatte.

Schon in der ersten Auflage war auf die Wandlungen in der Wirtschaftspolitik der Bolschewisten während der Jahre 1917—1921 hingewiesen worden. Wenn diese Änderungen sich auch schon in einer gewissen Rückkehr zur kapitalistischen Wirtschaftsart gezeigt haben, so wurde diese Umwandlung doch innerhalb der sozialistischen Formen des Sowjetstaates vorgenommen. Ich

wies z. B. darauf hin, daß man durch Differenzierung der Arbeitslöhne, durch Heranziehung hochbezahlter Techniker, durch Prämienleistungen für besonders gute Leistungen die ursprüngliche Gleichmacherei aufgab. Die sozialistische Grundlage aber des Wirtschaftssystems blieb unangetastet.

Das Eigentümliche des neuesten Umschwungs besteht darin, daß man in großem Umfang die sozialistische Wirtschaftsordnung zugunsten der individualistischen preisgegeben hat. Was ist die Ursache dieses Umschwungs? Vor allem die Einsicht der Bolschewisten, daß die sozialistische Wirtschaftsform zu einer bedeutenden Herabminderung der Produktivität der russischen Volkswirtschaft geführt hatte. Man sah ein, daß es unmöglich sei, den Sozialismus in einem Land durchzuführen, in dem die Getreideerzeugung auf die Hälfte, die industrielle Produktion auf $^1/_6$ des Ertrages der vorrevulutionären Zeit gesunken war. Kamenew erklärte in seinem Referat über die ökonomische Politik Sowjet-Rußlands (gehalten auf der allrussischen Konferenz der Kommunistischen Partei Rußlands, Moskau, Dezember 1921)[1]: „Die erste Frage, vor die wir uns nach Beendigung des Bürgerkrieges gestellt sahen, war die Frage unserer Landwirtschaft. Und wir haben hier statistische Zahlen, die für die Erklärung unserer neuen ökonomischen Politik vollauf genügen, und die das Fazit unseres ganzen volkswirtschaftlichen Aufbaus ziehen. Diese Zahlen sind folgende: Vor dem Kriege betrug die Ernte in Rußland $4^1/_2$ Milliarden Pud Getreide. Der reale Ernteertrag von 1920 beträgt 2 Milliarden 200 Millionen Pud Getreide. Von $4^1/_2$ Milliarden Pud ist unsere Ernte im Verlaufe des imperialistischen und des Bürgerkrieges auf 2 Milliarden 200 Millionen Pud Getreide gesunken. Mit anderen Worten, wir haben die Hälfte der Ernte eingebüßt. Im Jahre 1920 hatten wir nur die Hälfte von jener Getreidemenge, die Rußland vor dem Kriege und vor der Revolution erzeugt hat. Wir können natürlich keine Politik verfolgen, die diesem grundlegenden Faktor, der Verringerung der Ernte um 50 % nicht Rechnung trägt; denn es betrifft die Existenzquelle für die breitesten Massen und die Grundlage unserer Landwirtschaft." . . . . „Es ist schwer den Kommunismus in einem Lande zu verwirklichen, das auf ökonomischem Gebiete so zurückgeblieben ist wie Rußland, und es versteht sich von selbst, daß es noch viel schwieriger ist und daß eine weit kompliziertere Politik notwendig ist, um den Kommunismus in einem Lande aufzubauen,

[1]) Russ. Korrespondenz Jahrg. 3, Bd. 1, S. 25.

das ein Viertel seines bebauten Bodens und die Hälfte seiner Ernte verloren hat. Wenn Sie nachprüfen, aus welchen Elementen sich diese fehlende Milliarde zusammensetzt, so werden Sie sehen, daß Rußland vor dem Kriege jährlich 600 Millionen Pud Getreide ins Ausland ausgeführt hat, während die Verpflegung der Armee, der Städte und der Industrie jährlich 400 Millionen Pud erforderte."

Über die Industrie berichtet Kamenew folgendes: „Wenn man wieder die objektiven Produktionszahlen von 1913 und 1920 heranzieht, die ich den offiziellen Berichten des Obersten Volkswirtschaftsrates entnehme, so ergibt sich folgendes: die Kohlenförderung betrug im Jahre 1913 1738409000 Pud, im Jahre 1920 406 Mill. Pud. Die entsprechenden Zahlen der Naphthaproduktion sind 562000 und 250000; der Erzgewinnung 638 Mill. und 10 Mill.; Salz 121 Mill. und 37 Mill.; Eisen 259 Mill. und 6 Mill. Eine lange Tabelle enthält ähnliche Zahlen aus allen Produktionsgebieten. Gen. Bogdanow wird sie in seinem Bericht wahrscheinlich ausführlicher behandeln; — ich erwähne nur das Ergebnis. Im Frühjahr 1921 konnten wir konstatieren, daß die Produktion unserer Industrie um 80 % gesunken ist; sie beträgt nur 20 % von dem, was in der Vorkriegszeit geleistet wurde."

Eine weitere Ursache war das Versagen der Internationale. Ich hatte in meiner Schrift dargelegt, daß die Hoffnung der Bolschewisten war, daß ihr revolutionäres Vorgehen in den übrigen Staaten der Welt Nachahmung fände und daß in allen europäischen Kulturländern der Kapitalismus durch die sozialistische Wirtschaftsform ersetzt würde. Als sich diese Hoffnungen in keiner Weise verwirklichten, schien vollends die Aussicht auf eine erfolgreiche Durchführung der bolschewistischen Wirtschaftspolitik ausgeschlossen.

Die bolschewistischen Führer haben also wegen der verheerenden Wirkung, die die sozialistische Wirtschaft auf die Produktionsergebnisse hatten, in bewußter Weise den Übergang zu einem neuen Wirtschaftsrecht und zu einer neuen Wirtschaftspolitik vollzogen, für welche sie den Namen „Staatskapitalismus" geprägt haben.

Was ist unter Staatskapitalismus zu verstehen? Da diese Bezeichnung ebenso mißverständlich und zweideutig ist, wie der Ausdruck „Staatssozialismus", soll ihr Sinn zunächst im allgemeinen erläutert werden. Alles einzelne ergibt sich aus den positiven gesetzlichen Bestimmungen, die ich später mitteilen werde. Wörtlich genommen, müßte der Ausdruck „Staatskapitalismus" bedeuten: die staatliche Besitzergreifung und Durchführung der kapitalistischen Wirtschaft, d. h. Besitz, Betrieb und Ver-

waltung der Kapitalien durch den Staat. In diesem Sinne würde Staatskapitalismus genau identisch mit Staatssoziálismus im strengen Wortsinn sein, denn auch Staatssozialismus bedeutet wörtlich genommen: die vom Staat durchgeführte Wirtschaft. Dieser Sinn soll aber keineswegs mit der Bezeichnung Staatskapitalismus verbunden sein, sondern es soll tatsächlich heißen: Kapitalismus unter staatlicher Kontrolle, oder staatlich „gezügelter" und „gebändigter" Kapitalismus im Gegensatz zu dem schrankenlosen ungezügelten Kapitalismus wie er in der freien Konkurrenzwirtschaft hervortritt. Also: gewisse Betriebe, die ihrer Natur nach sich für die öffentliche Bewirtschaftung eignen, sollen in Händen des Staates sein; die große Mehrzahl der Betriebe aber soll von Privateigentümern durchgeführt werden, die einer staatlichen Oberaufsicht unterstellt werden. Da dies der wirkliche Sinn der Bezeichnung „Staatskapitalismus" ist, so ergibt sich daraus, daß die Bolschewisten in der neusten Etappe ihrer Entwicklung das Wirtschaftssystem einführen, welches die westeuropäischen Länder schon seit vielen Jahrzehnten haben. Denn der Kapitalismus sans phrase, eine schrankenlose kapitalistische Wirtschaft hat es nie und nirgends gegeben. Diese Wirtschaftsweise hat dem Manchestertum als Ideal vorgeschwebt, ist aber niemals realisiert worden. Selbst in den Ländern, deren Wirtschaftspolitik in größtem Maße von individualistischem Geiste erfüllt ist, in England und Amerika, hat der Staat niemals von Eingriffen in das Privateigentum und in die privatwirtschaftliche Betätigung der Unternehmer Abstand genommen. Man hat daher die deutsche Wirtschaftspolitik der letzten 50 Jahre, bei welcher diese Eingriffe besonders große gewesen sind, als Staatssozialismus bezeichnet, ein Ausdruck, der aber wie oben schon angeführt, ebenso mißverständlich ist, wie die Bezeichnung Staatskapitalismus.

In Einer Hinsicht unterscheidet sich allerdings der Staatskapitalismus der neuen russischen Wirtschaftspolitik von dem Staatskapitalismus der westeuropäischen Länder, nämlich darin, daß der russische Staat infolge der verfassungsmäßigen politischen Einrichtungen, besonders durch das Rätesystem ein „Arbeiterstaat" ist und daß daher die staatliche Kontrolle und Oberaufsicht in diesem Fall bedeutet, daß die Betriebe im Interesse der Arbeiter bzw. der Kleinbauern durchgeführt werden sollen. Aber dieser Unterschied ist ein rein politischer; wirtschaftlich ist er von keiner Bedeutung, denn sobald einmal die Produktionsmittel sich in den Händen von Privateigentümern befinden und zu ihrem Privatnutzen durchgeführt werden dürfen, macht es keinen Unterschied, ob die staatliche kontrollie-

rende Instanz ein Arbeiterrat ist oder wie in der deutschen Reichskali- und Reichskohlengemeinschaft aus Vertretern der Arbeiterschaft und anderer Gesellschaftsklassen zusammengesetzt ist. Die eigentliche Verantwortung und Leitung der Betriebe wird in beiden Fällen bei den Unternehmern ruhen müssen. Die kontrollierenden Staatsinstanzen können immer nur eine dekorative Rolle spielen.

Mit bewundernswerter Offenheit wird dieser Umschwung von den Bolschewistenführern zugegeben und begründet, wie sich das aus verschiedenen Äußerungen ergibt, die ich später noch zitieren werde. Aber so offen und ehrlich die bolschewistischen Führer auch diese Meinungsänderung zugeben, sie wollen doch andererseits theoretisch an ihren sozialistischen Grundprinzipien festhalten, und so findet man in fast allen Reden, Broschüren und offiziellen Veröffentlichungen aus den letzten 3 Jahren einen höchst eigentümlichen Widerspruch. Auf der einen Seite wird ungeschminkt eingestanden, daß die sozialistische Wirtschaft ein Fiasko erlitten hat, auf der andern Seite aber nachdrücklich betont, daß an den sozialistischen Grundsätzen nicht gerüttelt werden dürfe. Um das sozialistische Glaubensbekenntnis nicht preisgeben zu müssen, schmücken die Bolschewisten ihre Proklamationen der neuen Wirtschaftspolitik gern mit der Phrase, daß auch dies alles vom sozialistischen Geiste erfüllt und im Interesse der sozialistischen Entwicklung geschähe, oder mit ähnlichen Redewendungen. Wir haben hier eine ganz analoge Erscheinung zu der Entwicklung in Deutschland. Auch da hat man in der neuen Reichsverfassung, im Sozialisierungsgesetz und bei anderen Proklamationen gern Sätze aufgenommen, die auf eine gewisse sozialistische Entwicklung hinweisen sollen, obwohl die ökonomische Struktur Deutschlands unter der neuen Verfassung und unter diesem neuen Gesetze keineswegs sozialistisch ist. Man erinnere sich etwa solcher Sätze, wie der im Artikel 157 der neuen deutschen Reichsverfassung: „Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutze des Reiches", oder Artikel 163: „Jeder Deutsche hat unbeschadet seiner persönlichen Freiheit die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert."

Aber noch ein weiteres Zugeständnis und Eingeständnis muß aus den Reden und Schriften der bolschewistischen Führer der letzten Jahre hervorgehoben werden, das zur kritischen Beurteilung des Bolschewismus von großer Bedeutung ist. Bei ihrer Erklärung und Begründung des Umschwungs von der sozialistischen zur sog. staatskapitalistischen Wirtschaft sagen die Bolschewistenführer in voller

Offenheit, daß sie bei der Einführung der sozialistischen Wirtschaft gar nicht darüber im Zweifel waren, daß diese Wirtschaftsform undurchführbar gewesen sei und mit schweren Schädigungen für die russische Produktionswirtschaft hätte verbunden sein müssen. Bei der Durchführung der sozialistischen Wirtschaftsverfassung hätten sie nur an ein politisches Druck- und Machtmittel gedacht, es habe sich nur um einen Akt des Terrors gehandelt. Sie hätten durch die Enteignung der Privatbetriebe den Kapitalisten einen Schrecken einjagen wollen, um ihre politische Macht zu dokumentieren und zu befestigen. Von vornherein aber seien sie sich bewußt gewesen, daß ein dauernder Bestand dieser sozialistischen Wirtschaft ganz ausgeschlossen gewesen wäre. In welchem Lichte erscheinen jetzt die theoretischen ökonomischen Werke von Lenin, Trotzki u. a., in denen unter großem Aufwand von Gelehrsamkeit und „wissenschaftlichem" Material aller Art, der Nachweis von der unbedingten Verwerflichkeit des Kapitalismus und der absoluten Vorzüglichkeit der sozialistischen bzw. kommunistischen Wirtschaft demonstriert wurde.

Ich will jetzt das bisher Gesagte durch die Anführung von Stellen aus Reden und Schriften bolschewistischer Führer belegen.

II. Äußerungen von Führern des Bolschewismus über die neue Wirtschaftspolitik und den sog. Staatskapitalismus.

1. Der Übergang zur neuen Wirtschaftspolitik im allgemeinen.

Lenin in seiner Rede über die neue ökonomische Politik Sowjet-Rußlands (gehalten auf dem IX. Allrussischen Sowjetkongreß, Moskau, Dezember 1921): „In dem ökonomischen Wettkampf erlitten wir eine ganze Reihe von Niederlagen. Wir brauchen uns hier auch gar nicht zu scheuen, dies zuzugeben, sondern ganz im Gegenteil: nur dann werden wir siegen lernen, wenn wir uns nicht scheuen werden, unsere Niederlagen und Mängel zuzugeben, wenn wir der Wahrheit, selbst der allertraurigsten, offen ins Gesicht blicken werden [1])". . . . . „Gebt mir eine Liste jener Leute, die Ihr zur Wirtschaftsarbeit bestimmt, die Ihr ganz und nicht etwa in der Weise durchgeführt habt, daß Ihr zwanzig Dinge unternommen und dann aus Zeitmangel kein einziges zu Ende geführt habt. Bei unseren Sowjetsitten ist es nicht üblich, eine Wirtschaft ganz durchzuführen, mehrere Jahre hindurch Erfolg zu haben; vielmehr fürchtet man

[1]) S. 10.

sich, von jenem Kaufmann zu lernen, der 10 % Profit gewinnt und noch mehr in die Tasche steckt. Es ist vielmehr so, daß man eine schöne Resolution über Rohstoffe schreibt und sagt, daß wir, die Vertreter der Kommunistischen Partei, der Gewerkschaften, das Proletariat sind. Entschuldigt bitte einmal; was heißt Proletariat? Das ist eine Klasse, die in der Großindustrie arbeitet. Wo aber ist die Großindustrie? Was ist das für ein Proletariat? Wo ist Eure Großindustrie? Warum steht sie still? Warum sind keine Rohstoffe vorhanden? Habt Ihr es fertig gebracht, Euch welche zu beschaffen? Ihr schreibt eine Resolution, daß man sie beschaffen müsse und schon sitzt Ihr im Dreck. Und man sagt, das wäre eine Dummheit. Folglich seht Ihr jener Gans ähnlich, deren Vorfahren Rom gerettet haben. Die Geschichte hat uns gegenwärtig eine Arbeit auferlegt: Es handelt sich darum, den größten politischen Umsturz durch langsame, schwere, harte, ökonomische Arbeit zu krönen, für die sehr lange Fristen festgesetzt sind[1])". In einer späteren Rede über die äußere und innere Lage (auf dem XI. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands 28. März bis 4. April 1922) erklärte er: „Wir haben in diesem Jahre vollkommen klar bewiesen, daß wir nicht wirtschaften können." . . . . . „Jetzt ist es notwendig, zu zeigen, daß Ihr in der schwierigen gegenwärtigen Lage praktisch der Wirtschaft der Arbeiter und Bauern helfen könnt, damit sie sehen, daß Ihr den Wettkampf bestanden habt. Die gemischten Gesellschaften, an denen die Privatkapitalisten, einheimische und ausländische, und die Kommunisten teilnehmen, diese Gesellschaften sind eine der Organisationen, in denen man den Wettkampf richtig veranstalten und zeigen kann, in denen man lernen kann, der Bauernwirtschaft zu helfen, ihre Bedürfnisse zu befriedigen, ihr zu helfen, vorwärts zu kommen[2])". . . . . „Wir verfügen über die politische Macht und über eine ganze Menge aller möglichen wirtschaftlichen und anderer Mittel, über alles Mögliche, nur nicht über das Können. Das Können fehlt uns. Werden wir diese einfache Lehre aus den Erfahrungen des abgelaufenen Jahres ziehen, und uns von ihr das ganze Jahr 1922 leiten lassen, so werden wir auch diese Schwierigkeit überwinden, obgleich sie bedeutend größer ist, als die vorher erwähnte Schwierigkeit, da sie in uns selbst liegt[3])". . . . . „Der Kernpunkt liegt darin, daß die Leute nicht richtig verteilt sind, darin, daß verantwortliche Kommunisten, die ausgezeichnet während der ganzen Revolution gearbeitet haben, jetzt in jenen Handels- und

[1]) S. 19. [2]) S. 251. [3]) S. 253.

Industrieunternehmungen, von denen sie nichts verstehen, tätig sind und auf diese Weise die Wahrheit maskieren, da die Schurken sich ausgezeichnet hinter dem Rücken dieser Kommunisten verbergen. Der Kernpunkt liegt darin, daß die praktische Prüfung des Geschaffenen nicht stattfindet. Das sind prosaische, kleine Aufgaben, das ist die Kleinarbeit [1])".

2. Definitionen vom Staatskapitalismus.

Sinowjew: „Der Staatskapitalismus ist jener Kapitalismus, den wir zu organisieren verstehen werden, dieser Staatskapitalismus ist mit dem Staat verknüpft, der Staat aber, das sind die Arbeiter, das ist der fortschrittlichste Teil der Arbeiter, das ist die Avantgarde, das sind wir. Oder, indem man diese etwas unsinnigen Formulierungen kurz faßt, kann man wohl sagen, daß die „Staatskapitalismus" getaufte ökonomische Ordnung Sowjet-Rußlands, die innerhalb bestimmter Grenzen vom „proletarischen Staat" ausgehende Zulassung des diesem untergeordneten, für ihn arbeitenden und seiner Aufsicht unterstellten Privatkapitals, dessen Beteiligung an der Produktion bedeutet [2]). Kamenew: „Wir müssen einsehen, daß wir alle diese Einrichtungen — Banken, Börsen und sonstigen Krediteinrichtungen — so organisieren müssen, daß der Staat seine Macht im Interesse des Proletariats nützt, und daß jene Kontrolle zustande kommt, die Morgan und Rockfeller eben mit Hilfe dieser Meßapparate zugunsten der Bourgeoisie ausüben [3])".

Trotzki: „Was die Ausnützung der vom Kapitalismus geschaffenen Methoden und Einrichtungen zur Regulierung der Wirtschaft betrifft, so werden alle Arbeiterstaaten in diesem oder jenem Grade dieses Stadium auf dem Wege vom Kapitalismus zum Sozialismus durchlaufen müssen, d. h. jede neue Arbeiterregierung wird nach der in diesem oder jenem Grade unvermeidlichen Zerstörung der kapitalistischen Wirtschaftsorgane während des Bürgerkrieges (der Börsen, Banken, Trusts, Syndikate) diese Organe wieder herstellen, sie sich politisch unterordnen und nach ihrer organisatorischen Verknüpfung mit dem Gesamtmechanismus der proletarischen Dik-

[1]) S. 264.

[2]) G. Sinowjew, Über die antisowjetistischen Parteien und Strömungen. Referat auf der Allrussischen Konferenz der Kommunistischen Partei Rußlands. Moskau, August 1922. Russ. Korr. S. 617.

[3]) L. Kamenew, Die ökonomische Politik Sowjet-Rußlands. Referat, auf der Allrussischen Konferenz der Kommunistischen Partei Rußlands. Moskau, Dezember 1921. a. a. O. S. 32.

tatur sich ihrer in schöpferischer Arbeit bemächtigen müssen, um mit ihrer Hilfe allmählich den Umbau der Wirtschaft auf sozialistischen Grundlagen zu vollziehen [1])".

3. Das Übermaß von Plänen und Dekreten.

Lenin: „Wir befinden uns wirklich in der Lage — und zwar in der dummen Lage — der Leute, die endlos, ohne Unterlaß beraten, Ausschüsse bilden, Pläne entwerfen usw. In dem russischen Leben gab es ehemals den Oblomowtyp. Oblomow lag im Bett und machte Pläne. Seitdem ist viel Zeit verflossen, Rußland hat drei Revolutionen durchgemacht, aber die Oblomows leben nach wie vor [2])". . . . .: „Werden die Verordnungen der verantwortlichen kommunistischen Leiter bei uns ausgeführt? Verstehen diese Leiter die Sache auf die richtigen Grundlagen zu stellen? Nein, und das ist gerade für unsere Innenpolitik ausschlaggebend. Was sind unsere Ausschußsitzungen? Nichts als Spiel [3])".

4. Über den terroristischen Charakter der sozialistischen Wirtschaftsordnung der Bolschewisten.

Kamenew: „Ich möchte Sie bitten, Genossen, der hier gegebenen Charakteristik der Beweggründe für die Nationalisierung die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Sogar die Zahlen liefern den direkten Beweis, daß die Beweggründe für die Nationalisierung großer Industriezweige vor allen Dingen strafrechtlicher Natur waren, mit anderen Worten, — es waren Abwehrmaßnahmen des Proletariats während des direkten und unmittelbaren Kampfes gegen die Bourgeoisie, die ihre Unternehmungen stillegte und sie zum Werkzeug des politischen und wirtschaftlichen Kampfes machte. Diese rein politischen Motive waren die Grundlage eines überwiegenden Teiles unserer Nationalisierung. Motive rein wirtschaftlicher Art, die die Nationalisierung nach einem bestimmten Plan anzustreben und demgemäß diese oder jene Industriezweige zu erfassen suchten, — solche wirtschaftlichen Motive spielen erst in unserem zweiten Plan eine wesentliche Rolle. Im Vordergrunde unserer damaligen wirtschaftlichen Maßnahmen standen politische Motive. Wenn wir uns nun weiter fragen, wie wir diese ungeheure Masse von Betrieben, die

[1]) Trotzki, Die Wirtschaftslage Sowjet-Rußlands vom Standpunkt der Aufgaben der sozialistischen Revolution. Russ. Korr. S. 737.

[2]) Lenin, Zur Lage. Rede in der Fraktionssitzung des Allrussischen Verbandstages der Metallarbeiter. Moskau, am 6. März 1922. a. a. O. S. 336.

[3]) a. a. O. S. 337.

wir aus politischen und nicht aus wirtschaftlichen Gründen übernahmen, leiteten, wie wir den Verwaltungsapparat dieser Betriebe aufbauten, um sie als unmittelbares Kampfmittel gegen die Bourgeoisie zu organisieren, — und wenn wir danach die Frage zu beantworten versuchen, ob die alte Wirtschaftspolitik ein Fehler war oder nicht, so möchte ich Ihnen Zeugenaussagen über die Art der Organisierung der an das Proletariat übergegangenen Industriezweige zitieren. Folgendes schreibt Genosse Larin: „„Eine ganze Reihe von wirtschaftlichen Hauptstellen habe ich auf anarchistische Weise geschaffen, indem ich den Beschluß ihrer Einrichtung einfach im Regierungsblatt, nur mit meiner Unterschrift versehen, veröffentlichte (Hauptstellen für Zucker, Papier, Tee, Holz, Seife und andere). In derselben anarchistischen Weise habe ich auch das Gesetz der Einführung des Achtstundenarbeitstages in Rußland und einige andere Gesetze veröffentlicht. Eine ganze Reihe von anderen „Hauptstellen" ist in ähnlicher Weise durch Genossen Rytow und mich entstanden (Hauptstellen für Tabak, Streichhölzer usw.), ebenfalls ohne Erörterung in einer der drei damals bestehenden gesetzgeberischen Instanzen (Zentral-Exekutiv-Komitee, Rat der Volkskommissare und Präsidium des Volkswirtschaftsrates)"".

Diese Worte wurden schon vor längerer Zeit niedergeschrieben, und ich habe sie nicht angeführt, um zu polemisieren, oder um zu ändern, was nicht geändert werden kann, sondern um zu charakterisieren, welche unbedeutende Rolle die wirtschaftlichen Erwägungen bei dem, was wir die „alte ökonomische Politik" nennen, gespielt haben. Wie Sie gesehen haben, war die Nationalisierung kein Versuch eine bestimmte sozialistische Wirtschaft aufzubauen, sondern ein politisches Werkzeug der Expropriation der Bourgeoisie. Das Verwaltungsschema, wie es Larin schildert, war also kein reiflich überlegtes System der Verwaltung dieser oder jener Zweige der Volkswirtschaft, das nur auf Grund einer ungeheuren statistischen Vorarbeit und nach eingehenden Erörterungen zustande kommen konnte [1])".

Sokolnikow: „Wir haben dieses gefährlichste aller Mittel, die Auflösung und Zerrüttung der Wirtschaft, angewandt, um unsere Feinde wirtschaftlich zu desorganisieren und sie dadurch aller wirtschaftlichen Hilfsquellen, aller wirtschaftlichen Einflußmittel, jeder Grundlage und wirtschaftlichen Macht zu berauben. Deshalb bin ich der Überzeugung, daß dieses Programm, das den wirtschaftlichen

[1]) Kamenew, a. a. O. S. 22—23.

Terror gegenüber dem gesamten bürgerlichen Regime anwandte, dieses Programm, das der Arbeiterklasse alle Hilfsquellen des Staates, das gesamte Getreide und Vieh der Bauern während des Krieges zur Verfügung stellte, daß diese Politik gerechtfertigt wurde durch den Sieg, welchen wir davongetragen haben. Es ist aber offensichtlich, daß eine weitere Fortführung dieser Politik nach dem Sieg ein Irrtum gewesen wäre, und deshalb mußte man sich zu unserer gegenwärtigen Wirtschaftspolitik entschließen [1])".

5. Über das Versagen der Internationale.

Sokolnikow: „Rußland muß unbedingt in das es umgebende wirtschaftliche Milieu eintreten. Sogar unter dem Regime des kapitalistischen Besitzes geht eine gewisse Weltarbeitsteilung vor sich, und wenn in einem Lande die Revolution den Sieg davongetragen hat, so ist damit noch lange nicht diese Arbeitsteilung aus der Welt geschafft. Ebenso ist auch die Rolle, die Rußland bis zur sozialen Revolution in der europäischen Wirtschaft gespielt hat, noch nicht zu Ende. Dies kann vielleicht geändert werden, aber dann ist es mit einem Prozeß verbunden, der Jahre in Anspruch nimmt. Und wenn das rückständige Rußland, das in der Hauptsache ein Agrarstaat ist, wenn Sowjet-Rußland oder die Kommunistische Partei dies ignorieren wollte, so wäre dies eine Politik offensichtlicher wirtschaftlicher Reaktion [2])."

III. Das neue Wirtschaftsrecht und die neue Wirtschaftspolitik.

A. Der landwirtschaftliche Boden.

Bei der überragenden Bedeutung der Landwirtschaft in Rußland, dessen Bevölkerung zu 80 % aus Bauern besteht, stand die Regelung der Bauernfrage bzw. des bäuerlichen Betriebes im Vordergrund der revolutionären Wirtschaftspolitik der Bolschewisten.

Hierbei hatte sich der Bolschewismus zwei Aufgaben gestellt: die negative: die Beseitigung des privaten Großgrundeigentums, und die positive: die Schaffung bäuerlicher Wirtschaften auf kommunistischer Grundlage. Die hierauf bezüglichen Dekrete über die

[1]) „Die neue Wirtschaftspolitik Sowjet-Rußlands", Vortrag gehalten in der Sitzung der Erweiterten Exekutive der K. J. am 1. März 1922. a. a. O. S. 324.

[2]) a. a. O. S. 325.

„Nationalisierung" des Bodens, habe ich oben (S. 23) angegeben. Es ist den Bolschewisten gelungen, die negative Aufgabe des Programms zu erfüllen. Der Großgrundbesitz ist zerschlagen und aufgelöst. Die positive Aufgabe haben sie nicht zu erfüllen vermocht. Es war nicht möglich, die bäuerliche Wirtschaft auf kommunistischer Basis durchzuführen. Als Ideal schwebte dem Bolschewismus der sozialisierte landwirtschaftliche Großbetrieb vor: Durch kommunistische, bzw. genossenschaftliche Großbetriebe sollte das Recht jedes einzelnen auf Land verwirklicht werden. Jeder am Bodenanbau beteiligte Landwirt sollte ein gleiches Bodennutzungsrecht haben. Landwirtschaftliche Lohnarbeit war verboten. Jeder einzelne sollte nur so viel Land besitzen, als er mit seiner Familie selbst bearbeiten konnte. Wo individueller bäuerlicher Besitz dieser Weise vorhanden war, durfte er auch in diesem Rahmen bestehen bleiben.

Ein sehr wichtiger Teil der bolschewistischen Agrarpolitik bestand darin, daß die Bauern alle Produktionsüberschüsse zwangsweise an den Staat abliefern mußten. In diesem Punkte erlitten die Bolschewisten ein völliges Fiasko. Weil die Bauern alle Produktenüberschüsse an den Staat abliefern mußten, wurden die Bauernwirtschaften Selbstversorgungswirtschaften, aber keine Marktwirtschaften mehr. Sie blieben mit den Getreideablieferungen im Rückstand, hatten kein Interesse an der Intensivierung ihres Betriebes und so wurde die Versorgung der Städte mit Getreide gefährdet. Infolge des oben erwähnten großen Rückganges der industriellen Produktion fehlte es oft auch den städtischen Arbeitern an den nötigen Mitteln, die Industrieprodukte gegen Agrarprodukte einzutauschen. So drohte ein Riß zwischen dem staatlichen Proletariat und der Bauernschaft, wie es Kamenew offen zugesteht. „Wir können dem Bauernmarkt nur sehr wenig Waren zuführen. Aber wenn wir dem Bauern für seine landwirtschaftlichen Erzeugnisse keine Fabrikate liefern können, so werden die Beweggründe fehlen, um die jetzige Verbrauchswirtschaft des Bauern in eine Produktionswirtschaft zu verwandeln. Er wird dabei bleiben, nur soviel zu erzeugen, wie er und seine Familie verbraucht, und keine Reglementierung der Landwirtschaft, keinerlei Dekrete über die Vergrößerung der Saatenfläche werden die Lage ändern können. Der Bauer muß die reale Überzeugung haben, daß jede überzählige Garbe, die er erzeugt, ihm die Möglichkeit gibt, etwas für ihn Notwendiges zu erwerben [1])".

[1]) Kamenew, Russ. Korr. S. 31.

Diese Zustände waren der Hauptanlaß zum Umschwung der bolschewistischen Wirtschaftspolitik und führten zu neuen Maßregeln der Agrarpolitik seit 1921.

1. Das Dekret vom 29. März 1921 über die Naturalsteuer.

Dem Bauer sollte wieder ein Anreiz gegeben werden, möglichst viel zu produzieren. Zu diesem Zweck wurde die zwangsweise Getreidelieferung beseitigt und eine Naturalsteuer eingeführt. Ein Teil der Ernte sollte dem Staate abgeführt werden. Alles übrige kann der Bauer jetzt auf dem freien Markte verwerten. Diese Öffnung des freien Marktes und die Einführung des freien Handels bildete den Wendepunkt der wirtschaftlichen und rechtlichen Politik des Sowjetstaates. Das grundlegende Gesetz ist die Verordnung des A.Z.V.A. (Des Allrussischen Zentralvollzugs-Ausschusses) vom 21. März 1921: „Um einen geregelten und sicheren Verlauf der Wirtschaftsführung sicherzustellen . . ., wird die Lieferungsration für Nahrungsmittel, Rohstoffe und Futtermittel durch eine Naturalsteuer ersetzt. Diese Naturalsteuer muß niedriger sein als die jetzige Belastung durch die Lieferungsration. Der Gesamtbetrag der Steuer ist so zu berechnen, daß sie den notwendigsten Bedarf des Heeres, der städtischen Arbeiter und der nichtlandwirtschafttreibenden Bevölkerung deckt. . . ."

Diese Steuer ist im Laufe der Zeit in mehrfacher Hinsicht geändert worden. Durch ein in der Sitzung des Rats der Volkskommissare vom 10. Februar 1922 angenommenes Reglement wurde die bis dahin auf Getreide, Heu, Ölsamen, Kartoffeln, Milchprodukte, Fleisch, Eier, Geflügel, Honig, Gemüse, Wolle, Fasern, Hanf, Häute und Felle, tierische Abfälle und Tabak erhobene Naturalsteuer in eine einheitliche Naturalsteuer abgeändert. Die wichtigste Neuerung besteht darin, daß die Naturalsteuer nunmehr für alle Produkte nach einem Einheitsmaß, dem Pud Roggen, bemessen wird. Durch neue Gesetze und Verordnungen ist die Zahl der Steuerobjekte und die Höhe der Steuersätze vielfach abgeändert worden [1]). Trotzki hebt die Bedeutung der neuen Regelung besonders hervor: „Von den Methoden des Kriegskommunismus ging der Sowjetstaat zu den Methoden des Marktes über. Er ersetzte die Zwangserfassung der Überschüsse durch die Naturalsteuer und gewährte der Bauernschaft die Möglichkeit, die Überschüsse frei auf dem Markte zu verkaufen [2])"....

[1]) Der neue Kurs in Rußland. Jena 1923, S. 78 u. 79.

[2]) Die Wirtschaftslage Sowjet-Rußlands vom Standpunkt der Aufgaben der Sozialistischen Revolution. Russ. Korr. S. 734.

„Das wichtigste politische und wirtschaftliche Ergebnis der neuen Wirtschaftspolitik ist die wirkliche und dauernde Verständigung mit der Bauernschaft, die durch den Zutritt zum freien Markt einen Anstoß erhalten hat zur Erweiterung und Intensivierung ihrer Wirtschaft. Die Erfahrungen des letzten Jahres, insbesondere die Vermehrung der Wintersaat, geben alle Veranlassung, eine weitere systematische Hebung der Landwirtschaft zu erwarten. Dadurch wird nicht nur ein Nahrungsmittelfonds für die industrielle Entwicklung Rußlands geschaffen, sondern auch ein höchst wichtiger Warenfonds für den Außenhandel. Von nun an wird das russische Getreide in immer größeren Mengen auf dem europäischen Markt erscheinen [1]).

2. Die neue Gesetzgebung über das landwirtschaftliche Grundeigentum.

Wenn auch die Verwertung der Agrarprodukte durch die bereits mitgeteilten Bestimmungen auf eine neue Basis gestellt war, so blieb doch noch eine andere Quelle der Ungleichheit und der Streitigkeiten bestehen. Die mangelhafte Codifizierung des Eigentumsrechtes am Boden.

Hier hatte die bolschewistische Gesetzgebung zu einem Wirrwarr von Bestimmungen und zu vielerlei Unklarheiten geführt. Ossinski bemerkt hierüber: „Man muß sagen, daß unsere Revolution, die die Bodennutznießung durch die Bauern erweitert hat, den Wirrwarr in den Bodenbesitzverhältnissen absolut nicht geklärt, sondern vielleicht noch verwickelter gestaltet hat. Die Bodenschnurstücke, wie sie früher bestanden, sind auch jetzt vorhanden: sie sind durch unsere bodenreformerische Tätigkeit nicht beseitigt worden und unvermindert wie vor der Revolution bestehen geblieben. Andererseits befriedigte die gesellschaftliche Form der Bodenbenutzung den Bauer nicht, und es begann mit der neuen Wirtschaftspolitik, sobald die Bauernschaft an die Bodenbearbeitung herantrat, ein verstärktes Drängen der Bauern nach Klärung dieser Seite der Bodenfrage [2]).

Das neue russische Bodenrecht ist codifiziert

a) in dem Beschluß des A.Z.V.A. über die familienwirtschaftliche Landnutzung vom 22. Mai 1922,

---

[1]) a. a. O. S. 735.

[2]) Ossinski, Die Lage der Landwirtschaft. Referat, gehalten auf der Allrussischen Konferenz der Kommunistischen Partei Rußlands. Moskau, Dezember 1921. Russ. Korr. S. 42.

b) im Agrargesetzbuch vom 30. Oktober 1922.

Die neue Agrargesetzgebung bedeutet eine große Konzession an das Privateigentum gegenüber den früheren kommunistischen Tendenzen.

Zwar formell wird der Boden nach wie vor als Staatseigentum erklärt.

§ 1 des Agrargesetzbuches lautet: Durch Verordnung der Allrussischen Rätekongresse der Arbeiter-, Bauern- und Rote-Armeedeputierten ist das private Eigentumsrecht am Boden, Erdinnern, an Gewässern und Wäldern im Gebiete der R.S.F.S.R. für immer aufgehoben.

§ 2. Alle Ländereien im Gebiete der R.S.F.S.R., in wessen Verwaltung sie sich auch befinden mögen, sind Eigentum des Arbeiter- und Bauernstaates.

§ 27. Der An- und Verkauf, die testamentarische Zuwendung oder Schenkung und die Verpfändung von Land ist unzulässig.

Und analog lautet § 21 des Bürgerlichen Gesetzbuches: Sozialisierung des Bodens. Der Boden ist Eigentum des Staates und kann nicht Gegenstand des Privatverkehrs sein. Der Besitz am Boden ist nur auf Grund Nutzungsrechtes zulässig.

§ 53. „Der Boden, die Bodenschätze, die Wälder, die Gewässer, die dem allgemeinen Gebrauch dienen, deren rollendes Material und Flugzeuge können ausschließlich Eigentum des Staates sein.

Aber was bedeutet diese gesetzliche Bestimmung? Doch nur, daß der Staat ein Obereigentum über den Boden hat, daß dem privaten Bodenbenutzer keine willkürliche Gewalt über den Boden zusteht. Ein solches Obereigentum des Staates besteht in verschiedenem Ausmaße in allen westeuropäischen Ländern. Selbst in England ist eine willkürliche Ausnutzung des Bodeneigentums, wie zahlreiche Agrargesetze beweisen, ausgeschlossen. Maßgebend für die Eigentumsfrage ist erstens: wie steht es mit der Verwertung der Agrarprodukte? und zweitens, wer hat das Nutzungsrecht am Boden? Gerade wie in ersterer Hinsicht durch die neuen Bestimmungen über den freien Handel mit Agrarprodukten eine Annäherung an das individualwirtschaftliche Prinzip stattgefunden hat, ist auch das neue Bodennutzungsrecht in weitgehendem Maße dem privaten Grundeigentumsrecht angenähert.

In der neuen Agrargesetzgebung ist die private Betätigung nicht nur zugelassen, sondern auch gegenüber dem Zustand des alten vorrevolutionären Rußlands erleichtert, vor allem: das private Nutzungsrecht ist anerkannt. Nach dem neuen Agrargesetzbuch haben alle Bürger, die

den Boden mit ihrer Arbeitskraft zu bewirtschaften wünschen, das Recht auf landwirtschaftliche Bodennutzung. Wer das Land zu diesem Zwecke zu erwerben wünscht, wird damit ausgestattet, entweder von der Bodengemeinde, in deren Verband er eintritt, oder von der Agrarbehörde, wenn diese über einen geeigneten Landvorrat verfügt. Die Form der Landnutzung kann eine sehr verschiedenartige sein.

a) die Dorfgemeindliche (die alte Mirverfassung) mit periodischer Neuverteilung des Landes,

b) die feste Hofnutzung mit unveränderlichem Maße des Rechts des Hofes auf Land, in Gestalt von unseparierten, separierten oder Einzelhofstücken,

c) die genossenschaftliche mit gemeinsamer Nutzung des Landes durch die Gemeindemitglieder, die eine landwirtschaftliche Kommune, ein Artel, oder eine Genossenschaft mit gemeinsamer Bodenbearbeitung bilden,

d) die Gemischte, mit verschiedenen Nutzungsformen für die verschiedenen Kulturarbeiten.

Die Hauptbedeutung der Reform liegt darin, daß der Bauer jetzt wieder zum Einzelbesitz übergehen kann und daß dieser Übergang erleichtert wird. Für das Ausscheiden aus dem Mir sind folgende Bedingungen getroffen: „Bei vollständigen Umteilungen und Neuaufteilungen von Ländereien in einer Gemeinde ist jede beliebige Zahl von Wirtschaften, ebenso auch einzelne Höfe berechtigt, aus der Gemeinde ohne deren Zustimmung auszuscheiden und die Zuteilung von Land in zusammenhängendem Grundstück in solchem Maße zu fordern, wie es ihnen bei der Vornahme der Umteilung zugemessen würde, unter Berücksichtigung der Bodenbonität, wobei für die abgeteilten Ländereien gleichfalls beliebige Nutzungsformen gewählt werden können.

In denjenigen Fällen, in denen volle Umteilungen oder Neuaufteilungen des Landes in der Gemeinde nicht stattfinden, ist das Ausscheiden aus der Gemeinde mit Land ohne ihre Zustimmung nur dann zulässig, wenn dies mindestens der 5. Teil der in der Gemeinde vorhandenen Wirtschaften (Höfe), in den Gemeinden mit über 250 Wirtschaften mindestens 50 fordern."

Vom freien Eigentum ist das russische Bodenbesitzrecht insofern unterschieden, als der Besitz an die persönliche Bewirtschaftung des Bodens geknüpft und die Benutzung fremder Arbeitskräfte verboten ist. Bei dreijähriger Nichtbenutzung fällt das Land an die Bodengemeinde zurück, aber auch schon vorher kann die Gemeinde einschreiten. Wenn ein Bodenbenutzer ohne triftige Gründe sein

Land unbewirtschaftet läßt, so kann die Landgemeinde ihm zeitweise bis zu der Dauer einer Fruchtfolge das Nutzungsrecht nehmen. „Ebenso können Landnutzer, die eine den Boden aussaugende Raubwirtschaft treiben (insonderheit solche, die in Erwartung von Neuverteilungen des Landes sich der Düngung ihres Bodens entziehen), des vernachlässigten Landes bis zur Dauer einer Fruchtfolge verlustig gehen" [1]).

Die Heranziehung fremder Arbeitskräfte ist an sich verboten, da nach § 9 des Agrargesetzbuches das Recht auf Landnutzung allen Bürgern zusteht, die den Boden durch eigne Arbeit zu bearbeiten wünschen. Aber in Ausnahmefällen können auch Lohnarbeiter beschäftigt werden. Bedingung ist nur, daß alle arbeitsfähigen Mitglieder der Wirtschaft in gleicher Weise wie die Lohnarbeiter mitarbeiten (§ 40 Agrargesetzbuch). Das bäuerliche Nutzungsrecht ist ein erbliches, denn da der „Hof" als eine „Familienwirtschaftliche Personenvereinigung, die gemeinsam Landwirtschaft treibt", aufgefaßt wird, so wird durch Heirat, Geburt, Adoption usw. das Nutzungsrecht immer wieder erneuert. Das ländliche erbliche Nutzungsrecht ist sogar stärker als das Eigentum, insofern, als beim Tode des Eigentümers einer Sache nach § 416 BGB. die Vererbung nur bis zum Betrage von 10000 Goldrubeln eintritt, während beim Tode eines Hofmitgliedes dessen Anteil am Nutzungsrecht ohne Rücksicht auf dessen Wert den Überlebenden in vollem Umfange zuwächst [2])."

Ebenso wie Verkauf und Verpfändung des Landes verboten ist, soll auch niemand durch Zukauf von Land seinen Landbesitz vergrößern. Nur vom Staat oder durch Aufnahme in eine Bodengemeinde oder in einer Hofgemeinschaft, kann Landnutzungsrecht erworben werden. Wohl aber ist Verpachtung von Land gestattet, wenn auch nur in beschränktem Maße. Sie ist nur bei einer zeitweiligen Schwächung der Wirtschaft durch Naturereignisse und nur für beschränkte Zeit erlaubt.

Wie aus diesen rechtlichen Bestimmungen hervorgeht, wandelt die neue russische Bodengesetzgebung in denselben Bahnen, die bereits die Stolypinsche Agrarreform eingeschlagen hatte. Die Stolypinsche Agrarreform beruhte auf den im Reskript vom 30. März 1905 ausgesprochenen Gedanken: Ausscheiden aus der Feldgemeinschaft und persönliches Eigentum. Die neue Wirtschaftspolitik hat ebenfalls die Tendenz zur Auflösung des Mir. Ossinski sagt hierüber:

[1]) Auhagen, Das neue russische Bodenrecht. Jahrbuch der Bodenreform Bd. 20. Jena 1924, S. 26.

[2]) Freund, Das Zivilrecht Sowjet-Rußlands S. 119.

„Was die Bodengemeinschaft anbelangt, so liegen ihre Nachteile uns ganz klar vor Augen, da sie mit dem System der Schnurstücke und der obligatorischen Dreifelderwirtschaft aufs engste verknüpft ist. Es ist daher nur ganz natürlich, daß die fortschrittlichen Elemente unter den Bauern aus der Bodengemeinschaft auszutreten suchen [1])". Schon bei der Stolypinschen Agrarreform war der Austritt einzelner erlaubt; es war nämlich bestimmt, daß jeder Bauernwirt, der auf Grund feldgemeinschaftlichen Rechts Anteilland besitzt, zu jeder Zeit aus der Gemeinschaft austreten und die Überführung seines Landanteils in privates Eigentum verlangen kann. Der Übergang ganzer Dörfer mit Gemeinde- oder gemischtem Besitz zu privatem Eigentum war durch Mehrheitsbeschluß zulässig [2]). Nach der neuen Gesetzgebung ist der Einzelaustritt nur möglich, wenn die Gemeinde auf Grund der Mir-Verfassung eine periodische Neuverteilung des Landes vornehmen will; sonst müssen sich für die Separation mindestens der fünfte Teil der Höfe oder in Gemeinden, zu denen über 250 Wirtschaften gehören, doch wenigstens 50 Höfe zusammentun [3]).

Auch die Motive der neuen bolschewistischen Bauerngesetzgebung sind dieselben wie bei der Stolypinschen Reform. Vor allem das, daß das Interesse des Bauern an guter Bewirtschaftung des Bodens geweckt werden soll: „Worum handelt es sich?" fragt Ossinski, und er antwortet: „Erstens darum, eine befriedigende Form für die Nutznießung des Bodens zu finden, und zweitens, die Bodennutznießung den Bedürfnissen der Bauernwirtschaft entsprechend stabil zu machen, damit der Bauer nicht ständig durch das viele Umverteilen des Bodens des Grundstückes verlustig gehe, das er gedüngt hat. Der Dung ist immerhin ein Kapital, das der Bauer nur dann dem Boden zuzuführen ein Interesse hat, wenn er ihm eine längere Zeit zur Verfügung steht. Der Bauer bedarf einer Stabilität in der Nutznießung des Bodens; es muß verhindert werden, daß, wie es bisher geschah, einer Bodengemeinschaft jederzeit ein Stück Land entzogen werden kann. Es ist für den Bauer eine Notwendigkeit, daß der Umfang, die Grenzen des Grundstücks unveränderlich bleiben [3])".

Im übrigen sind die Bolschewisten in ihrer neuen agrarischen Wirtschaftspolitik vor allem bestrebt, das landwirtschaftliche Ge-

[1]) Die Lage der Landwirtschaft. Referat, gehalten auf der Allrussischen Konferenz der Kommunistischen Partei Rußlands. Moskau, Dezember 1921. Russ. Korr. S. 12.

[2]) Preyer, Die russische Agrarreform. Jena 1914, S. 171.

[3]) Ossinski, Die Lage der Landwirtschaft. Referat, gehalten auf der Allrussischen Konferenz der Kommunistischen Partei Rußlands. Moskau, Dezember 1921. Russ. Korr. S. 42.

nossenschaftswesen zu fördern, und zwar denken sie dabei nicht in erster Linie an landwirtschaftliche Produktiv-Genossenschaften, sondern hauptsächlich an Meliorations-, Kredit-, Absatz- und Einkaufgenossenschaften. Sie streben also eine Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens nach westeuropäischem Muster an.

In einer Resolution über die Maßnahmen zur Festigung und Entwicklung der Landwirtschaft auf dem 9. Allrussischen Sowjet-Kongreß Moskau, Dezember 1921, wird erklärt: „Die grundlegende produktive landwirtschaftliche Einheit, die bäuerliche Kleinwirtschaft, ist zu schwach, als daß sie aus sich selbst heraus die Kräfte schöpfen könnte, die für ihre Wiederherstellung und Weiterentwicklung notwendig sind. Ihr können zu Hilfe kommen: 1. eine staatliche Regelung und 2. eine Konzentration der Kräfte in Form einer allseitigen gegenseitigen Unterstützung und einer Entwicklung der Selbsttätigkeit auf der Grundlage des wirtschaftlichen Interesses.

Unter den Verhältnissen der Jetztzeit ist der zweite Weg leichter zu verwirklichen und vermag rascher die gewünschten Resultate zu zeitigen. Die Organisationsformen für die Konzentration der Kräfte der kleinen landwirtschaftlichen Einheiten sind historisch in der Genossenschaft gegeben. Die Räteregierung macht bei Durchführung der neuen Wirtschaftspolitik die Schaffung und Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaftspolitik zu einem grundlegenden Moment ihrer Landwirtschaftspolitik.

Der Kongreß erachtet es für notwendig, eine weitgehende und völlig unbehinderte Möglichkeit für die Schaffung und den Ausbau aller Arten von landwirtschaftlichen Genossenschaften einzuräumen, und für erforderlich, solche Genossenschaftsverbände besonders zu unterstützen, die ihrer Tätigkeit Produktionsaufgaben, umfassende Meliorationsarbeiten und eine ernste Tätigkeit auf dem Gebiete der Agrikultur zugrundelegen, und ihnen auch eine weitgehende Möglichkeit zur Beschaffung von Mitteln und zum Absatz der Produkte der Landwirtschaft zu bieten. Die größte Aufmerksamkeit verdienen ferner die Kreditgenossenschaften, da die Organisation eines Produktionskredites im Dorf die Möglichkeit für eine geregelte Tätigkeit der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften gibt. Indem der Kongreß die im Sinne einer Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaft nicht genügend energische Tätigkeit an den einzelnen Orten konstatiert, ersucht er, diesbezüglich die energischsten Maßnahmen zu ergreifen.

Wie sehr hierbei das westeuropäische Vorbild zugrunde gelegt wird, geht aus dem Punkt 5 der Resolution hervor.

„Eine organisch geregelte Arbeit kann nur durch die Zuführung frischer Kräfte in die Genossenschaftsbewegung gewährleistet werden. Im besonderen müssen in die landwirtschaftliche Genossenschaft Kriegsgefangene, die in Deutschland und Österreich die entwickelten Formen der Landwirtschaftsführung persönlich kennen gelernt haben."

B. Der städtische Boden.

Auch die städtischen Häuser waren seit 1917 enteignet worden. Die Städte hatten die Verwaltung der kommunalisierten Häuser übernommen, und wo sie dazu nicht imstande waren, waren die Häuser der Obhut der Bewohner überlassen worden [1]). Was für traurige Wohnungszustände sich unter diesem Regime herausgestellt haben, ist bekannt. Seit 1921 ist auch hier eine Wiederbelebung des Privateigentumsrechts zu konstatieren. Nach der neueren Gesetzgebung, insbesondere den Verordnungen vom 8. August und 21. Dezember 1921, bleiben nur diejenigen Häuser im kommunalen Besitz, welche von den kommunalen Behörden ordentlich bewirtschaftet werden können, der Rest muß dekommunalisiert und entweder den alten Hausbesitzern zurückgegeben oder anderen Bürgern und Vereinigungen von Bürgern, insbesondere Hausgenossenschaften in Pacht abgegeben werden.

Zwei Gruppen von Häusern sind jetzt zu unterscheiden: 1. Die kommunalisierten Häuser. Sie sind Eigentum der Kommunen und stehen außerhalb des geschäftlichen Verkehrs. 2. Die nichtkommunalisierten Häuser. Sie werden entweder bestimmten Unternehmungen oder Staatsstellen als Heim für die betreffenden Arbeiter und Angestellten, oder unter dem Titel Hauskommune bestimmten Arbeiterberufsgruppen dauernd für Wohnzwecke zur Verfügung gestellt, und werden von diesen Stellen verwaltet, oder sie werden zu Privateigentum vergeben, und dazu gehören die meisten kleinen Häuser. Bei diesem Privateigentumsrecht sind die Rechtsverhältnisse wiederum verschieden.

α) Bei den alten Gebäuden: hier wird das Privateigentum mit gewissen Beschränkungen wieder eingeführt.

β) Bei Neubauten. Die Bolschewisten hatten in der Zeit der sozialistischen Wirtschaft auch den Bau neuer Wohnungen den Stadtverwaltungen zugesprochen; Private waren vom Bau ausgeschlossen. Das Bauen neuer Wohnungen kam damit zu völligem

[1]) Block, Das heutige Bodenrecht in Rußland. Jahrbuch der Bodenreform. 20. Bd., 1924, S. 15.

Stillstand. Die neue ökonomische Politik hat auch hier eine radikale Änderung gebracht. Die gesetzliche Grundlage wurde durch das Dekret vom 14. August 1922 geschaffen. Die Bestimmungen desselben sind dann in das neue Bürgerliche Gesetzbuch (§ 71—84 Baurecht) übernommen worden. Jetzt ist das Bauen neuer Häuser sowohl für Gesellschaften, wie für Einzelpersonen erlaubt. Art. 71 lautet: „Verträge über die Hingabe von städtischen Parzellen zur Bebauung werden von den Kommunalabteilungen mit genossenschaftlichen Vereinigungen oder sonstigen juristischen Personen sowie auch mit einzelnen Bürgern für die Dauer von 49 Jahren bei Steinhäusern und bis 20 Jahren bei sonstigen Bauten abgeschlossen." Darnach gehören also die neuen auf Grund eines Bauvertrages errichteten Bauten dem Bauberechtigten, allerdings nur auf 49 Jahre.

Das Baurecht kann auch veräußert oder mit einem Pfande belastet werden (§ 79). Nach Ablauf der Vertragszeit müssen alle Gebäude in gutem Zustande der Kommunalabteilung übergeben werden, die dem Bauherrn den Wert der Bauten im Zeitpunkt ihrer Übergabe unter Abzug der der Kommunalabteilung zustehenden Forderung auszahlt. Der Wert der Bauten wird durch eine Schätzungskommission festgestellt, die aus Vertretern der Kommunalabteilung und der Arbeiter- und Bauerninspektionen zusammengesetzt ist. Ist der Bauberechtigte mit der Abschätzung der Kommission nicht einverstanden, so kann er beim Volksgericht Beschwerde einlegen (§ 83).

Durch diese neuen Bestimmungen hat der Wohnungsneubau eine wesentliche Förderung erfahren.

C. Die Industrie.

Trotz der zu Beginn der bolschewistischen Herrschaft erlassenen weitgehende Dekrete über die Sozialisierung der industriellen Betriebe wurde, wie ich oben schon zeigte (S. 25), die Industrie keineswegs völlig sozialisiert; vielmehr erstreckte sich die Enteignung der industriellen Betriebe in der Hauptsache auf bestimmte Großbetriebe; die Mehrzahl der kleinen und mittleren Betriebe wurde nicht sozialisiert. Die neue Wirtschaftspolitik hat auch auf diesem Gebiete der privaten Unternehmertätigkeit einen großen Spielraum gegeben. Dem Staatsbetriebe sollen grundsätzlich nur die Kriegsindustrie, gewisse Zweige der Schwerindustrie und das Eisenbahnwesen überlassen werden. Die übrigen Industriezweige sollen privatwirtschaftlich betrieben werden. In Ausführung dieses Gedankens soll ein Teil der bereits nationalisierten Betriebe wieder dem Privateigentum übertragen werden und für die Industriebetriebe, die noch nicht

nationalisiert worden sind, sind Bestimmungen erlassen, die eine große Bewegungsfreiheit garantieren. Zu diesem Zweck ist auch der Einfluß der Arbeiterorganisationen auf die Betriebsführung eingeschränkt worden und die Arbeiterkontrolle wurde großen Beschränkungen unterworfen.

Daher sind auch im bürgerlichen Gesetzbuch Industrieunternehmungen zum Privateigentum zugelassen. § 54 BGB. lautet: „Gegenstand des Privateigentums können sein: nichtkommunalisierte Gebäude, Handelsunternehmungen, Industrieunternehmungen, die Lohnarbeiter in keiner größeren Zahl als dies in besonderen Gesetzen vorgesehen ist, beschäftigen, Waffen und Produktionsmittel, Gelder, Wertpapiere und sonstige Wertgegenstände, darunter auch Gold- und Silbermünzen und ausländische Valuta, Gegenstände des Hausbedarfs, der Wirtschaft und des persönlichen Gebrauchs, Waren, deren Verkauf gesetzlich nicht verboten ist, und alle Sachen, die von dem Privatverkehr nicht ausgeschlossen sind."

Die Anzahl der Lohnarbeiter, bis zu welcher industrielle Unternehmen im Privateigentum betrieben werden können, ist in dem Dekret vom 7. Juli 1921 über die Haus- und Kleinindustrie angegeben. Danach gelten als Kleinunternehmen, die daher als Privateigentumsbetriebe zugelassen sind, Unternehmungen, die bis zu 20 Lohnarbeiter, je nach der Art des Unternehmens, beschäftigen. Weitere Nationalisierungen von Unternehmungen sollen nicht mehr stattfinden. Zufolge der Verordnung des Rates der Volkskommissare vom 17. Mai 1921 ist eine Nationalisierung nur dann statthaft, wenn für jedes Unternehmen eine besondere Verfügung der obersten Zentralorgane der Republik erfolgt. Auch dürfen in Zukunft Konfiskationen oder Requisitionen von Unternehmungen, die früher unter Verletzung der dafür geltenden Gesetze öfter vorgenommen wurden, nicht mehr stattfinden. Die Industrieunternehmungen, für welche die Nationalisierung nicht durchgeführt wurde, sollen ihren früheren Besitzern gehören und von ihnen betrieben werden. Auch früher bereits nationalisierte Unternehmungen (mit einer Zahl bis zu 20 Arbeitern) können von der durchgeführten Nationalisierung befreit werden, wenn sie von den staatlichen Organen nicht oder nicht voll ausgenutzt worden sind.

So hat auch die Industrie völlig neue Organisationsformen seit der neuen Wirtschaftspolitik erhalten. Pyatakow schreibt darüber: „Vor allem ist der Staat bestrebt, nur die wirklich wichtigen Betriebe beizubehalten, und verzichtet auf den Gedanken, sämtliche Betriebe zu bewirtschaften. Die Staatsbetriebe zerfallen ferner in zwei grund-

legende Gruppen: in die lokaler Natur, die den Wirtschaftsräten der Gouvernements (oder den Distriktsorganen) unterstehen, und solche von allgemein staatlicher Bedeutung, die unmittelbar dem Zentrum unterstehen. Alle übrigen Betriebe werden an Privatunternehmer verpachtet, die Gründung neuer Privatunternehmen ist nicht ausgeschlossen. Andererseits organisiert der Staat gemischte Gesellschaften (Staat zusammen mit Privatkapital, besonders ausländischem) und erteilt ausländischen Kapitalisten für eine Reihe von Unternehmen Konzessionen. Auf diese Weise entsteht ein ziemlich kompliziertes System von Beziehungen, das der raschen Entwicklung der Industrie am meisten angepaßt ist und alle zugänglichen Mittel ausnutzt. Es sei nicht vergessen, daß die Verelendung und Verarmung des Landes dies energisch fordern [1])."

Wenn Trotzki erklärt, daß der Staat auch bei der neuen Wirtschaftspolitik nicht auf die planmäßige Wirtschaft verzichte, so meint er damit, daß der Staat durch die Beherrschung des Eisenbahnwesens und der Schwerindustrie indirekt auch das übrige industrielle Leben beeinflussen könne. Diese Gedanken führte er in einem Berichte über die Wirtschaftslage Sowjetrußlands folgendermaßen aus: „Bei der Überführung seiner Wirtschaft auf die Grundlagen des Marktes verzichtet jedoch der Arbeiterstaat selbst für die nächste Periode nicht auf das Prinzip einer planmäßigen Wirtschaft. Schon der Umstand, daß das ganze Eisenbahnnetz und die überwältigende Mehrheit der Industriebetriebe auf Rechnung des Staates ausgebeutet und von diesem finanziert werden, macht die Kombinierung der zentralisierten Staatskontrolle über diese Unternehmungen mit der automatischen Kontrolle des Marktes unvermeidlich. Der Staat konzentriert seine Aufmerksamkeit immer mehr auf die Schwerindustrie und das Verkehrswesen als die Grundlagen der Wirtschaft und paßt seine finanzielle, fiskalische Konzessions- und Zollpolitik in bedeutendem Maße ihren Bedürfnissen an. Der staatliche Wirtschaftsplan stellt sich unter den Verhältnissen der gegenwärtigen Periode nicht die utopische Aufgabe, das elementare Wirken von Angebot und Nachfrage durch universelle Voraussicht zu ersetzen [2])."

Wie oben bereits bemerkt, ist infolge der neuen ökonomischen Politik auch die Stellung der Gewerkschaften zu den Unternehmungen verändert. Das Plenum des Zentralkomites der Kommunistischen

[1]) G. Pjatakow, Änderung der organisatorischen Formen der Staatsindustrie. Russ. Korr. S. 572.

[2]) Trotzki, Die Wirtschaftslage Sowjet-Rußlands vom Standpunkt der Aufgaben der sozialistischen Revolution. Russ. Korr. S. 736.

Partei Rußlands behandelte dieses Thema in einer Besprechung am 28. Dezember 1921. Auf Grund dieser Besprechung wurden Leitsätze über die Stellung der Gewerkschaftsverbände herausgegeben, in denen es unter anderem heißt: „Die Wiederaufrichtung der Großindustrie fordert unter den jetzigen russischen Verhältnissen eine unbedingte Konzentrierung der Macht in den Händen der Fabrikleitung. Diese Fabrikleitungen, die den allgemeinen Regeln nach auf dem Prinzip der individuellen Verantwortung aufgebaut sind, müssen selbständig das Ausmaß der Arbeitslöhne und die Verteilung der Geldwertzeichen, Rationen, Arbeitskleidung und jeder anderen Art der Versorgung auf Grund und in den Grenzen der mit den Gewerkschaften geschlossenen Kollektivverträge bestimmen können. Dabei muß der Leitung die größtmöglichste Bewegungsfreiheit gelassen werden, und die tatsächlichen Erfolge in der Erhöhung der Produktivität und in der defizitlosen und gewinnbringenden Arbeit genau nachgeprüft und die hervorragendsten und sachverständigsten Administratoren sorgfältig ausgewählt werden. Alle unmittelbaren Einmischungen der Gewerkschaften in die Führung der Unternehmungen müssen unter diesen Umständen als unbedingt schädlich und unzulässig betrachtet werden[1])." Auch die Arbeiterkontrolle ist neu geregelt worden, und zwar soll die Arbeiterkontrolle verschieden durchgeführt werden, je nach der Art der wirtschaftlichen Unternehmungen. Die Wirtschaftsunternehmungen werden in drei Gruppen eingeteilt. 1. Die Großindustrie, Transportwesen und überhaupt alle Wirtschaftsbetriebe, die der Sowjetstaat selbst in Händen hat. Hier soll die Arbeiterkontrolle unter unmittelbarer Leitung der Gewerkschaftsverbände, und einheitlich durchgeführt werden. 2. In der Landwirtschaft, Genossenschaftsunternehmungen und Haus- und Kleinindustrie. Hier wird die Arbeiterkontrolle, mit Ausnahme der genossenschaftlichen Unternehmungen als undurchführbar und im Grunde überflüssig erklärt. 3. Die konzessionierten, privaten und verpachteten Unternehmungen. Für sie wird erklärt, daß hier die Arbeiterkontrolle als Rechtsform einstweilen nicht durchgeführt werden könne[2]).

D. Handel und Geldwesen.

Bei der Regelung des Handelsverkehrs ist der Außenhandel und der Binnenhandel zu unterscheiden. Für den Außenhandel

[1]) Russische Korrespondenz S. 108.

[2]) Ebenda S. 138.

war von den Bolschewisten durch das Dekret vom 29. Dezember 1917 das staatliche Monopol erklärt worden. Auch unter der neuen Wirtschaftspolitik ist an der staatlichen Monopolisierung des Außenhandels festgehalten worden. Aber durch eine Reihe von Sonderbestimmungen ist auch hier der individualistischen Strömung Rechnung getragen worden. Durch das Dekret vom 11. April 1922 ist bestimmt worden: „Der Einkauf von Gegenständen im Auslande erfolgt ausschließlich durch das Volkskommissariat für den Außenhandel" und entsprechend lautet § 17 des Bürgerlichen Gesetzbuches (Außenhandelsverkehr), „Am Außenhandelsverkehr nehmen alle auf dem Gebiete der R.S.F.S.R. befindlichen juristischen und physischen Personen lediglich durch Vermittlung des Staates, vertreten durch das Volkskommissariat für Außenhandel (V.K. f. A.H.) teil. Selbständiges Auftreten auf dem auswärtigen Markt ist nur in den im Gesetz besonders bezeichneten Fällen und nur unter der Kontrolle des Volkskommissariats für Außenhandel zulässig." Das V.K. f. A.H. veräußert die ihm von den Staatsorganen übergebenen oder die von ihm selbst angeschafften Exportwaren im Auslande und führt die erlösten Auslandsvaluten an den Staatlichen Valutafonds ab. Das V.K. f. A.H. verkauft als Kommissionär der staatlichen Unternehmungen, der Gouvernements, Exekutivkomites und der allrussischen Genossenschaftsvereinigungen, die diesen gehörigen Exportwaren und verwendet die erlösten Valuten zu Einkäufen im Auslande gemäß den Aufträgen dieser Organisationen. Neben dem V.K. f. A.H. wurde aber gewissen Wirtschaftsorganen eine Beteiligung am Außenhandel zugestanden. So erhielt der Zentralverband der Konsumgenossenschaften das Recht zum selbständigen Handelsverkehr mit dem Ausland. Im Dekret vom 10. November 1922 über die Vornahme von Ein- und Ausfuhrgeschäften ist bestimmt, daß alle juristischen und Privatpersonen, die Ein- und Ausfuhrgeschäfte betreiben wollen, eine Lizenz haben müssen [1]).

Der Binnenhandel ist grundsätzlich dem freien Verkehr überlassen. Durch das Dekret des Rats der Volkskommissare vom 29. September 1921 ist allen Staatsbürgern erlaubt, mit den Erzeugnissen der landwirtschaftlichen Produktion und den daraus hergestellten Endprodukten, sowie mit Gegenständen des Kustar- und Fabrikgewerbes offen Handel zu treiben, mit Ausnahme von Waren aus solchen Rohstoffen und Materialien, welche vom Staate unter besonderen Vertragsbedingungen bereitgestellt werden. Auch für

[1]) Vgl. Freund, a. a. O. S. 130/131.

Errichtung der Warenbörsen sind durch Verordnung vom 23. August 1922 neue Bestimmungen getroffen worden.

Ebenso sind für das Geldwesen neue Bestimmungen getroffen, die einen erleichterten Geldverkehr herbeiführen sollen. In dem Dekret des Rats der Volkskommissare betreffend Aufhebung der Einschränkung im Geldumlaufe und Maßnahmen zur Entwicklung der Einlage- und Überweisungsoperationen vom 30. Juni 1921 heißt es: „Im Bestreben, die den wirtschaftlichen Umsatz hemmenden Einschränkungen zu beheben und den Geldumlauf durch die Entwicklung der Einlage- und Überweisungsoperationen zur Gesundung zu bringen, verordnet der Rat der Volkskommissare unter Aufhebung früher erlassener Verordnungen:

„Alle Beschränkungen hinsichtlich der Beträge der in der R.S.F.S.R. umlaufenden Geldzeichen, soweit sie sich in den Händen von Privatpersonen und Organisationen befinden dürfen, werden aufgehoben."

E. Das neue Bürgerliche Gesetzbuch.

Die wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen, die ich bisher zur Kennzeichnung der neuen ökonomischen Politik Sowjetrußlands angeführt habe, finden sich in wirtschaftlichen Spezialgesetzen, in dem Agrargesetzbuch usw. Dieser Umschwung hat aber naturgemäß auch zu einer neuen Ordnung des bürgerlichen Rechts führen müssen und ich hatte bereits verschiedene Bestimmungen des neuen Bürgerlichen Gesetzbuches herangezogen. Das neue Bürgerliche Gesetzbuch ist am 1. Jan. 1923 in Kraft getreten und trägt dem individualistischen Charakter der neueren russischen Wirtschaftspolitik Rechnung. Zwar ist an die Spitze des Bürgerlichen Gesetzbuches der allgemeine Grundsatz des § 1 gestellt worden: „Die bürgerlichen Rechte genießen Gesetzesschutz mit Ausnahme derjenigen Fälle, in denen sie im Widerspruch zu ihrer sozialwirtschaftlichen Bestimmung verwirklicht werden." Aber mit dieser Betonung des sozialwirtschaftlichen Momentes wollte man nur eine Konzession an die sozialistischen Grundsätze der Sowjetrepublik machen. Die tatsächlichen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches zeigen weitgehende Konzessionen an die individualistische Rechtsordnung der westeuropäischen Völker. Wichtig sind namentlich § 4 und 5. § 4: Zur Entwicklung der schaffenden Kräfte des Landes gewährt die R.S.F.S.R. die bürgerliche Rechtsfähigkeit (die Fähigkeit, bürgerliche Rechte und Verpflichtungen zu haben), allen Bürgern, die nicht gerichtlich in ihren Rechten beschränkt sind.

Das Geschlecht, die Rasse, die Nationalität, das Glaubensbekenntnis und die Herkunft haben keinerlei Einfluß auf den Umfang der bürgerlichen Rechtsfähigkeit.

§ 5: In Übereinstimmung hiermit hat jeder Bürger der R.S.F.S.R. und der verbündeten Sowjetrepubliken das Recht, sich auf dem Gebiete der R.S.F.S.R. frei zu bewegen und anzusiedeln, vom Gesetz nicht verbotene Beschäftigungen und Berufe zu ergreifen, Sachen in den durch das Gesetz vorgeschriebenen Grenzen zu erwerben und zu veräußern, Rechtsgeschäfte einzugehen und Verbindlichkeiten zu übernehmen, Industrie- und Handelsunternehmungen unter Beachtung aller Bestimmungen zu gründen, die die industrielle und Handelstätigkeit regeln und die Anwendung von Lohnarbeit schützen.

In den Paragraphen über das Eigentumsrecht wird das Eigentum eingeteilt in

a) staatliches (nationalisiertes und kommunalisiertes),

b) genossenschaftliches,

c) privates.

Als Inhalt des Eigentums wird in § 58 bestimmt: „Dem Eigentümer steht in den gesetzlich festgestellten Grenzen das Recht des Besitzes, der Nutzung und der Verfügung an der Sache zu."

Den wichtigsten Unterschied gegenüber den westeuropäischen Rechtsordnungen weisen die Bestimmungen über Erbrecht auf. Hier ist vor allem die Bestimmung beachtenswert, daß das Vermögen des Erblassers nur bis zum Betrage von 10000 Goldrubel an die Erben übergeht.

§ 416 lautet: „Die Beerbung auf Grund Gesetzes und Testaments wird gemäß den folgenden Paragraphen innerhalb des Gesamtwertes des Nachlaßvermögens von nicht über 10000 Goldrubeln zugelassen, unter Abrechnung aller Schulden des Verstorbenen."

Man sieht auch in dieser Bestimmung wieder den Kompromißcharakter des ganzen Gesetzgebungswerkes der Bolschwisten in der neuesten Ära. Sie sind notgedrungen zur Wiederaufnahme der individualistischen und kapitalistischen Wirtschafts- und Rechtsformen gekommen, wollen aber doch an ihren sozialistischen Grundformen festhalten und so ergeben sich mancherlei Halbheiten und Widersprüche, die auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden können. Denn es ist klar, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung, welche die Bolschewisten wieder zugelassen haben, nicht durchgeführt werden kann, wenn z. B. das Erbrecht in der soeben mitgeteilten Weise

begrenzt wird. Zweifellos wird die sog. neue ökonomische Politik Sowjet-Rußlands noch einen weiteren Schritt auf der Bahn des Kapitalismus weiter gehen müssen. Oder aber — und auch dafür sind Anzeichen vorhanden — man entschließt sich, wiederum einen Schritt rückwärts zu den Formen der ersten bolschewistischen Ära zurückzugehen. Aber ein zweites Mal wird der russische Volkskörper diese Pferdekur nicht aushalten können und es würde der Versuch zu einer Rückkehr zur kommunistischen Wirtschaft mit einem Sturze auch der politischen Herrschaft des Bolschewismus enden müssen.

G. Pätz'sche Buchdr. Lippert & Co. G. m. b. H., Naumburg a. d. S.

Karl Diehl

Zur Frage der Getreidezölle. IV, 153 S. gr. 8° 1911 Gmk 3.50

Kornzoll und Sozialreform. 57 S. gr. 8° 1901 Gmk 1.20

Zur Frage eines Zollbündnisses zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Zweite, unveränderte Auflage. 50 S. gr. 8° 1915 Gmk 1.50

Ueber Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus. 25 Vorlesungen. Fünfte, unveränderte Auflage. VI, 451 S. gr. 8° 1923 Gmk 5.—, geb. 6.50

Deutsche Volkszeitung, Hannover, 9. Okt. 1920: . . . Es ist dankenswert, daß der Verfasser seine Ausführungen so gestaltet hat, daß sie auch einem nicht fachwissenschaftlich Gebildeten klar und ohne Schwierigkeit verständlich sind. Und wer sich in historisch-sachlicher Weise über die viel genannten aber wenig bekannten sozialistischen Systeme orientieren und sie verstehen und gerecht beurteilen will, der unterziehe sich der fruchtbaren Lektüre dieses sorgfältig abgewogenen, unparteiischen Buches, dessen Urteile auch die Gegner anerkennen müssen. Es ist ein sehr vielseitiges und inhaltlich reiches Buch, das unbedingt ein eigenes und eingehendes Durchlesen erfordert und verdient.

Arbeitsintensität und Achtstundentag. V, 52 S. gr. 8° 1923 Gmk 2.—

Deutsche Bergwerkszeitung, 22. Juli 1923: Die Schrift will die Erörterung des Problems aus der partei- und gefühlsmäßigen Sphäre in die volkswirtschaftliche bringen. Behandelt werden u. a. Normalarbeitstag und Maximalarbeitstag in gesundheitlicher und kultureller Beziehung, Arbeitsintensität und -gelegenheit und die internationale Verschiedenheit der Arbeitsintensität. Diehl erstrebt einen Mittelweg, der den Ansprüchen an erhöhter Produktivität der Wirtschaft einerseits, an sozialpolitischen Erfordernissen anderseits gerecht wird.

Theoretische Nationalökonomie. In vier Bänden.

Erster Band: **Einleitung in die Nationalökonomie.** Zweite, unveränderte Auflage. IX, 500 S. gr. 8° 1922 Gmk 6.—, geb. 8.—

Inhalt: I. Das Wesen und die Aufgaben der nationalökonomischen Wissenschaft. 1. Der Gegenstand der nationalökonomischen Wissenschaft. 2. Die Nationalökonomie als Teil der Sozialwissenschaft. 3. Recht und Wirtschaft. 4. Technik und Wirtschaft. 5. Die Haupteinteilung der nationalökonomischen Wissenschaft. — II. Systeme und Methoden der nationalökonomischen Forschung. 6. Die naturgesetzlichen und naturrechtlichen Systeme. 7. Die historische Richtung in der Nationalökonomie. 8. Die Reaktion gegen die historische Schule. Wiedererneuerung der theoretisch-abstrakten Richtung der Nationalökonomie. Die evolutionistische (entwicklungsgesetzliche) Richtung. 10. Die religiöse Richtung. 11. Die ethische Richtung. 12. Die sozialrechtliche Richtung. — Anmerkungen. Register.

Zweiter Band: **Die Lehre von der Produktion.** VIII, 372 S. gr. 8° 1924 Gmk 10.—, geb. 12.—

Inhalt: I. Grundlegung der Lehre von der Produktion. 1. Grundbegriffe der Lehre. 2. Die Lehre von den Produktionsfaktoren. — II. Die natürlich-technischen Bedingungen der Produktion. 3. Die Natur. 4. Die Arbeit. 5. Die produzierten Produktionsmittel. — III. Die gesellschaftlichen Formen der Produktion. 6. Die wichtigsten gesellschaftl. Formen der Produktion im allgemeinen. 7. Die Lehre vom Eigentum. — IV. Die kapitalistische Produktionsweise. 8. Ueber die Begriffe: Kapital, Kapitalismus und kapitalistische Produktionsweise. 9. Einige Hauptprobleme der kapitalist. Produktionsweise. — Personen- und Sachregister.

Ueber Fragen des Geldwesens und der Valuta während des Krieges und nach dem Kriege. Zweite, vermehrte Auflage. VII, 204 S. gr. 8° 1921 Gmk 4.—

Der deutsche Oekonomist, 11. Juni 1921: . . . Der Verf. setzt sich in scharfsinniger Weise mit allen Theoretikern des Währungswesens auseinander; an dem Buche darf niemand vorübergehen, der sich praktisch oder theoretisch mit Geld und Währungswesen beschäftigt. Es ist und bleibt ein Standardwerk auf diesem Gebiete.

Über Ferdinand Lassalle und sein Verhältnis zur Fichteschen Sozialphilosophie. Von Dr. rer. pol. **Carl Trautwein.** IV, 169 S. gr. 8° 1913 Gmk 5.—

Sozialistische Monatshefte, 1914, Heft 12: . . . eine mit guter Kenntnis jener philosophischen Konstruktionen geschriebene und gut geschriebene Abhandlung, die, auf ökonomischem Gebiet die Inferiorität Lassalles gegenüber Marx rückhaltlos anerkennend, ihn als Hüter und Fortbildner jener philosophischen Traditionen im Gegensatz zum Marxschen Materialismus und Determinismus feiert, in dem Lassalleschen Standpunkt eine tiefere und konsequentere Begründung sozialistischer Auffassung entdecken will. . . .

Ferdinand Lassalle und seine Bedeutung für die deutsche Sozialdemokratie. Von Dr. **Bernhard Harms,** Prof. der Staatswissenschaften a. d. Univers. Kiel. Unveränderter Abdruck der Ausgabe von 1909. VII, 128 S. gr. 8° 1919 Gmk 2.40, geb. 3.20

Literarisches Zentralblatt für Deutschland: . . . Diese kleine Schrift, die in meisterhafter Darstellung aus dem Leben und Wirken Ferdinand Lassalles seine Bedeutung für die politische Weiterentwicklung der deutschen Sozialdemokratie herausarbeitet, gehört in die Reihen jener wenigen glänzenden Werke, welche die für die politische Fortentwicklung des deutschen Volkes entscheidenden Fragen vom Standpunkt der Wissenschaft aus in unbefangener Weise zu erörtern und zu erklären suchen . . . Auch wer die Anschauung des Verfassers nicht immer teilt, wird sich dem Eindruck seiner Argumentation nicht ganz entziehen können, und gerade darum ist diesen anregenden Betrachtungen die allergrößte Verbreitung zu wünschen. Fr. Glaser.

Ferdinand Lassalle. Studien über historischen und systematischen Zusammenhang seiner Lehren. Von **Eduard Rosenbaum.** VIII, 219 S. gr. 8° 1911 Gmk 5.50

Inhalt: Einleitung: Über Methode und Absicht. — I. Lassalle in geistesgeschichtlichem Zusammenhang. 1. Das allgemeine Wahlrecht. 2. Ricardo. 3. Rodbertus. 4. Marx. 5. Blanc. — II. Lassalles Lehre in systematischer Darstellung. Prinzipielle Vorbemerkungen. — I. Theorie der gegebenen Wirklichkeit. 1. Der Ursprung der bürgerlichen Gesellschaft. 2. Die ökonomische Struktur der bürgerlichen Gesellschaft. 3. Die bürgerliche Gesellschaft und der Staat. 4. Das allgemeine Bewußtsein in der bürgerlichen Gesellschaft. — II. Theorie der Umgestaltung. 1. Die sittliche Idee des Arbeiterstandes. 2. Die ökonomischen Forderungen. 3. Die politischen Mittel. 4. Die Stellung des allgemeinen Bewußtseins.

Marx und Hegel. Eine kritische Studie über sozialdemokratische Weltanschauung. Von **Sven Helander,** Doz. a. d. Gothenburger Hochschule. IV, 84 S. gr. 8° 1922 Gmk 1.50

Diese Untersuchung ist mehr als ein Stück Marxbiographie, sie ist vielmehr das Ergebnis eines kritischen Studiums des Verhältnisses zwischen Marx und Hegel unter dem Gesichtspunkt, daß Hegel den scharfen Hintergrund gibt, auf dem die Eigenart des Marxismus in seiner ganz besonderen Beleuchtung am besten hervortritt und Hegel der Schlüssel zu jeder Marxkritik ist. In erster Linie handelt es sich um ein rein systematisches Problem, das den Leser instand setzt, Marxens System, soweit es für die Wissenschaft von grundlegender Bedeutung ist, besser zu verstehen, als es vom politischen Standpunkt aus möglich ist.

Der Qualitätsmarkt, 1922, Heft 17: . . . An erster Stelle sei das Werk des Schweden Sven Helander erwähnt, der Marx und Hegel als Sozialphilosophen vergleicht, die methodische Abhängigkeit des letzteren vom ersteren in klarer Weise aufzeigt und vom Kernstück der materialistischen Geschichtsauffassung ausgehend die strenge Geschlossenheit des sozialphilosophischen Systems von Marx nachweist. Ein tiefschürfendes und dennoch für den Gebildeten nicht zu schweres Buch!

Marxismus gegen Sozialismus. Von Dr. **Vladimir G. Simkhovitch,** Prof. der Wirtschaftsgeschichte an Columbia University. Aus dem Englischen übersetzt von Dr. Thomas Jappe. XIV, 189 S. gr. 8° 1913 Gmk 5.—, geb. 7.—

Inhalt: 1. Die Rolle der Marxschen Werttheorie in seinem System. 2. Der Marxsche Sozialismus im Umriß. 3. Die materialistische Geschichtsauffassung. 4. Die Konzentration der Produktion in Industrie und Landwirtschaft. 5. Vom Verschwinden des Mittelstands. 6. Die Verelendungstheorie. 7. Die gegenwärtige Lage der Lohnarbeiter. 8. Vorgeschichte der Marxschen Klassenkampftheorie. 9. Marxsche Klassenkampftheorie. 10. Die Krisentheorie. 11. Die soziale Revolution und der naturnotwendige Zusammenbruch. 12. Zusammenbruch der Marxschen Werttheorie. 13. Marx' Stellung zur ewigen Gerechtigkeit.

Sozialismus und soziale Bewegung. Von Dr. **Werner Sombart,** Prof. an der Univers. Berlin. Zehnte Auflage. Zwei Bände. 1924 *im Druck.*

Die neue Erziehung, 1919, Heft 8/9: . . . Die beste Einführungsschrift für Gebildete und ökonomisch wenig Geschulte — heute lesenswerter denn je. . . .

Sozialist. Monatshefte, 1906, Heft 3: Sombart, der so tief in die Eigenart der einzelnen nationalen Typen der Arbeiterbewegung eingedrungen ist, . . . zeichnet mit fester Hand scharf und klar die Grundzüge der Politik des internationalen Proletariats.

Die kommunistischen Gemeinden in Nordamerika. Von Prof. Dr. **Robert Liefmann,** Freiburg i. Br. IV, 95 S. 8° 1922 Gmk 1.50

Inhalt: 1. Wesen des Kommunismus. Aeltere kommunistische Gemeinwesen. 2. Historischer Ueberblick über die kommunistischen Gemeinden in Nordamerika. 3. Die Amana-Gemeinde. 4. Die Huterischen Brüderschaften. 5. Die Bewährung des Kommunismus.

Diese Abhandlung enthält eine Schilderung der kommunistischen Gemeinden (besonders der beiden bedeutendsten deutschen) in Nordamerika, an deren Hand der Begriff des Kommunismus näher erörtert wird und die recht verschiedenen Arten dargestellt werden, in denen der Kommunismus bis heute verwirklicht ist. Seitdem der Kommunismus in Rußland, wenigstens prinzipiell, in einem ganzen Staate eingeführt wurde, und seitdem auch in Deutschland große kommunistische Parteien bestehen, haben diese älteren Versuche, den Kommunismus praktisch zu verwirklichen, erhöhtes Interesse gefunden.

Die Zukunft der sozialen Frage. Von **Georg Adler.** V, 75 S. gr 8° 1901 Gmk — 60

Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 1901, Nr. 1: Es ist eine prächtige Schrift, die uns Adler in seiner „Zukunft der sozialen Frage" geschenkt hat. Warmherzig und lebendig geschrieben, voll glücklicher Wendungen, reich an Gedanken, wird sie jeden, der sie vornimmt, ebensowohl ästhetisch gewinnen wie innerlich zum Freunde machen.

Die Bedeutung der Illusionen für Politik und soziales Leben. Von **Georg Adler.** 55 S. gr. 8° 1904 Gmk 1.—

Stirners anarchistische Sozialtheorie. Von Prof. Dr. **Georg Adler,** Kiel. (Abdruck aus „Festgabe für Wilhelm Lexis".) 46 S. 4° 1907 Gmk 1.50

Die Lösung der deutschen Frage im Jahre 1866 und die Arbeiterbewegung. Von Dr. **Gustav Mayer,** Heidelberg. (Abdruck aus „Festgaben für Wilhelm Lexis z. 70. Geburtstage".) 46 S. 4° 1907 Gmk 2.—

Johann Baptist von Schweitzer und die Sozialdemokratie. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von **Gustav Mayer.** XVI, 488 S gr. 8° 1910 Gmk 8.—, geb. 10.—

Tägliche Rundschau, 25. April 1910: . . . Das Werk Gustav Mayers enthält mehr als sein Titel besagt: eine Geschichte der sozialistischen und demokratischen Bewegung von 1860—1875. Mit unendlicher Mühe und bewundernswerter Sorgfalt, auch vom Glück begünstigt, hat Mayer aus längst verschollenen Zeitungen und Flugschriften, aus Briefen und Berichten noch lebender Veteranen aus jener Zeit, aus dem Nachlaß der Beteiligten, wie Schweitzers, Liebknechts, der Gräfin Hatzfeld usw., unterstützt von den Führern des jetzigen und früheren Sozialismus, eine unglaubliche Fülle von Material zusammengebracht. So können wir nun die Geschichte der sozialistischen Partei genau verfolgen. Wer die heutige Sozialdemokratie in ihren Gegensätzen verstehen will, wird Mayers Werk durcharbeiten müssen. G. Witte.

Die Entstehung und die ökonomischen Grundsätze der Chartistenbewegung. Von Dr. **John Tildsley.** (Samml g. nationalökon. Abhandlgn." Hrsg. von Joh. Conrad, Halle a. S. Bd. 19.) IX, 139 S. gr. 8° 1898 Gmk 3.50

Der Krieg und der Individualismus. Von Dr. **Ludwig Heyde,** Berlin-Halensee. 24 S. gr. 8° 1915 Gmk —.75

Die Schrift entwirft in großen Zügen den Gegensatz zwischen den staatsphilosophischen Strömungen im letzten Kriege und in den Befreiungskriegen vor 100 Jahren. Sie untersucht sodann die Wechselwirkungen zwischen Persönlichkeitsstreben, ökonomischem Individualismus und politischem Freiheitsdrang, um in eine Bejahung des Staatssozialismus und der Sozialreform auszumünden.

Die Staatslehre Oswald Spenglers. Eine Darstellung und kritische Würdigung von **Otto Koellreutter,** Oberverwaltungsgerichtsrat u. ord. Prof. d. Rechte in Jena. 45 S. gr. 8° 1924 Gmk 1.80

Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus. Von Prof. Dr. Ludwig Mises, Wien. VIII, 503 S. gr. 8° 1922 Gmk 6.—, geb. 8.—

Inhalt: Einleitung. — I. Teil: Liberalismus und Sozialismus. — II. Teil: Die Wirtschaft des sozialistischen Gemeinwesens. 1. Das isolierte sozialistische Gemeinwesen. 2. Das sozialistische Gemeinwesen im Verkehr. 3. Besondere Gestaltung des sozialistischen Ideals und pseudosozialistische Gebilde. — III. Teil: Die Lehre von der Unentrinnbarkeit des Sozialismus. 1. Die gesellschaftl. Entwicklung. 2. Kapitalkonzentration und Monopolbildung als Vorstufe des Sozialismus. — IV. Teil: Sozialismus als sittliche Forderung. — V. Teil: Der Destruktionismus. — Schluß: Die geschichtl. Bedeutung des Sozialismus.

Zeitschr. f. Volkswirtsch. u. Sozialpol. N. F. Bd. II, 10/12: . . . eine große Leistung, weil es in einem weiten, aber nicht ungerechtfertigten Rahmen das ganze Gebiet des Sozialismus kritisch durchforscht und mit großer Entschiedenheit die Ueberzeugung des Verf. von der Ueberlegenheit der liberalen Wirtschaftslehre über die sozialistische Doktrin in einer besonders anziehenden Form zum Ausdruck bringt.
E. Pleuer, Wien.

Jahrbücher f. Nationalökon. u. Stat., Aug. 1923: . . . Indem uns das Buch von Mises zwar nicht lehrt, was Sozialismus ist, wohl aber, was liberale Weltanschauung bedeutet, kann es uns auf einem Umweg doch auch der Kritik am Sozialismus dienen und uns durch einen großen geistigen Kampf hindurch — freilich gegen das Programm seines Autors, für den das System des Liberalismus die schlechthin beste Gesellschaftskonstruktion darstellt — zu einer höheren Form sozialen Zusammenlebens führen helfen.
C. Landauer.

Klassenkampf und Sozialfrieden. Weitere sozialphysikalische Klärung. Von Prof. Dr. **Richard Ehrenberg**, Rostock. (Sonderabdruck aus Archiv für exakte Wirtschaftsforschung, Bd. IX, Heft 4.) 35 S. gr. 8° 1922 Gmk —.60

Weltwirtschaftl. Archiv, Bd. 19, Heft 3: Die als präludierender Teil eines größeren Werkes gedachte Schrift enthält kritische Selbstbesinnungen des verstorbenen Verf. über seine bisherige wissenschaftliche Einstellung und Tätigkeit. Ziel seines Denkens und Arbeitens ist fortan die Ueberwindung des „neuen großen Kultursturzes" im allgemeinen und der deutschen Not im besonderen. Als Mittel dazu stellt sich ihm die im Geiste und mit der Methode Thünens zu erfolgende Lösung der Aufgabe dar, „den Gemeinschaftsgedanken" zu objektivieren, d. h. dafür wissenschaftlich haltbare, an den sozialen Wirkungen erkennbare Grundlagen zu finden.

Der Geist des neuen sozialdemokratischen Programms. Von **Paul Kampffmeyer.** (Erweiterter Sonderdruck aus „Jahrbücher für Nationalökonomie", Bd. 118.) 32 S. gr. 8° 1922 Gmk —.50

Weltwirtschaftl. Archiv, Bd. 19, Heft 3: Unter Heranziehung und Erläuterung der einzelnen aufgestellten Forderungen des neuen Programms ist der Verf. bestrebt, zu zeigen, welcher weltanschauliche Gedankenkreis hinter den Sätzen steht. Als Resultat ergibt sich ihm das Zurückweichen orthodox-materialistischer Entwicklungstheorien gegenüber ethischer Einstellung, die praktisch gipfelt in sozialistischer Erziehung zum sozialistischen Menschen zwecks Verwirklichung des Sozialismus.

Staat, Gesellschaft, Kultur und Geschichte. Von Dr. **F. Rachfahl,** ord. Prof. an der Universität Freiburg i. Br. VI, 106 S. gr 8° 1924 Gmk 3.—

Die Sozialisierung des Wirtschaftslebens. Grundsätzliches über Möglichkeiten und Notwendigkeiten. Von Prof. Dr. **Karl von Tyszka,** Hamburg. Zweite, neubearbeitete Auflage. VI, 92 S. gr. 8° 1922 Gmk 1.50

Inhalt: 1. Die wirtschaftliche Freiheit und der soziale Gedanke. 2. Der Sozialismus. 3. Kapitalistische und sozialistische Wirtschaftsordnung. 4. Bedingungen und Grenzen der Sozialisierung. 5. Die Gemeinwirtschaft in ihrer sozialen und finanziellen Bedeutung. 6. Die Sozialisierung der privaten Monopole. 7. Der Weg in die Zukunft.

Der neue Kurs in Rußland. Wirtschaftsgesetze der Sowjetregierung. Bearbeitet von Dr **W. Hahn** und **A. v. Lilienfeld-Toal,** Referenten am Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr. Herausgegeben vom Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr a. d. Universität Kiel. VIII, 108 S. gr. 8° 1923 Gmk 1.50

Bibliographie des Sozialismus und Kommunismus. Bearbeitet und hrsg. von **Josef Stammhammer,** Bibliothekar d. juridisch-polit. Lesevereins in Wien.

Band I: IV, 303 S. 1893 Gmk 10.—
Band II: Nachträge und Ergänzungen bis Ende des Jahres 1898. VI, 403 S. 1900 Gmk 13.—
Band III: Nachträge und Ergänzungen bis Ende des Jahres 1908. Mit einem vollständigen Sachregister über alle drei Bände. IV, 474 S. 1909 Gmk 18.—

G. Pätz'sche Buchdr. Lippert & Co. G. m. b. H., Naumburg a. d. S.